ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 8. Dezember 2016 | 67. Jahrgang | Nummer 23

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

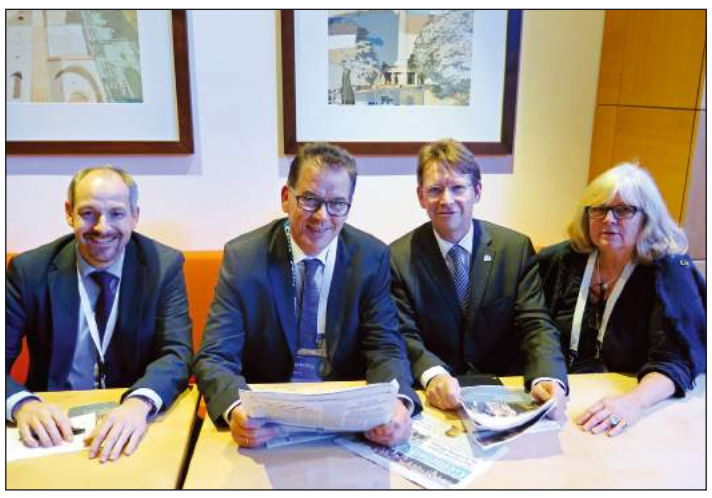
Interview zur Flüchtlingspolitik:

Kommunale Entwicklungspolitik

Die Weltgemeinschaft steht vor enormen Herausforderungen: Noch immer leben rund 700 Millionen Menschen in absoluter Armut. Mehr als 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gesucht sind neue Antworten auf die Zukunftsfragen der Menschheit. „Auf diesem Weg ist das Wirken der Kommunen entscheidend!“, verdeutlichte Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel, KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle und KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann.

von Hassel: Bei der Integration von Flüchtlingen haben insbesondere die bayerischen Kommunen Außergewöhnliches geleistet. Welche Maßnahmen sind aktuell gefragt?
Dr. Müller: *Tatsache ist: Wir leben in einem globalen Dorf. Probleme, die noch vor 20 oder 30 Jahren in Afrika oder im Nahen und Mittleren Osten weit entfernt schienen, kommen nun in bislang nicht gekannten Dimensionen auf uns zu. Wir müssen deshalb in diesen Gebieten für mehr Stabilität sorgen.*
von Hassel: Wie wollen Sie das bewerkstelligen?
Dr. Müller: *Grundsätzlich legt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen besonderen Schwerpunkt darauf, die Fluchtursachen zu mindern und Flüchtlingen eine Perspektive in ihrer Heimat zu bieten. Nur so können Menschen dort bleiben, wo ihre Wurzeln sind; wo ihre Familie und ihre Freunde leben, wo ihre Sprache gesprochen und die Kultur gelebt wird, in die sie hineingeboren wurden. Dazu ist ein noch stärkeres Engagement in den Ländern nötig. Es gilt, neue Konzepte zu finden und neue Verantwortung zu übernehmen.*
von Hassel: Wie sollen diese Konzepte aussehen?
Dr. Müller: *Entscheidend auf unserem Weg ist das Wirken der Kommunen. Als öffentliche Beschaffer und als Nachfragemacht haben sie erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft. Vor allem aber verfügen sie über das Know-how und die Erfahrungen, die vor Ort gebraucht werden, z.B. in den Aufnahmekommunen syrischer Flüchtlinge in Jordanien, im Libanon und in der Türkei.*
Rößle: *Exakt. In Kommunen bündeln sich die Chancen und Herausforderungen einer global nachhaltigen Entwicklung. Sie sind lokale Lebensräume für den Einzelnen und dynamische Wachstumszentren ganzer Gesellschaften.*
Dr. Müller: *Und deshalb unterstützt das BMZ entwicklungspolitisch motivierte Städte und Gemeinden und schafft Anreize für noch mehr Engagement. Denn wir brauchen das Wissen der Kommunen in Deutschland für die Entwicklungszusammenarbeit, sei es in der nachhaltigen Stadtplanung, im Klimaschutz, in der Versorgung von Flüchtlingen oder im Aufbau einer bürgernahen Verwaltung, um nur einige Beispiele zu nennen.*
Rößle: *Kommunen wirken als Trendsetter und Vorbilder für die Bürgerinnen und Bürger. Alle Erfahrung zeigt, dass das praktische Beispiel häufig überzeugender ist als die beste Kampagne. Durch ihr Handeln können Kommunen wesentliche Veränderungen in den Köpfen der Bevölkerung anstoßen.*
Kunstmann: *Außerdem sind Kommunen geradezu prädestiniert, um entwicklungspolitisch Engagierte lokal zu vernetzen und eine Brücke zwischen Umwelt und Entwicklungsbelangen zu bauen!*
von Hassel: Wir sprechen hier also von Kommunen als strategischen Partnern?!
Dr. Müller: *Richtig. Ziel meines Ministeriums ist es, kommunale Entwicklungspolitik zur Normalität im kommunalen Alltag zu machen. Jede Kommune kann sich engagieren, z.B. indem sie fair beschafft oder eine Know-how-Partnerschaft mit einer Kommune in einem Entwicklungs- oder Schwellenland eingeht.*
von Hassel: Welche Maßnahmen stehen im Vordergrund?
Dr. Müller: *Im Fokus stehen kommunale Partnerschaften zur Realisierung gemeinsamer Projekte, u. a. mit folgenden Schwerpunkten: Klimaschutz und Nach-*

(Fortsetzung auf Seite 4)



V. l.: KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann, Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle und GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel. ❐

„Kraftvolle Unterstützung“

Gespräch mit kommunalen Spitzenverbänden zu unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen

Die Staatsregierung wird die Kommunen weiterhin kraftvoll bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und künftig auch bei der Betreuung von jungen volljährigen Flüchtlingen finanziell unterstützen. Darauf haben sich Vertreter der Staatsregierung, des Landtags und der kommunalen Spitzenverbände jüngst in der Staatskanzlei verständigt.

Teilnehmer des Gesprächs waren Ministerpräsident Horst Seehofer, Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber, Innenstaatssekretär Gerhard Eck, Finanzminister Dr. Markus Söder, Sozialministerin Emilia Müller, der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag Peter Winter, der Präsident des Bayerischen Gemeindetages Dr. Uwe Brandl, der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages Dr. Ulrich Maly, der Präsident des Bayerischen Landkreistages Christian Bernreiter und der Präsident des Bayerischen Bezirketages Josef Mederer.

Bedarfsgerechte Versorgung

Im Einzelnen haben sich die Gesprächspartner zuvorderst auf eine bedarfsgerechte Versorgung von unbegleiteten Flüchtlingen in der Jugendhilfe verständigt.

Die Bayerische Staatsregierung und die Jugendhilfeträger werden weiterhin alle Anstrengungen für eine bedarfsgerechte Versorgung der unbegleiteten Flüchtlinge unternehmen; vor allem gilt es, eine Überversorgung der Betroffenen zu vermeiden. Insbesondere bei der Versorgung von jungen Volljährigen, die noch Jugendhilfebedarf haben, hat aufgrund der regelmäßig weit ausgeprägten Selbst-ständigkeit eine ambulante Betreuung eindeutig Vorrang.

Kostenbeteiligung

Auch die Beteiligung des Freistaats Bayern an den Jugendhilfekosten für unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige war ein Thema. Die Bayerische Staatsregierung wird die kommunale Familie über die bereits seit 01.11.2015 erfolgende Kostenerstattung für unbegleitete, nicht anerkannte minderjährige Flüchtlinge hinaus weiter finanziell unterstützen: Bei anerkannten Minderjährigen wird die Bayerische Staatsregierung den Bezirken rückwirkend ab dem 01.11.2015 die Jugendhilfekosten für anerkannte Minderjährige erstatten. Den entsprechenden Gesetzentwurf wird der Ministerrat zeitnah auf den Weg bringen.

Pauschalen

Bei Jungen Volljährigen wird die Bayerische Staatsregierung in den Jahren 2017 und 2018 den Bezirken in Form von Pauschalen einen Teil der Jugendhilfekosten der jungen Volljährigen erstatten, die im Zeitraum vom 01.07.2016 bis 31.12.2018 angefallen sind.

Im Einzelnen ist die Erstattung auf eine Gesamthöhe von 112 Mio. Euro für das Gesamtprojekt begrenzt. In 2017 beträgt die Erstattung 40 € pro Tag. Dabei können in 2017 Kosten auch für diejenigen abgerechnet werden, die am 01.07.2016 in der Jugendhilfe sind oder in 2016 noch volljährig werden (Entstehungsprinzip). Die Erstattung ist auf 12 Monate pro jungem Volljährigen begrenzt, ab

(Fortsetzung auf Seite 4)

70 Jahre Bayerische Verfassung:

Garantin für Stabilität

Festakt von Landtag, Staatsregierung und Verfassungsgerichtshof im Münchner Nationaltheater

Das Jahr 2016 steht nach wie vor ganz im Zeichen des 70-jährigen Jubiläums der Bayerischen Verfassung. Ein Höhepunkt war der gemeinsame Festakt von Landtag, Staatsregierung und Verfassungsgerichtshof im Münchner Nationaltheater, der an die Volksabstimmung am 1. Dezember 1946 erinnerte, die als „Geburtsstunde“ der Bayerischen Verfassung gilt.

„Vater der Bayerischen Verfassung“ war der frühere SPD-Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. Wilhelm Hoegner, der 1933 vor den Nazis in die Schweiz geflüchtet war. Im Exil in Zürich entwarf der spätere Bayerische Ministerpräsident eine Verfassung für ein befreites Bayern. Das „bayerische Grundgesetz“ hat seitdem eine starke identitätsbildende Kraft entwickelt und den inneren Zusammenhalt des Landes gefestigt.

„Wir haben der Bayerischen Verfassung viel zu verdanken. Dass wir in Frieden, in Rechtsstaatlichkeit und bislang nie erreichtem Wohlstand leben, dafür wurden die Grundlagen vor 70 Jahren gelegt“, unterstrich Landtagspräsidentin Barbara Stamm beim Festakt in der Landeshauptstadt.

Die Bayerische Verfassung sei ein wichtiger Wertekanon für ein friedliches, solidarisches und menschliches Miteinander in Bayern. Sie habe den Menschen als Ganzes im Blick und das gute Gelingen des gesellschaftlichen Miteinanders. Besonders hob die Landtagspräsidentin Artikel 125 hervor, in dem es um die Kinder geht: „Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes. Sie haben Anspruch auf Entwicklung zu verantwortungsfähigen Persönlichkeiten.“

Rahmenbedingungen

Auch in Zukunft müssten die politisch Verantwortlichen auf Grundlage der Bayerischen Verfassung die richtigen Rahmenbedingungen für einen starken Zusammenhalt in der Gesellschaft setzen, so Stamm.

Ministerpräsident Horst Seehofer erinnerte an die Volksabstimmung vor 70 Jahren und forderte, die Bürger stärker an politischen Entscheidungen zu beteiligen: „Ich sehe in den Menschen die Kraft zu Lösungen und zur Zukunft. Zuhören, nachfragen und beteiligen – das sind die Leitplanken einer modernen, verantwortungsbewussten Politik im Geiste unserer Verfassungsmütter und -väter.“

Der Ministerpräsident dankte den vielen Menschen in Bayern, die sich ehrenamtlich engagieren und die Verfassung mit Leben erfüllen: „Unsere Demokratie stützt sich nicht in erster Linie auf Paragraphen, sondern auf die millionenfach und Tag für Tag gelebte Verantwortung der Bürger.“

Zugleich forderte Seehofer mehr leidenschaftlichen Einsatz für den Schutz von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, gegen Extremismus von rechts und links, gegen Antisemitismus und religiös motivierten Extremismus: „Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit. Demokratie braucht Mut und Tatkraft. Demokratie braucht Bekenntnis und Einsatz. Unsere freiheitliche Verfassung braucht die aktive Bürgergemeinschaft.“

Der Ministerpräsident rief zudem die besondere Leistung der Mütter und Väter der Verfassung ins Gedächtnis: „Sie haben einen Garanten für Stabilität in einer instabilen Welt geschaffen – in großem Konsens, überparteilich, von beiden Konfessionen getragen und vom Volk beschlossen.“ Bayern habe die beste Verfassung, „deshalb ist auch der Freistaat in bester Verfassung“, sagte Seehofer.

Mut mache bei den Herausfor-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Der Rathauschef denkt über Privatsphäre im digitalen Zeitalter nach. Was es bedeutet, wenn Bot-Netzwerke reihenweise Telekom-Router für ihre Zwecke versklaven. Und dass es für derart komplexe Probleme wohl keine einfachen Lösungen gibt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Schnelle Mobilisierung von Wohnbauland 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Viel erreicht, noch viel zu tun 2
Tagung: Mehr Frauen in kommunale Führungspositionen! 3
GZ-Fachthemen:
ÖPNV · Kommunale Verkehrsfragen 5-6
Öffentliche Beleuchtung 7
Abfallentsorgung · Kommunale Umweltthemen 8-9
Wasserversorgung · Abwasserentsorgung 10-11
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau 12-13
Aus den bayerischen Kommunen 14-16

Konferenz Europäischer Regionen und Städte in Salzburg:

Anstoß zur Nachhaltigkeit

Mit der „Nachhaltigkeit in den Regionen und Städten Europas“ befasste sich die 12. Konferenz Europäischer Regionen und Städte (KERS) in Salzburg. Auf der Agenda standen unter anderem die nachhaltige Integration von Menschen, die in den Ländern der EU aufgenommen wurden und nun hier eine neue Heimat und Beschäftigung finden sollen, der Umgang mit Boden und Wasser, die Bewahrung des regionalen kulturellen Erbes und der nachhaltige Tourismus in Städten und Regionen. Auch wurde die Frage erörtert, wie mögliche Investitionen auf regionaler Ebene umgesetzt werden können, welche Instrumente zur Verfügung stehen und wie die Regionen und Städte darauf zugreifen können. Organisiert wurde die Konferenz vom Institut der Regionen Europas (IRE).

„Nachhaltigkeit bedeutet, dass Politiker nicht nur bis zur nächsten Wahl denken, sondern mindestens bis zur nächsten Generation“, erklärte Prof. Dr. Franz Schausberger, IRE-Vorstandsvorsitzender und Vertreter des Landes Salzburg im Ausschuss der Regionen (AdR). „Nur wenn die subnationalen Ebenen, die Regionen und die Kommunen, dieses gemeinsame Europa tragen und wenn sie in die europäischen Politiken eingebunden sind, wird das europäische Projekt Bestand haben.“

Strategische Investitionen

Mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) will die Europäische Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) mit Hilfe von 21 Milliarden Euro die Privatwirtschaft mobilisieren und insgesamt Investitionen von 315 Milliarden Euro anschieben, um die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der EU anzustoßen.

Qualifizierte Projekte

Mittel wären vorhanden, es fehle aber an qualifizierten Projekten, hieß es einhellig. Laut Wilhelm Molterer, geschäftsführender Direktor des EFSI, beläuft sich die Investitionslücke auf 300 bis 500 Milliarden Euro. Soviel Geld wird jährlich derzeit weniger investiert als noch im Vorkrisenjahr 2007/2008.

Verschuldung

Für den öffentlichen Sektor stelle die eigene Verschuldung eine große Hürde für Neuinvestitionen dar, so der Tenor. Neben der Verschuldung stehe der öffentliche Sektor zudem vor dem Problem, Infrastrukturprojekte marktreif auszuarbeiten. Aus diesem Grund wurde im Rahmen des EFSI eine Beratungsschiene implementiert.

Weniger Bürokratie

Um Projekte besser umsetzen zu können, müsse auch die Bürokratie vereinfacht werden. Marktreife Projekte könnten auch auf Expertenebene ausgearbeitet werden. Es sei möglich, beispielsweise PPP-Task-Forces in den Ministerien zu installieren. Im Rahmen des EFSI hätten Kommunen außerdem die Möglichkeit, ihre Projekte mit Nachbarkommunen zu bündeln. **DK**

Innovation in München

Am Rande der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel hat EU-Kommissarin Corina Cretu die Landeshauptstadt München als eine von 18 ausgewählten Städten zur Förderung innovativer Konzepte zur Stärkung der Stadtgesellschaft vorgestellt. Die bayerische Landeshauptstadt wurde mit einer Fördersumme von vier Millionen Euro für ein innovatives Konzept zur besseren und schnelleren Integration anerkannter Flüchtlinge in die Stadtgesellschaft und den lokalen Arbeitsmarkt prämiert. Zielgruppe sind Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, hier aber mittlerweile eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis besitzen.

In den nächsten drei Jahren werden in enger Zusammenarbeit mit Akteuren der Münchner Zivilgesellschaft und öffentlichen Einrichtungen neuartige Konzepte erprobt, die die Integration solch ehemaliger Flüchtlinge in die Stadtbezirke und den lokalen Arbeitsmarkt fördern sollen. Das prämierte Projekt „RefuMuc“ wurde vom Sozialreferat in enger Zusammenarbeit mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft entwickelt und baut auf bestehenden, erfolgreichen Initiativen zur Integration von Migrantinnen und Migranten auf. Die Landeshauptstadt möchte im Rahmen der Integration vor allem die Fähigkeiten und vorhandenen Potenziale der Neu-Bürger gezielt fördern und sie dabei ermutigen und unterstützen, sich aktiv in die Stadtviertel einzubringen.

München ist die einzige deutsche Stadt, deren Beitrag seitens der EU im Rahmen des neuen Programms Urbane Innovative Aktionen (UIA) für förderungswürdig befunden wurde. **DK**

Kerstin Schreyer neue Integrationsbeauftragte

Horst Seehofer beruft bisherige Fraktions-Vize

Ministerpräsident Horst Seehofer hat die 45-jährige oberbayerische CSU-Landtagsabgeordnete Kerstin Schreyer zur neuen Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung berufen. Die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende wird Nachfolgerin des Oberpfälzer CSU-Politikers Martin Neumeyer, der seit 1. November als Landrat des Landkreises Kehlheim fungiert. Der Amtswechsel soll offiziell am 1.März 2017 erfolgen.

Schreyer hat an der katholischen Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen studiert und war jahrelang in der Jugendhilfe, der Erwachsenenpsychiatrie und -bildung tätig. Dadurch habe sie sich hervorragende soziale Fachkenntnisse und Praxiserfahrung erworben, heißt es aus der Staatskanzlei.

Ansprechpartnerin

Dort wird die Unterhachingerin künftig auch ihren Arbeitsplatz haben und als Integrationsbeauftragte Ansprechpartnerin für Bürger und Organisationen in allen Fragen zu Migration und Integration sein. Des weiteren begleitet sie politische Entscheidungen zu diesem Themenkomplex.

Gute Mittlerin

Der Ministerpräsident lobte Schreyers große Charakterstärke und ihre hervorragende Eignung aufgrund ihrer Biografie. Sie werde eine gute Mittlerin zwischen den Interessen der Migranten und der Politik der Staatsregierung sein. Die neue Integrationsbeauftragte bezeichnete sich selbst als manchmal etwas kantig und als durchsetzungsstark. Ihre neue Position sehe sie als „eine äußerst unabhängige Stelle“. Durch ihre Berufserfahrung sei sie außerdem auf ihre neue Aufgabe gut vorbereitet.

Die Position des Integrationsbeauftragten gibt es in Bayern seit 2009. Hauptaufgabe ist die ressortübergreifende Beratung der Staatsregierung mit Blick auf die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf das Zusammenleben und die Integration von Zuwanderern in Bayern.

Keine Weisungsbindung

Im Jahr 2015 wurde das Amt direkt der Staatskanzlei zugeordnet und mit einem eigenen Büro ausgestattet. Der bzw. die Integrationsbeauftragte ist aber nicht weisungsgebunden auch nicht dem Ministerpräsidenten gegenüber. **rm**

Schnelle Mobilisierung von Wohnbauland

Baugesetzbuchänderung bringt Chance für Kommunen und Bauherren

Mit dem Sonderprogramm „Wohnungspakt Bayern“ stellt der Freistaat 2,6 Milliarden Euro Fördermittel für den Wohnungsbau zur Verfügung. Damit sollen bis 2019 bayernweit rund 28.000 neue staatliche und staatlich geförderte Mietwohnungen und Wohnplätze entstehen. In diesem Zusammenhang hat das Bundeskabinett jüngst eine Änderung des Baugesetzbuchs (BauGB) zur schnelleren Mobilisierung von Wohnbauland beschlossen.

Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sieht in der Entscheidung des Bundeskabinetts, die eine Weiterentwicklung des sog. beschleunigten Bebauungsplanverfahrens vorsieht, eine große Chance für die Öffnung und schnellere Bebauung der Ortsrandlagen.

Innenentwicklung

Laut Herrmann beschränkte sich das Planverfahren lediglich auf die Innenentwicklung, jetzt soll es künftig auch für die Ortsrandlagen gelten. Dadurch sei z.B. bei Gebieten mit einer Grünfläche unter einem Hektar eine Umweltverträglichkeitsprüfung auch an den Ortsrändern nicht mehr notwendig.

Nachverdichtung

Dies komme vor allem Gemeinden zugute, die mit der Nachverdichtung und anderen Mitteln der Innenentwicklung an ihre Grenzen gestoßen seien und trotzdem etwas für den Wohnungsbau tun wollten. Durch die neuen Gesetzeserleichterungen werde neben dem freien Wohnungsbau insbesondere der dringend benötigte soziale Wohnungsbau profitieren, erklärte der Bauminister.

Gutes Nebeneinander

Darüber hinaus soll in der Baunutzungsverordnung die neue Kategorie das „Urbane Gebiet“ eingeführt werden. Damit werde künftig ein Nebeneinander von Wohn- und Gewerbenutzung sowie von Kultureinrichtungen ermöglicht. Das beinhalte die Chance, in diese Nutzungsvielfalt auch das Wohnen leichter zu integrieren, führte Herrmann aus.

Mittel nutzen

Er verwies erneut auf das im „Wohnungspakt Bayern“ enthaltene staatliche Förderprogramm für die Gemeinden zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. Jetzt sei es an den Kommunen und Bauherren, die Mittel und rechtlichen Erleichterungen auch zu nutzen. **rm**

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Ein erneut arbeitsreiches Jahr für alle kommunalen Mandatsträger neigt sich langsam dem Ende entgegen. Es ist deshalb Zeit, ein kleines Resümee zu ziehen und zugleich in die Zukunft zu blicken. Der große Ansturm an Flüchtlingen wie im Jahr 2015 ist dieses Jahr glücklicherweise ausgeblieben. Dennoch gehört die Integration der Menschen, die zu uns kommen und die bei uns bleiben nach wie vor zu unseren größten und kostenträchtigsten Herausforderungen.

Wenn wir schon beim Geld sind: Rein aus finanzpolitischer Sicht können wir als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) und als gesamte kommunale Familie mit diesem Jahr durchaus zufrieden sein. Unsere Forderungen wurden größtenteils erfüllt. Ein bayerischer Rekordfinanzausgleich mit 8,8 Mrd. Euro gibt neue Spielräume bei Investitionen und Personal. Zudem ist die kommunale 5 Mrd.-Entlastung des Bundes unter Dach und Fach — dank Ministerpräsident Horst Seehofer mit einem gerechten Verteilschlüssel, der Bayern entgegenkommt. Auch der Löwenanteil der Flüchtlingskosten wird übernommen. Künftig erhalten darüber hinaus die Bezirke einen Teil der Belastungen für die unbegleiteten jungen Flüchtlinge über 18 Jahre ausgeglichen. Dafür habe ich mich erst kürzlich im Namen der KPV bei einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei persönlich einsetzen dürfen. Eine derartige Kommunalentlastung gab es seit Jahrzehnten nicht mehr. Auch die Wirtschaft läuft gut — mit überdurchschnittlichen kommunalen Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer.

Viel erreicht, noch viel zu tun

Aber alle, die jetzt glauben, dass wir aufgrund dieser positiven Vorzeichen in ein goldenes Zeitalter für alle Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden vorstoßen, muss ich ausdrücklich warnen.

Vor Ort warten größte Aufgaben mit derzeit vielfach noch unkalkulierbarem Aufwand auf uns. Wir alle wissen um den immensen Investitionsstau im kommunalen Straßenbau, bei der Infrastruktur insgesamt und im kommunalen Hochbau, gerade bei Schul- und Freizeiteinrichtungen.

In diesem Zusammenhang sehe ich die hohen Baukosten als vielleicht größtes Problem. Gründe dafür sind neben der allgemeinen Preissteigerung auch die enorm gestiegenen Nebenkosten (insbesondere HOAI) sowie die immer höheren Anforderungen in den Bereichen Brandschutz, Umweltschutz und Energietechnik. Dies wird übrigens ein großes Jahresthema der KPV im Jahr 2017 sein, das wir ressortübergreifend mit Mitgliedern der Staatsregierung bearbeiten werden.

Der kommunale Beitrag im Zusammenhang mit der Energiewende ist ebenfalls noch nicht abzusehen. Dieses Thema war aufgrund der Flüchtlingsproblematik in den letzten beiden Jahren etwas in den Hintergrund gerückt, ist aber aktueller denn je.

Es geht dabei ja nicht nur um die Stromerzeugung, die immer mehr dezentral und damit vor Ort durch erneuerbare Energien erfolgen soll bzw. wird, sondern auch um die Wärme- und Mobilitätswende mit der Abkehr von fossilen Energieträgern sowie einer intelligenten Verkopplung der einzelnen Sektoren. Dies alles macht gerade auch aus Gründen des notwendigen Klimaschutzes Sinn, doch ein derartiger Umbau muss Schritt für Schritt erfolgen und für Wirtschaft sowie Gesellschaft umsetz- und bezahlbar bleiben. Als Kommunen sind wir nach wie vor bereit, die Energiewende aktiv mitzugestalten, wenn der Fortgang auf einer Anreiz- und nicht einer Zwangskultur (wie etwa einem strikten Verbot von neuen fossil betriebenen Motoren und Heizungen ab 2030) basiert. Hier haben wir uns in einer Veranstaltung mit der bayerischen „Energieministerin“ Ilse Aigner klar positioniert und sehen die Bayerische Staatsregierung an unserer Seite.

Ähnlich verhält es sich bei dem Thema Inklusion, das immer mehr auf die Kommunen in den unterschiedlichsten Bereichen (Schulen, Kundenbetreuung, Infrastruktur, Liegenschaften) zukommen wird. Auch diese Aufgabe ist höchst sinnvoll, aber mit hohem finanziellem Aufwand verbunden. Doch ich glaube, man wird sich letztendlich schwer tun, eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung per Dekret von oben zu verordnen. Die Bereitschaft dafür muss aus der Gesellschaft erwachsen und auch hier sind Anreizsysteme sowie ein schrittweises Vorgehen gefragt.

Zu den großen kommunalen Herausforderungen, die ich auszugsweise dargestellt habe, gesellt sich die Tatsache, dass sich die übergreifenden Rahmenbedingungen für politisches Handeln insgesamt immer unberechenbarer entwickeln. Wer hätte vor Jahresfrist schon gedacht, dass der Brexit tatsächlich Realität wird und ein Donald Trump künftig an den Schalthebeln einer der größten Weltmächte sitzt. Welche Auswirkungen beide Ereignisse noch auf uns haben werden, vermögen wir momentan nur zu erahnen — wenn überhaupt. Ich glaube jedenfalls nicht, dass wir daraus unbedingt Vorteile ziehen werden.

2016 hat uns übrigens auch gezeigt, dass man sich auf Wahlumfragen kaum mehr verlassen kann. Denn die beiden überraschenden und oben angesprochenen Wahlentscheidungen im angelsächsischen Raum wurden von den Demoskopen anders vorausgesagt — wie übrigens auch die hohen Prozentzahlen der AfD bei den drei deutschen Landtagswahlen im Frühjahr. Für die Zukunft kann das nur eines heißen: Wer die Stimmungen der Menschen nicht persönlich aufnimmt und richtig deutet, hat von vornherein wenige Chancen, die Wählerschaft in der Mehrheit zu überzeugen. Hier haben wir als Kommunalpolitiker entscheidende Vorteile. Wir sind unterwegs bei den Menschen, bei Vereinen und Verbänden, bei Unternehmern und Arbeitnehmern. Wir hören zu und packen die kleinen und größeren Projekte an, die den Menschen vor Ort wichtig sind. So war es in diesem Jahr und so wird es auch im kommenden Jahr sein. Als KPV werden wir dabei alles daran setzen, die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln weiter zu verbessern.

Doch bevor wir alle in ein sicherlich wieder intensives Jahr 2017 starten, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen. Nutzen Sie die etwas ruhigeren Tage „zwischen den Jahren“, um etwas Kraft zu tanken, die wir als kommunale Verantwortungsträger in den nächsten Monaten bei unserer Arbeit für die Menschen in unserer Heimat sicherlich gut brauchen können.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Kinder psychisch erkrankter Eltern:

„Raus aus dem Tabu, offen reden“

Psychische Erkrankungen sind immer noch ein Tabuthema in unserer Gesellschaft, vor allem, wenn es Eltern betrifft. Wer Hilfen vom Jugendamt annimmt, verschweigt das, wenn es möglich ist. Der gemeinsame Fachtag ‚Kinder von Eltern mit einer psychischen Erkrankung‘ soll beides ändern – so der erklärte Wille von Bayerns Familienministerin Emilia Müller und Gesundheitsministerin Melanie Huml.

Wenn eine Mutter oder ein Vater von einer psychischen Erkrankung betroffen ist, braucht die Familie Unterstützung in verschiedenster Hinsicht. Um eine ganzheitliche Hilfe für die Kinder, aber auch für die ganze Familie anbieten zu können, müssen Kinder- und Jugendhilfe und Erwachsenenpsychiatrie eng zusammenarbeiten: „Kinder fühlen sich oft für die Erkrankung ihrer Mutter oder ihres Vaters verantwortlich. Deshalb brauchen sie in dieser Situation besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung“, betonte Familienministerin Müller.

Beistand

Gesundheitsministerin Melanie Huml ergänzte: „Kinder von psy-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Mehr Frauen in kommunale Führungspositionen!

Tagung des Bayerischen Gemeindetags in Abensberg

Weniger als zehn Prozent der bayerischen Ersten Bürgermeister sind weiblich. Um zu analysieren, warum die Kommunalpolitik nicht deutlich mehr von den Kompetenzen der Frauen profitiert, veranstaltete der Bayerische Gemeindetag in Abensberg die Tagung „Frauen führen Kommunen“, an der knapp 100 bayerische Rathauschefinnen teilnahmen.

Als Referentinnen hieß der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl die Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Sozialministerin Emilia Müller und die Präsidentin des Landesfrauenrats, Hildegund Rüger, willkommen. Wie Ministerin Müller bemerkte, führten Frauen anders – hart in der Sache, aber empathisch im Ton. Gerade die Entscheidungen in der Kommunalpolitik beträfen die Lebenswelt der Frauen unmittelbar. Die Gesellschaftsstruktur wird nach Müllers Ansicht in den Kommunalparlamenten nicht in dem Maße abgebildet wie es die Verfassung fordert.

Neuer Machtbegriff

Müller plädierte aus diesem Grund für starke Frauennetzwerke und ermutigte die Bürgermeisterinnen, den Begriff „Macht“ neu und positiv durch den Begriff „Politischer Gestaltungswille“ zu besetzen. Die Ministerin verwies darauf, dass sie noch keine Frau in der Politik erlebt habe, die nicht ans Ziel gekommen ist. Als Selbstzweck will sie Macht freilich nicht verstanden wissen. Auch die Gleichstellungspolitik, sei keinesfalls Politik für Frauen, sondern für die gesamte Gesellschaft.

„Die Zukunft ist weiblich“

Müllers Fazit: „Die Zukunft ist weiblich, weil wir Frauen andere Wege gehen, keine ausgetretenen Pfade. Frauen in kommunalen Spitzenpositionen müssen zur Selbstverständlichkeit werden.“

Aus Sicht der Präsidentin des Landesfrauenrats, Hildegund Rüger, bringen Frauen gute Kompetenzen mit, haben eine hohe Kommunikationsfähigkeit, sind fachlich hervorragend, haben im Schnitt bessere Abschlüsse als Männer, sind gute Vermittler, können bestens organisieren, aber auch delegieren. Rüger stellte aber auch klar, dass es nicht darum gehe, etwas besser oder schlechter zu machen, sondern um einen Mix aus Männern und Frauen, da gemischte Teams nachweislich die besten Ergebnisse erzielten. Es gebe allerdings keinen Grund, warum ein Team nicht von einer Frau geführt werden sollte.

Tatsache ist: Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil. Nur in drei von 25 Rathäusern kreisfreier Städte hat eine Frau das höchste Amt inne. Bayerns größte Stadt mit einem weiblichen Oberbürgermeister ist das 72.000 Einwohner zählende oberfränkische Bayreuth, wo seit vier Jahren die parteifreie Brigitte Merk-Erbe regiert, gefolgt von Rosenheim, das seit 14 Jahren von der CSU-Politikerin Gabriele Bauer geführt wird.

Konsenssuche

Wie Christine Borst, 1. Bürgermeisterin von Krailling im Landkreis Starnberg und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft „Frauen führen Kommunen“ in ihrem Resümee hervorhob, hätten Frauen eine andere Sicht auf die Dinge als Männer. Es gehe immer darum, Mehrheiten zu finden und Konsens zu suchen. „Hier mag schon der größte Unterschied im Führungsstil von Männern und Frauen liegen“, so Borst.

Vernetzung

Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von mehr als 50 Prozent wollten die Frauen adäquat vertreten sein. Fakt sei aber auch, dass sich viele Frauen vor einem Amt oder dem Gang in die Öffentlichkeit scheuen. „Diese Angst wollen wir ihnen nehmen“, erklärte Borst. Deshalb versuche die Arbeitsgemeinschaft Bürgermeisterinnen zu vernetzen, um bis zur Kommunalwahl 2020 zu erreichen, dass sich mehr Frauen als bisher zur Wahl stellen. **DK**

Die Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft händigte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (Bildmitte) jüngst an besonders verdiente Persönlichkeiten aus. Unser Bild zeigt von links: Dr. Peter-Alexander Wacker, Marianne Weinmann, Dr. Albrecht Schleich (Vorstand der Rhein-Main-Donau AG), Gerhard Pfeifer, Rudolf Reisbeck, Prof. Bettina Reitz-Lübbert, Wolfgang Gropengießer, Sabine Herold, Friedbert Eder, Manuela Heizler, Johann Zrenner, Dr. Elisabeth Müller, Dr. Konstanze Koepff-Röhrs. Nicht im Bild: Heimo Messer. Bild: StMWI

Bayerischer Heilbädertag in Oberstdorf:

Leuchttürme im ländlichen Raum

Mit über 100.000 Erwerbstätigen und über einem Viertel aller gewerblichen Übernachtungen in Bayern stellen die Heilbäder und Kurorte einen enormen wirtschaftlichen Faktor in den Regionen dar. Bayern ist weltweit renommiert als Standort für Medizin und Gesundheitswesen und ein Top-Ziel für Gesundheitstourismus. Wie Klaus Holetschek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes (BHV) beim 70. Bayerischen Heilbädertag in Oberstdorf unterstrich, „nehmen die bayerischen Heilbäder und Kurorte diese Dynamik auf“.

Neben herausragenden Krankenhäusern sind sie nach Holetscheks Worten wichtige Kompetenzzentren und erste Adressen, wenn es um Gesundheits- und Wellnessurlaub, Kuren, Reha-Maßnahmen und Erholung geht. Die Heilbäder und Kurorte setzten Impulse, von denen zugleich der ländliche Raum profitiert.

Präventionsangebote

„Die Kur ist nicht tot – sie ist anders geworden“, betonte der BHV-Vorsitzende. Über Jahre habe man die Angebote und Produkte verbessert und entsprechend die Wertschöpfung gesteigert. Die Marke ‚Gesundes Bayern‘ werde weiterentwickelt und die digitalen Angebote würden ausgebaut. Zudem arbeite man an neuen Präventionsangeboten.

„In Oberstdorf wird Gesundheit groß geschrieben“, hatte Oberstdorfs Bürgermeister Laurent Mies zuvor in seinem Grußwort betont. Die Gemeinde verzeichne aktuell bei über 400.000 Gästen 2,5 Millionen Übernachtungen im Jahr. Mies bezeichnete den Tourismussektor als einen extrem wichtigen Wirtschaftszweig, der unabhängig von großen Gewerbegebieten und Industrieanlagen funktioniert. Oberstdorf setze auf Nachhaltigkeit, einen umweltverträglichen Tourismus, eine hohe Servicequalität und auf einen verantwortungsvollen Umgang mit seinen natürlichen und kulturellen Ressourcen.

„Bayerische Heilbäder und Kurorte sind als wichtige Kompetenzzentren im Gesundheitswesen Leuchttürme im ländlichen Raum. Sie sind erste Adressen, wenn es um Gesundheits- und Wellnessurlaub, Kuren, Rehabilitationsmaßnahmen und Erholung geht. Der Freistaat sichert nicht nur die Zukunft seiner Staatsbäder und ihrer Infrastruktur, sondern steht zu allen Heilbädern und Kurorten. In den letzten 15 Jahren hat der Freistaat die Heilbäder, einschließlich der Staatsbäder, mit insgesamt rund 287 Millionen Euro kräftig unterstützt. Damit schaffen wir neue Zukunftschancen“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder fest.

Starker Tagestourismus

Die Ergebnisse und Eckdaten der neuen Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in den bayerischen Heilbädern und Kurorten“ präsentierte Dr. Bernhard Harrer vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr e.V. an der Universität München (dwif). Danach erzielten die gewerblichen Beherbergungsbetriebe wie Hotels, Pensionen oder Kurkliniken mit über 22 Millionen Übernachtungen einen Umsatz von fast 2,76 Milliarden Euro und damit den Löwenanteil des Gesamtumsatzes. Doch auch Tagestouristen sind eine wesentliche Größe: 43,3 Millionen Tagesgäste sorgten mit ihren Ausgaben für einen Umsatz von über 1,2 Milliarden Euro.

Harrer zufolge profitiert das Gastgewerbe mit 58 Prozent am meisten vom Tourismus. Aber auch für Dienstleistungen (25 Prozent) und im Einzelhandel (17 Prozent) geben die Gäste Geld aus. Zudem gebe es in der zweiten Umsatzstufe zahlreiche Profiteure wie etwa Handwerker, Bäcker, Metzger, Wasser- und Energieversorgungsunternehmen, Werbeagenturen, Steuerberater oder andere Dienstleister, die im Auftrag der Hotels oder Pensionen tätig sind. Die direkten Profiteure gäben 2,5 Milliarden Euro für den Bezug von Vorleistungen aus und sorgten damit für indirekte Effekte.

„Dieses Ergebnis zeigt: Wir sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum und eine starke Säule der Gesundheitswirtschaft“, erklärte Klaus Holetschek. Dem Heilbäderverband gehören 47 Kommunen und 25 Kurbetriebe in Bayern an.

Die „Ansprüche an den Kurort der Zukunft“ stellte der Leiter des Kompetenzzentrums für Komplementärmedizin und Naturheilkunde an der TU München, Prof. Dr. Dieter Melchart vor. Seinen Ausführungen zufolge verlieren die klassischen Kurorte an medizinischer Bedeutung.

Die fünf Säulen, die der Gesundheitslehre von Pfarrer Kneipp zugrunde liegen, seien auch fest in der traditionellen chinesischen Medizin verankert. Neben Bewegung und gesunder Ernährung seien Qigong und Tuina-Massagen, Pflanzentherapie und die Lebenspflege nach Yang sheng dort präsent. Die Verbindung von Schulmedizin und Naturheilkunde ermögliche eine Maximierung von Gesundheit und Wohlbefinden.

Der Patient dürfe aber in Zukunft nicht mehr in patriarchalischer Abhängigkeit zum Arzt verharren, sondern müsse selbst Verantwortung für seine Gesundheit übernehmen. Die Menschen müssten lernen, dass sie nicht zum Arzt gehen sollen, wenn sie krank sind, sondern dass sie bereits vor einer Schädigung etwas für ihre Gesundheit tun müssen, so Melchart.

Der Mediziner wies darauf hin, dass weltweit 35 Prozent der Erwachsenen übergewichtig und 65 Prozent von Übergewicht bedroht seien. Diabetes überfordere in manchen Ländern bereits die Volkswirtschaft. Die Aufklärung müsse deshalb am Arbeitsplatz der Menschen beginnen, weil nur eine Änderung des persönlichen Lebensstils den Ausbruch dieser Volkskrankheit verhindern könne.

Melchart forderte ein „proaktives Gesundheitssystem“, bei dem die Zielgruppen „in der Arbeits- und Lebenswelt“ aufgesucht werden, um sie in mittelfristigen, interaktiven Lernprogrammen zu informieren. Gesundheit müsse „patientengesteuert“ werden, nur dann könne sie dem Menschen helfen. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ernst Neumann
95701 Pechbrunn
am 11.12.

Bürgermeister Paul Iakob
87629 Füssen
am 17.12.

Bürgermeister Peter Stichler
97204 Höchberg
am 20.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Vogl
94568 St. Oswald-Riedlhütte
am 12.12.

Bürgermeister Ulrich Waldsachs
97645 Ostheim v. d. Rhön
am 16.12.

Bürgermeister Herbert Hofauer
84503 Altötting
am 18.12.

Bürgermeister Dietmar Wolz
97904 Dorfporozelten
am 21.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Reinhard Streng
91474 Langenfeld
am 15.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Benedikt Pössenbacher
83673 Bichl
am 9.12.

Bürgermeister Alois Schiegg
86688 Marxheim
am 14.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Raßhofer
93351 Painten
am 17.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Ehrlicher
96476 Bad Rodach
am 11.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite.

Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

- Fairer Handel und Faire Beschaffung
- Global Nachhaltige Kommune
- Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen
- Migration und Entwicklung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
info@engagement-global.de | www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt | info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Nachhaltigkeitspreis für Nürnberg:

Zugpferd in der Metropolregion

Die Stadt Nürnberg ist Gewinnerin des Deutschen Nachhaltigkeitspreises. Im Rahmen einer Galaveranstaltung in Düsseldorf mit 1.200 Gästen nahm Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die mit 35.000 Euro dotierte Auszeichnung in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Großstadt 2016“ entgegen. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis ist die nationale Auszeichnung für Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit in Wirtschaft, Kommunen und Forschung. Mit sechs Wettbewerben und über 800 Bewerbern ist sie die größte ihrer Art in Europa.

Die Jury hebt in ihrer Begründung für die Wahl Nürnbergs besonders das Engagement der Stadt im Forum „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ der Metropolregion Nürnberg hervor. Das Forum setze zentrale Impulse und fördere die regionale Kooperation durch gemeinsame Projekte, politische Stellungnahmen und den Austausch von Best-Practices. Es hat einen Klimapakt erarbeitet, der 2012 von 57 Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Metropolregion Nürnberg beschlossen wurde.

Ziel ist die Reduzierung der CO2-Emissionen in der gesamten Metropolregion um 80 Prozent bis zum Jahr 2050. Die Initiativkreise des Forums arbeiten in den Bereichen Wohnen und Energie, Zukunftsfähige Immobilien, Kraft-Wärme-Kopplung, Erneuerbare Energien/Biomasse, Energieeffizienz in der Wirtschaft sowie Faire Metropolregion.

18 Kommunen in der Metropolregion haben das Fairtrade-Siegel bereits. Mit dem Ausbau der Lade-Infrastruktur bringen die Städte und Landkreise die Elektromobilität voran: Der Landkreis Bamberg beispielsweise gewährt seinen Kommunen Zuschüsse für die Einrichtung von Ladesäulen. Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wiederum fördert man mit der Installation von Ladesäulen den E-Bike-Tourismus. Die Stadt Hersbruck ist als Pionier der Cittaslow-Bewegung seit Jahren dabei, die Kommune zu einem noch lebenswerteren Ort zu machen.

Nürnberg überzeuge als „Treiber für nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion“, so die Jury. Basis dieser Entwicklung sei eine funktionierende Stadt-Land-Partnerschaft, in der die ländlichen und urbanen Räume der Metropolregion Nürnberg auf gleicher Augenhöhe miteinander agieren.

Ebenso wurden die vielfältigen Initiativen für die BioMetropole Nürnberg, die Fair Trade Stadt Nürnberg, das integrierte Flächenmanagement und die Recyclingwirtschaft gewürdigt. Bereits 1990 führte Nürnberg als erste deutsche Großstadt ein System der Vierfachtrennung von Abfällen ein. Bei einer seither konstant bleibenden Abfallmenge ist der Anteil der eingesammelten Wertstoffe in der bayerischen Stadt deutlich angewachsen.

Vielseitiges Engagement

Auch das langjährige Engagement Nürnbergs für Integration und Bildung wurde hervorgehoben. Neben Maßnahmen zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung wie einem Kindermuseum, das zahlreiche Umweltthemen erlebbar macht, wird eine Vielzahl an Projekten zu Antidiskriminierung und Menschenrechten umgesetzt, die den Stellenwert der Auseinandersetzung mit der eigenen Historie veranschaulichen. So hat die Stadt bereits seit 1973 einen Rat für Integration und Zuwanderung (vormals Ausländerbeirat). Ferner wird seit 1995 alle zwei Jahre der Internationale Nürnberger Menschenrechtspreis verliehen.

Im Bereich der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zielt die Plattform „green economy“ auf Forschung und Technologieentwicklung im Hinblick auf einen effizienten Umgang mit Ressourcen und Energie, den verstärkten Einsatz von Umwelttechnologien in der Wirtschaft und die Profilierung des Standortes Nürnberg als Zentrum für grüne Technologien.

Wie Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly betonte, „macht der Blickwinkel einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Perspektive für mich deutlich, dass Stadt und Land in ihrer vielfältigen Vernetzung im Zusammenhang gesehen werden müssen. Die Städte und Landkreise der Metropolregion arbeiten bereits heute im Hinblick auf eine dezentrale Energieversorgung der Zukunft mit großem politischen Engagement und hoher wirtschaftlicher Kompetenz zusammen. Auch das Netzwerk der Öko-Modellregionen sowie die Bewerbung der Metropolregion Nürnberg um das Fair Trade-Siegel als erste Metropolregion überhaupt zeigen das nachhaltige und vernetzte Denken und Handeln in unserer Region. Für eine nachhaltige Zukunft ziehen wir an einem Strang.“

Das Stadtoberhaupt wurde begleitet von einer Delegation von Vertretern aus Medien, Unternehmen und engagierten Institutionen aus Nürnberg. Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, gab ihrer Freude über den Preis Ausdruck, „weil damit auch ein bisschen Goldstaub auf die Landkreise und Städte der Metropolregion Nürnberg fällt“.

Dr. Peter Pluschke, Nürnberger Referent für Umwelt und Gesundheit sowie Geschäftsführer des Forums „Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung“ der Metropolregion Nürnberg erklärte: „Diese herausragende Auszeichnung verpflichtet uns, weiterhin an einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu arbeiten, die die Bereiche Ökologie, solidarische Stadtgesellschaft, zukunftsfähige Wirtschaft und Beteiligung immer mehr miteinander vernetzt. Insbesondere die Nutzung der begrenzten Ressource Fläche für Wohnungen, Verkehr, Wirtschaft und mehr Grün wird uns für eine lebenswerte Stadt-Zukunft vor große Herausforderungen stellen.“ **DK**

Hochqualifizierte Arbeitsplätze für Weißenburg

Die Behördenverlagerung ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. „Wir schaffen sichere Arbeitsplätze und stärken die Infrastruktur des ländlichen Raumes. Wir bringen die Arbeit zu den Menschen, damit diese in ihrer Heimat wohnen und arbeiten können. Die Stadt Weißenburg erhält im Endausbau rund 18 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze. Die Unterzeichnung des Mietvertrages ist ein Meilenstein zur schnellen Umsetzung der beschlossenen Verlagerung“, freute sich Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Unterzeichnung des Mietvertrags für die Unterbringung der Kopfstelle für die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern in der Oberen Stadtmühlgasse 1 in Weißenburg durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY). ❒

Milliardenentlastung zu Gunsten der Kommunen

Bayerischer Landkreistagspräsident erleichtert

Aus Berlin erreichte den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Christian Bernreiter jüngst eine Nachricht, auf die der Landrat von Deggendorf und seine Landratskollegen schon seit Monaten gewartet haben. Der Bund entlastet die Kommunen ab 2018 um 5 Mrd. Euro.

„Ich bin sehr erleichtert, dass die 2013 im Koalitionsvertrag mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes versprochene Entlastung von 5 Mrd. Euro jährlich nun doch noch kommt, wenn auch auf anderem Wege. Die Bayerische Staatsregierung und Ministerpräsident Seehofer haben uns hier voll unterstützt“, so Christian Bernreiter.

Eingliederungshilfe

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung stellt für die bayerischen Kommunen eine hohe finanzielle Belastung dar. Die Ausgaben dafür sind von 1.263 Mio. Euro in 2000 auf 2.556 Mio. Euro in 2015 um 1.293 Mio. Euro also um 102 % in den zurückliegenden 15 Jahren angestiegen. Diese Leistungen sind eine der Hauptursachen für die Höhe der Bezirks- und Kreisumlagensätze in Bayern.

Insgesamt erhalten die bayerischen Kommunen vom Bund ab 2018 rund 678 Mio. Euro. 156 Mio. Euro fließen zunächst an den Freistaat Bayern, der versprochen hat, sie an die Kommunen – am besten an die Bezirke - weiterzuleiten. 76 Mio. Euro gehen über die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung an die Landkreise bzw. kreisfreien Städte und 446,5 Mio. Euro über die erhöhte Umsatzsteuerbeteiligung an die bayerischen Gemeinden und Städte.

Bundesteilhabegesetz

Bernreiter: „Diese Entlastung ist dringend notwendig, um die Finanzlage, insbesondere die Investitionskraft der bayerischen Kommunen zu stärken. Soweit durch das neue Bundesteilhabegesetz Ausgabensteigerungen entstehen, müssen auch diese durch den Bund ersetzt werden, wie das Frau Bundesministerin Nahles angekündigt hat“. ❒

Raus aus dem Tabu...

(Fortsetzung von Seite 2)

chisch kranken Eltern brauchen Beistand, um sich in dieser schwierigen Situation zurechtfinden und ihre Rolle richtig einschätzen zu können. Genauso benötigen die Eltern Hilfen, um ihrer Erziehungsverantwortung bestmöglich nachkommen zu können. Hier sind die Kompetenzen vieler professioneller Partner zur ganzheitlichen Unterstützung der Familie gefragt. Dies sind insbesondere die psychiatrischen und psychotherapeutischen Fachkräfte des Gesundheitswesens und die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe.

Während des Fachtags haben die rund 300 Teilnehmer aus dem Gesundheitswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe die Gelegenheit, sich Best-Practice-Beispiele anzusehen. Außerdem sollen die Standards für die interdisziplinäre Zusammenarbeit weiterentwickelt werden.

Weitere Informationen zum Bayerischen Gesamtkonzept zum Kinderschutz finden sich unter www.kinderschutz.bayern.de ❒

Garantin für...

(Fortsetzung von Seite 1)

derungen auch die Verfassung selbst, unterstrich der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Peter Küspert: „Hinter der Verfassung steht der Gedanke einer wehrhaften Grund- und Werteordnung.“

Gerade in einer schnelllebigen Zeit mit „überhand nehmenden Zentrifugalkräften“ sei die Stabilität gebende Verfassung besonders wichtig. Zwar seien aktuelle Fragen wie zu Windkraft, Kopftüchern oder Rauchverbot 1946 kein Thema gewesen, jedoch gebe die Verfassung die Möglichkeit, auf alles einzugehen.

„Eine ermutigende Verfassung brauchen wir derzeit dringlicher denn je“, hob der ehemalige Bundesverfassungsrichter Professor Paul Kirchhof in seiner Festrede hervor. Rückblickend wies er darauf hin, dass es den Autoren der Verfassung bei der entscheidenden Sitzung in der Universität München bei minus 20 Grad Celsius gelungen sei, eine Struktur der Zukunft zu entwerfen.

„Verfassung des Mutes“

Auf die „ungewissen Fragen nach der Gerechtigkeit“ habe die Verfassung die richtigen Antworten gefunden, in dem sie Bayern als „Freistaat, Volksstaat, Rechts-, Kultur- und Sozialstaat“ ausrief. Diese „Verfassung des Mutes“ werde jetzt dringender denn je benötigt. „Wir müssen sie einsetzen, um Untergangsphilosophien und Resignationstheorien entgegenzuwirken“, unterstrich Kirchhof.

Die brilliante bayerische Verfassung garantiere nicht nur Freiheit, sondern formuliere auch die Freiheitsvoraussetzungen. Kirchhofs abschließender Rat: „Jeder Bayer sollte diese Verfassung einmal lesen, Nichtbayern am besten zweimal!“ **DK**

Kraftvolle...

(Fortsetzung von Seite 1)

2017 läuft die Frist ab Eintritt der Volljährigkeit. In 2018 beträgt die Erstattung 30 € pro Tag. Mitte 2017 findet eine Bestandsaufnahme (Revision) statt.

Weitere Kostenpunkte

Weitere Kosten im Bereich Asyl/Integration gibt es insbesondere bei der Bewältigung der Aufgaben im Bereich Asyl und Integration, dies sei eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Bund, Länder und Kommunen sind hier in einer Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder seinen Beitrag leisten muss. Bayern unterstütze seine Kommunen bereits in erheblichem Umfang.

Die Integration der dauerhaft Bleibeberechtigten ist eine Langfristaufgabe, an der sich der Bund noch in erheblich größerem Umfang beteiligen müsse. Die Bayerische Staatsregierung und die Kommunalen Spitzenverbänden kündigten an, gemeinsam ihre Forderungen an den Bund zu formulieren. ❒

Kommunale Entwicklungspolitik...

(Fortsetzung von Seite 1)

haltigkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern, Stabilisierung der Aufnahmekommunen von Flüchtlingen in Nahost sowie Fluchtursachenminderung im Maghreb.

Das Know-how deutscher Kommunen ist derzeit insbesondere in den Anrainerstaaten Syriens gefragt - denken Sie nur an die Themen Abfall, Recycling oder Abwasser. 90 Prozent der syrischen Flüchtlinge haben in Jordanien, im Libanon und in der Türkei Schutz gefunden. Die aufnehmenden Kommunen geraten durch den kurzfristigen Zuzug zunehmend unter Druck. Mit unserer neuen Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ vermitteln wir diesen Kommunen deutsche Projektpartner.

Rößle: Akuter Handlungsbedarf allenthalben. Wir möchten uns als KPV stärker einbringen. Wie machen wir das?

Dr. Müller: *Wir haben schon einige sehr positive Beispiele. Wenn sich Kommunen an die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wenden, werden wir sicherlich etwas Passendes finden; es gehen täglich neue Anfragen ein. Unser Programm „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ ist exakt auf einen der großen aktuellen Brennpunkte zugeschnitten.*

Kunstmann: Kommen wir auf Entwicklungs- und Schwellenländer in Nordafrika zu sprechen. Was ist dort geplant?

Dr. Müller: *Unser längerfristiges Engagement haben wir hier mit einem neuen Impuls versehen. Unter dem Motto „Kommunen in der Entwicklungspolitik - lokal handeln, global wirken“ wollen wir Kommunen für ein entwicklungspolitisches Engagement gewinnen. Um entwicklungspolitisch motivierte Kommunen in ihrem Engagement zu unterstützen, haben wir ein neues Beratungs- und Förderangebot geschaffen. So können wir Kommunen personell unterstützen und Projekte finanziell fördern: Konkret können interessierte Kommunen jeweils eine Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements für zwei Jahre über mein Ministerium mitfinanzieren lassen. Wir bieten außerdem finanzielle Starthilfe für die Anbahnung von kommunalen Partnerschaften und fördern Partnerschaftsprojekte, die über maximal drei Jahre mit bis zu 250.000 Euro unterstützt werden können.*

Rößle: *Kommunalpartnerschaften sind ganz klar Win-win-Situationen. Deshalb sollte auch die mittelständische Wirtschaft angesprochen werden. Ich denke hierbei an Klinik- oder Berufsschulpartnerschaften.*

Dr. Müller: *Richtig. Gerade die Länder Nordafrikas befinden sich mit einer jungen Generation in einem dynamischen Aufbruch. Durch entsprechenden Austausch kann auch der deutsche Partner enorm gewinnen. Neben Investitionspartnerschaften sind Ausbildungs- und Lernpartnerschaften und vieles mehr möglich.*

Wenn ich in bayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen hierfür den Funken zünden könnte, wäre mir das gerade als Entwicklungsminister aus Bayern eine große Freude. Deutschlandweit gibt es bereits 650 Städte- und Projektpartnerschaften. Binnen zwei Jahren will ich die Zahl auf 1.000 erhöhen.

Kunstmann: Gibt es noch weitere Projekte, bei denen Sie die Kommunen als Partner benötigen?

Dr. Müller: *In den vergangenen Wochen habe ich ein Rückkehrer-Programm entwickelt, das gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium umgesetzt werden soll. Auch hierzu brauchen wir die Kommunen als Partner.*

von Hassel: Können Sie Einzelheiten nennen?

Dr. Müller: *Das Programm richtet sich an Asylbewerber aus Herkunftsländern wie Kosovo, Albanien, aber auch Marokko, Tunesien – um nur einige zu nennen – die in Deutschland kaum Chance auf Anerkennung haben. Tatsache ist doch: Bis deren Asylverfahren abgeschlossen sind, dauert es zwei Jahre und länger. In dieser Zeit dürfen sie nicht arbeiten, sitzen herum und werden mitunter depressiv. Diesen Menschen bieten wir an, freiwillig zurückzukehren und zunächst in Deutschland das Rüstzeug für einen erfolgreichen Neustart im Heimatland zu erhalten. Keiner soll als Verlierer zurückkehren müssen und sich deshalb einer Heimfahrt verweigern.*

Bereits jetzt stehen in vielen Herkunftsländern, zum Beispiel im Kosovo, Serbien und Albanien, bald auch in Marokko und Tunesien, in unserem Auftrag Mitarbeiter der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zur Verfügung, um den Rückkehrern bei der Reintegration zu helfen. Vor Ort haben wir Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme angestoßen. Wir lassen keinen allein.

von Hassel: Wie ist es um die Situation der syrischen Kriegsflüchtlinge bestellt?

Dr. Müller: *Mittels detaillierter Programme unterstützen wir Flüchtlinge, die freiwillig in bereits befreite Gebiete im Irak - zum Beispiel in die Region Sindschar - zurückkehren möchten. In Syrien selbst ist das freilich noch nicht möglich. Wir hoffen aber, dass der Krieg bald endet und es dann an den Wiederaufbau und irgendwann auch an die Rückkehr geht. Meine Erwartung ist, dass viele der syrischen Kriegsflüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren, wenn wir ihnen dort eine Perspektive bieten.*

Die meisten Flüchtlinge, denen ich in Flüchtlingscamps rund um Syrien, im Libanon und Jordanien begegnet bin, wünschen sich eine Zukunft in ihrer Heimat. Während des Krieges wollen sie in der Nähe ihres Zuhauses bleiben und nach Kriegsende so schnell wie möglich zurück. Hier ist unsere ganze Energie gefragt.

Rößle: *Die Flüchtlingsthematik fordert die Kommunen, aber ich sehe in den Vorschlägen des Bundesministers auch eine große Chance. Noch vor drei oder vier Jahren hätte es keinerlei Akzeptanz für kommunale Partnerschaften auf dem Feld der Entwicklungspolitik gegeben. Mittlerweile aber kann uns dieses Know-how helfen, Probleme im eigenen Land ein Stück weit zu lösen. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint mir die Grundstimmung hierfür durchaus positiv. Die Ziele „Fluchtursachen mindern“, „Aufnahmeregionen stabilisieren“, „Bleibe- und Zukunftsperspektiven schaffen“ sowie „Flüchtlinge integrieren und reintegrieren“ sind aus meiner Sicht richtig gesetzt und erfolgversprechend. Als bayerischer KPV-Landesvorsitzender werbe ich für diese zukunftsträchtige Initiative.*

von Hassel: Meine Herren, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. **DK**

1996 nimmt die BEG ihre Arbeit auf: Im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert die BEG den Schienenpersonennahverkehr in Bayern. Bild: BEG/Jürgen Möller

20 Jahre BEG:

20 Jahre Wettbewerb im Bahnland Bayern

Von einer „wahren Renaissance des Regionalverkehrs“ sprach Staatssekretär Gerhard Eck vom Bayerischen Innenministerium. Auf der Jubiläumsveranstaltung der BEG stand die Freude über die Leistungen der letzten 20 Jahre im Vordergrund. Aber auch Herausforderungen kamen zur Sprache, zum Beispiel bei der Infrastruktur. Ein Blick zurück nach vorn.

Die Ursprünge der BEG liegen in der Bahnreform von 1994. Sie war ein Paukenschlag für den Bahnverkehr in Deutschland. Die meisten verbinden damit die Umwandlung der Behörde Bundesbahn in das privatwirtschaftliche Unternehmen Deutsche Bahn AG. Doch mindestens so folgenreich war ein weiterer Aspekt der Bahnreform: Seit 1996 liegt der öffentlich bezuschusste Regional- und S-Bahnverkehr nicht mehr beim Bund, sondern in der Verantwortung der Länder.

Gerhard Eck, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und Vorsitzender des Aufsichtsrats der BEG, unterstrich bei seiner Ansprache zum 20-jährigen Jubiläum der BEG die positive Wirkung des Wettbewerbs auf der Schiene. Bild: BEG/Janek Stroisch

Regionalisierungsmittel investieren zum Vorteil der Fahrgäste

Während viele andere Länder die Verantwortung für den SPNV an regionale Zweckverbände und Verkehrsverbünde weiterdelegierten, ging die Bayerische Staatsregierung einen anderen Weg: Sie legte den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in ganz Bayern in die Hände einer eigens geschaffenen Institution: Am 1. Januar 1996 nahm die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) ihren Betrieb auf. Die Aufgabe der BEG ist es, die weiterhin vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder (die sogenannten Regionalisierungsmittel) bestmöglich zum Vorteil der Fahrgäste zu investieren. Dazu legt die BEG fest, auf welchen Strecken wie viele Züge in welchem Takt unterwegs sein sollen – und in welcher Qualität. Diese Leistungen schreibt die BEG für einzelne Strecken und Streckennetze aus und vergibt sie an dasjenige Unternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot – dem besten Angebot in Bezug auf Preis und Qualität.

Seit 1996 hat die BEG federführend 36 solcher Wettbewerbsverfahren abgeschlossen. Das ehemalige Monopol der Deutschen Bahn ist dadurch nach und nach einem vielfältigen Nebeneinander nationaler und internationaler Eisenbahnverkehrsunternehmen gewichen. Von den heute insgesamt 122 Millionen Zugkilometern pro Jahr im bayerischen SPNV werden 91 Millionen von der DB Regio und 31 Millionen von anderen Verkehrsunternehmen gefahren. 63 Millionen Zugkilometer werden dabei bereits im Wettbewerb erbracht. Bis 2023 soll der gesamte bayerische SPNV im Wettbewerb vergeben sein.

Staatliche Fördermittel stagnieren, Leistung und Qualität steigen deutlich

Staatssekretär Gerhard Eck hob die positive Wirkung des von der BEG organisierten Wettbewerbs hervor. Auf der Jubiläumsveranstaltung der BEG am 9. November in München sagte er vor rund 300 Gästen: „Das Bahnland Bayern ist ein gutes Beispiel dafür, dass Wettbewerb auch auf der Schiene zu Effizienzgewinnen und höherer Qualität führt“. Das lässt sich leicht an der Entwicklung des SPNV in Bayern ablesen: Die Regionalzüge und S-Bahnen legen im Auftrag des Freistaats Bayern mittlerweile rund 122 Millionen Zugkilometer pro Jahr zurück – das ist bundesweit spitze. Kein anderes Bundesland verzeichnet ein solches Leistungsvolumen.

Seitdem die BEG 1996 ihre Arbeit aufgenommen hat, konnte sie das Angebot auf der Schiene um knapp die Hälfte ausweiten. Die Nachfrage im Regionalverkehr ist um beachtliche 73 Prozent gestiegen, bei der S-Bahn München – auf bereits hohem Niveau – um 33 Prozent. Und all das obwohl die staatlichen Finanzmittel für den SPNV stagnieren und die Infrastrukturgebühren deutlich zulegen. Diese Ausweitung des Angebots war nur deshalb möglich, weil die Verkehrsunternehmen ihre Leistungen im Rahmen des Wettbewerbs günstiger anbieten als noch zu Zeiten des staatlichen Monopols vor 1996. Sie arbeiten effizienter, kalkulieren knapper, behalten die Kosten stärker im Blick, investieren mehr in Service und weniger in Verwaltungsstrukturen.

Die so gewonnenen finanziellen Spielräume konnte die BEG für Leistungsverbesserungen nutzen, vor allem für Taktausweitungen und für niederflurige und klimatisierte Neufahrzeuge mit wesentlich mehr Komfort.

Teure Infrastruktur

Ohne die Effizienzgewinne durch den Wettbewerb hätte die BEG die Leistung auf der Schiene schon längst kürzen müssen. Schuld daran sind die Infrastrukturgebühren, die über viele Jahre hinweg deutlich schneller gestiegen sind als die Regionalisierungsmittel. Dadurch bleibt faktisch immer weniger Geld zur Finanzierung des SPNV übrig. Vergleichbar mit einer Maut, fallen die Nutzungsgebühren für jeden Kilometer Schiene an, auf der ein Zug unterwegs ist. Dasselbe gilt für jede Station, die angefahren wird. Diese Gebühren erheben die Infrastrukturbetreiber, allen voran DB Netz und DB Station&Service, um die Infrastruktur instand zu halten und soweit möglich dem Bedarf entsprechend auszubauen. Mittlerweile fließen bereits etwa 69 Prozent der Mittel, die der BEG zur Verfügung stehen, in die Bereitstellung der Infrastruktur.

Langer Wunschzettel

Trotz dieser immer höheren Gebühren für Schienen und Stationen, entwickelt sich die Infrastruktur zunehmend zu einem kritischen Engpass, besonders dort, wo es wachsende Nachfrage für den Regionalverkehr gibt, also vor allem in den Ballungszentren sowie in deren Zulauf. Die BEG versucht so weit wie möglich gegenzusteuern und den langen Wunschzettel in regelmäßigen Gesprächen mit DB Netz in die Realität umzusetzen. Aufgrund des Investitionsstaus und der begrenzten Bundesmittel für die Schieneninfrastruktur ist dies aber nur bei einem Teil der Projekte möglich.

Mit Kontrollen und Nettoverträgen die Qualität verbessern

Damit sich die Servicequalität nicht nur im Vertragstext, sondern auch im realen Bahnbetrieb verbessert, setzt die BEG vor allem auf zwei Hebel: Zum einen auf regelmäßige Qualitätskontrollen, deren Ergebnisse sich direkt auf die Unternehmen auswirken – in Form von Bonus- oder Strafzahlungen. Und zum anderen auf Nettoverträge: Diese sehen vor, dass die Verkehrsunternehmen die Fahrgelderlöse zu hundert Prozent einbehalten. Dadurch bleiben die Unternehmen dem Fahrgast gegenüber voll verantwortlich und erhalten einen Anreiz, durch gute Qualität und Kundenorientierung die Einnahmen zu steigern. Von der BEG erhalten die Verkehrsunternehmen einen festen finanziellen Zuschuss – das sogenannte Bestellerentgelt. Diese Finanzmittel stammen aus den Regionalisierungsmitteln, die dem Freistaat vom Bund zugewiesen werden. Insgesamt finanziert sich der bayerische Regionalverkehr gut zur Hälfte aus Steuergeldern (Bestellerentgelt) und zur Hälfte aus Fahrgelderlösen.

Aus Fehlern in anderen Ländern gelernt

Dass Wettbewerb auf der Schiene auch schief gehen kann, das zeigt das Beispiel der Bahnprivatisierung in Großbritannien. Die Regierung Margret Thatcher setzte ganz auf die ungezügelten Kräfte des freien Markts. Das Ergebnis waren chaotische Verhältnisse und miserable Qualität. Daraus wurden bei der Bahnreform in Deutschland und bei der konkreten Umsetzung in Bayern Konsequenzen gezogen.

Dr. Johann Niggl (l.) im Dialog mit seinem neuen BEG-Geschäftsführerkollegen, Thomas Prechtl. Bild: BEG/Janek Stroisch

Unternehmerischer Wettbewerb und zentrale Steuerung

Der Wettbewerb zwischen den Eisenbahnverkehrsunternehmen wird zwar genutzt, um das beste Preis-/Leistungsangebot zu erhalten. Aber eine zentrale Organisation, die BEG, legt die Spielregeln für den Wettbewerb fest und verknüpft den Betrieb auf den einzelnen Strecken zu einem stimmigen Ganzen. Das Ergebnis ist der Bayern-Takt: Die Züge fahren heute auf nahezu allen Strecken im Freistaat mindestens im Stundentakt – von frühmorgens bis spätabends, und an rund 60 Knotenbahnhöfen gibt es optimale Umsteigemöglichkeiten.

Die Mischung aus unternehmerischem Wettbewerb und zentraler Steuerung hat sich in den letzten 20 Jahren bewährt. Das Bahnland Bayern gilt heute als Erfolgsmodell: Der Wettbewerb hat den Fahrgästen ein umfangreicheres und qualitativ besseres Angebot gebracht. Und er stellt sicher, dass ein attraktiver SPNV weiterhin bezahlbar bleibt. Natürlich gibt es auch Herausforderungen im bayerischen SPNV – vom nachlassenden Wettbewerb über die steigende Zahl juristischer Auseinandersetzungen um Ausschreibungsverfahren bis hin zur neuen Konkurrenz durch Fernbusse und zu Defiziten bei der Schieneninfrastruktur.

Weniger Geld in mehr Leistung verwandelt

Doch angesichts der bisherigen Erfolgsgeschichte zeigte sich Staatssekretär Eck auf der Jubiläumsveranstaltung überzeugt, dass die BEG auch in Zukunft die richtigen Weichen stellt. „Immerhin hat die BEG geschafft, wovon so mancher Manager träumt“, lobte Eck unter dem Beifall der Gäste: „Sie hat weniger Geld in mehr Leistung verwandelt!“ ❐

Saisonabschlussveranstaltung der AGFK Bayern e.V.:

Fahrradfreundliche Kommunen ausgezeichnet

Wenn die Tage kürzer werden und das Wetter ungemütlicher wird, stellt die AGFK Bayern und die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr traditionell das Fahrrad noch einmal ins Zentrum der Aufmerksamkeit: Auch in diesem Jahr wurde dem Rad wieder der rote Teppich ausgerollt. Dass das Fahrrad sein Image vom Alltags-Drahtesel hin zum alltagstauglichen, attraktiven Verkehrsmittel gewandelt hat, ließ sich alleine schon am prächtigen Rahmen des Schloss Nymphenburg und den über 100 hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden ablesen.

Bei der zentralen Auszeichnungs- und Abschlussveranstaltung standen Ingolstadt, Landshut und der Landkreis Fürth zunächst im Mittelpunkt – Staatsminister Joachim Herrmann verlieh den Kommunen den offiziellen Titel „fahrradfreundliche Kommune. Alle drei hatten sich im Laufe des Jahres einer komplexen Prüfung unterzogen und wurden von einer Kommission als „fahrradfreundlich“ und zur Auszeichnung vorgeschlagen.

Zeichen der Wertschätzung

Mit Bürgermeister Albert Wittmann (Stadt Ingolstadt), Landrat Matthias Dießl (Landkreis Fürth) und zweiter Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner (Stadt Landshut) waren die jeweiligen Kommunenspitzen persönlich gekommen – ein deutliches Zeichen, welches Gewicht der Radverkehr und diese Auszeichnung für die Kommunen hat.

Ganz am Beginn des Weges stehen mit Gröbenzell, Murnau, Poing, Freising und Lindau Kommunen aus verschiedensten Teilen Bayerns, die bei der Veranstaltung offiziell im Verein begrüßt wurden und vom AGFK-Vorsitzenden Landrat Matthias Dießl ihre Aufnahmeurkunden erhielten.

49 Mitgliedskommunen

Die AGFK Bayern ist damit seit ihrer Gründung von 38 auf 49 Kommunen angewachsen – ein Schritt der keineswegs selbstverständlich ist, liegen die Aufnahmekriterien doch relativ hoch: Ein einfacher Aufnahmeantrag reicht nicht aus. Die neuen Kommunen werden ebenfalls geprüft – wenn auch nicht so umfangreich wie bei der Bewerbung zur offiziellen „fahrradfreundlichen Kommune“. Damit stellt der Verein sicher, dass nur die Kommunen Mitglied werden, die es mit der Radverkehrsförderung auch wirklich ernst meinen.

Auch das STADTRADELN in Bayern wurde noch einmal gebührend gefeiert: Die Aktion, bei der in einem Aktionszeitraum für drei zusammenhängende Wochen zwischen Mai und September möglichst viele Menschen ihr Auto stehen lassen und dafür mit dem Rad unterwegs sein sollen, brach auch in diesem Jahr wieder einige erst im letzten Jahr aufgestellte Bestmarken: 206 (2015: 151) teilnehmende Kommunen mit insgesamt 47.224 (39.810) Radlern ersetzen 8.893.087 (8.180.0000) PKW-Kilometer.

Bester Newcomer

Als bester Newcomer im Bereich „fahrradaktivstes Kommunalparlament“ in Bayern zeichnete Susanne Lender-Cassens, zweite Vorsitzende der AGFK Bayern, die Stadt Wolfratshausen aus. In der gleichen Kategorie konnte sich in der Gesamtwertung bayern- und bundesweit erneut die Gemeinde Thaining durchsetzen. ❐

Bayerns Verkehrsminister Joachim Herrmann zeichnete bei der Saisonabschlussveranstaltung der AGFK Bayern e.V. zahlreiche fahrradfreundliche Kommunen aus. ❐

Zweite Stammstrecke:

Moderne Mobilität für München und das Umland

„Ich freue mich, dass die 2. Stammstrecke gebaut wird. Sie hilft nicht nur München selbst, mehr noch ist sie ein Projekt für das Umland. Nicht zuletzt profitiert auch die Umwelt, weil dadurch mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene gebracht wird“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, als Reaktion auf die Unterzeichnung der Realisierungsvereinbarung zum Bau der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München zwischen dem Freistaat Bayern und dem Bundesverkehrsministerium in München.

„Ministerpräsident Seehofer hat vollkommen Recht, wenn er von einem Historischen Tag für München, für das Umland und vor allem für die kleinen Leute spricht,“ so Schmid. Denn nur mit der Zweiten Stammstrecke ist es möglich, das Umland mit einem leistungsfähigen Schienennahverkehrskonzept mit der Landeshauptstadt zu verbinden. Schmid: „Dazu gehört endlich auch eine zeitgemäß schnelle Schienenverbindung zum Flughafen.“ „Besonders will ich auch hervorheben, welche Anstrengungen Bayern und der Bund unternommen haben, damit dieses Großprojekt zum Vorbild wird, wie Großprojekte erfolgreich durchgeführt werden können.“

Geplanter Risikopuffer

Ausgehend von den Erkenntnissen der Kommission Großprojekte beim Bundesverkehrsministerium, die 2015 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat, hat man von Anfang an alle denkbaren Risiken identifiziert und eingepreist. Dafür ist ein Risikopuffer von 600 Mio. Euro vorgesehen, den der Bund und Bayern im Verhältnis 60:40 tragen.

Wie von der Kommission empfohlen, wird der Bau als Partnering-Projekt durchgeführt mit ständiger Risikoanalyse. „Das sind jedenfalls die besten Voraussetzungen, dass es auch in der Abwicklung ein Leuchtturm-Projekt wird, wie es der Ministerpräsident ausdrückte“, betonte Schmid abschließend. ❐

Kernforderungen der Eisenbahnverbände:

Entschlossene Politik für mehr Schienenverkehr

Erstmals haben die acht Verbände der deutschen Eisenbahnbranche - Allianz pro Schiene, BAG SPNV, Mofair, VDB, VCD, VDV und VPI - gemeinsam politische Kernforderungen zur Bundestagswahl 2017 und für die kommende Legislaturperiode präsentiert. Zusammen mit den politischen Entscheidern im Bund und in den Ländern wollen sie sich in den kommenden Jahren für die Einführung des Deutschland-Takts, für die Halbierung der Schienenmaut und für die Förderung von Innovationen im Schienenverkehr einsetzen.

„Sicher, energieeffizient, kostengünstig: Leistungsfähiger Schienenverkehr ist ein unverzichtbarer Bestandteil für die mobile und vernetzte Zukunft in unserem Land. Die Bahn steht schon heute für klimaschonende Mobilität mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien“, heißt es in der aktuellen Publikation.

Bereits heute erbringe der Schienenverkehr über 90 Prozent seiner Leistung im elektrischen Betrieb. Die Eisenbahn sei mit jährlich über 2,6 Milliarden Reisenden im Nah- und Fernverkehr sowie über 360 Millionen Tonnen beförderter Güter ein vielseitiger, leistungsfähiger Verkehrsträger. „Sie will und kann noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger zum Umsteigen bewegen und viel mehr Transporte von überlasteten Straßen auf die umweltfreundlichere Schiene verlagern.“

Verstärkte Investitionen

In vielen Metropolen und Regionen der Welt habe die Politik das erkannt und unterstütze den Ausbau und die Modernisierung der Eisenbahnsysteme – damit mehr Reisende mit der Bahn fahren und mehr Güter auf der Schiene transportiert werden. Auch in Deutschland mit seinem rund 38.000 Kilometer umfassenden Schienennetz habe die Politik wieder verstärkt in das System Eisenbahn investiert.

„Entscheidend ist jedoch, dass die Rahmenbedingungen der Eisenbahnen durch die politischen Entscheider weiter verbessert werden, um mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern“, so die Eisenbahnverbände. Der Schienenverkehr brauche faire Rahmenbedingungen im Wettbewerb zu anderen Verkehrsträgern, eine ausreichende Finanzierung des Systems Schiene und ein nachhaltiges politisches Engagement für Forschung und Entwicklung.

Begrüßt werden die Ansätze für den Deutschland-Takt im Bundesverkehrswegeplan 2030. „Er enthält erste, richtungsweisende Vorschläge, wie die Schieneninfrastruktur durch Ausbaumaßnahmen durchlässiger und leistungsfähiger für Personen- wie Güterverkehre gemacht werden kann.“ Die Verbände fordern, den Deutschland-Takt infrastrukturpolitisch verbindlich zu verankern, da durch ihn ausreichende Kapazitäten für wachsenden Personen- und Güterverkehr auf der Schiene entstünden.

„Aktuell wird der Schienenverkehr von Jahr zu Jahr durch steigende Nutzungsentgelte teurer. Deshalb halten wir eine Halbierung der Trassenpreise für unumgänglich“, lautet eine weitere Forderung. Der Bund müsse nicht nur für den Ersatz, sondern auch für den Unterhalt aller Schienenwege eine größere Finanzverantwortung übernehmen und zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen. So entstünden Spielräume für eine spürbare Absenkung der Schienenmaut.

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen trügen als Nutzer der Infrastruktur den betrieblichen Aufwand für ihre Verkehre. Mit diesem EU-konformen Modell lasse sich die erwünschte Halbierung der Trassenpreise erreichen – mit besten Aussichten für mehr Schienenverkehr. Der Schienenpersonennahverkehr könne dadurch sein Angebot für den Bürger weiter kontinuierlich ausbauen, denn zusätzliche Verkehre könnten deutlich günstiger bestellt werden. Wichtiger Nebeneffekt steigender Nachfrage: „Je mehr Verkehr durch halbierte Trassenentgelte auf die Schiene verlagert wird, umso geringer fällt der zusätzliche Finanzbedarf aus.“

Attraktive Dimensionen

Die Vielfalt der digitalen Technologien schafft heute bereits neue, attraktive Dimensionen des Bahnfahrens, von der individualisierten Auskunft über nahtlose Reiseketten bis hin zu WLAN-Diensten, die aus dem Zug ein rollendes Büro machen. Automatisiertes Fahren auf der Schiene führt den Eisenbahnverbänden zufolge zu dichterer Zugfolge und damit bis zu 40 Prozent höherer Streckenauslastung.

„Die Schieneninfrastruktur muss digitalisiert werden. Beim Einsatz der europäischen Leit- und Sicherungstechnik ETCS liegt Deutschland gegenüber vielen seiner Nachbarländer deutlich zurück. Soll ein einheitlicher europäischer Eisenbahnraum bald Wirklichkeit werden, ist ein Sondertitel des Bundes zur entsprechenden Digitalisierung der Infrastruktur und der Schienenfahrzeuge erforderlich.“

Höchste Verfügbarkeit der Fahrzeugparks durch vorausschauende, digitalisierte Instandhaltung, mehr Energieeffizienz und Kapazitätssteigerungen im Netz durch moderne Leit- und Sicherungstechnik: So entstehe ein neues Niveau der Qualität, Flexibilität und (betrieblichen) Stabilität. Neue Antriebslösungen – batterieelektrisch, Brennstoffzelle, hybride Aggregate – und neue Werkstoffe schafften noch mehr Klimaschutz. „Auch das sind Forschungsthemen, die wir gemeinsam mit der Politik mit einem Programm für Forschung und Entwicklung voranbringen wollen“, heißt es abschließend. **DK**

LBO-Jahrestagung in Ingolstadt

Bayerns Busunternehmer fordern eine zukunftsorientierte und nachhaltige Mittelstandspolitik

Mit fast 14.000 Bussen befördern die rund 1.100 bayerischen Busunternehmen annähernd 800 Mio. Fahrgäste im Nah- und Fernverkehr. Mehr als 90 % der Busbetriebe im Freistaat sind inhabergeführte, mittelständische Familienunternehmen.

Das Verkehrssystem Bus zeichnet sich durch ein hohes Maß an Flexibilität und ein hervorragendes Preis- Leistungsverhältnis aus und stellt in weiten Teilen Bayerns das Rückgrat eines funktionsfähigen und leistungsstarken umweltfreundlichen Nahverkehrssystems dar. Einen wesentlichen Beitrag tragen hierzu in Bayern die kleinen und mittelständischen Busunternehmen bei.

„Trotz ihrer Erfolgsgeschichte stehen die Zeichen bei den Busunternehmen in Bayern auf Sturm. Sie werden zunehmend mit vermeidbaren europaweiten Ausschreibungen und einem daraus resultierenden Verdrängungswettbewerb konfrontiert. Gleichzeitig wird seit Jahren die finanzielle Basis der Busunternehmen durch die eingefrorenen bzw. abgesenkten Finanzhilfen im ÖPNV und durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen geschwächt“, so LBO-Präsident Heino Brodschelm.

Im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels, der Globalisierung und der Digitalisierung muss das Gebot der Stunde eine nachhaltige Stärkung des Mittelstandes und eine konsequente Umsetzung der Ziele des Mittelstandspaktes Bayern sein. Der LBO fordert die bayerische Staatsregierung und den Landtag auf, mittelstandsgerechte finanzielle und ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu erhalten und weiter zu entwickeln. Hierzu zählen eine Dynamisierung der unternehmensbezogenen Finanzhilfen für den allgemeinen ÖPNV und der Investitionsförderung nach Maßgabe des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes.

Der LBO erinnert daran, dass die Staatsregierung im Rahmen des Mittelstandspakts der Erhöhung von Steuern und Abgaben eine Absage erteilt hat. Hierzu muss weiterhin auch ein klares Nein zur Maut für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Omnibus zählen. Gleichermaßen sind Fahrverbote abzulehnen, die den Einsatz von Omnibussen in Frage stellen. Mit einem Durchschnittsalter von 8,6 Jahren verfügt Bayern über eine der modernsten Busflotten in Deutschland. Brodschelm appelliert an Staatsminister Herrmann, die Ampeln für den sicheren und umweltfreundlichen Verkehrsträger Omnibus stets auf grün zu stellen. ❐

Raumordnungsverfahren für drei Ostvarianten

Dialogforum zur Ost-Süd-Umfahrung Landshut

Die Zukunft der Ost-Süd-Umfahrung Landshut stand bei der jüngsten Sitzung von Mitgliedern des Dialogforums sowie Vertretern aus Politik, Verwaltung und Verbänden in der Regierung von Niederbayern erneut im Mittelpunkt der Diskussion.

Das Dialogforum zur B15neu in Landshut kam zu dem Ergebnis, drei Varianten einer Umfahrung der Stadt in ein Raumordnungsverfahren einbringen zu wollen. Noch in diesem Jahr soll das Bauamt Landshut den entsprechenden Antrag bei der Regierung von Niederbayern stellen. Alle drei Trassenvarianten beginnen am Fernstraßenknoten A92/B15neu in Ohu, umgehen Landshut in weitem Bogen im Osten und werden an die B299 und die B15alt angebunden.

Wie Oberbürgermeister Hans Rampf betonte, könnten Stadt und Landkreis diese Probleme nur gemeinsam lösen – „und wir werden sie auch lösen, davon bin ich überzeugt“, erklärte Rampf. Die Lasten der Umfahrung müssten so gerecht wie möglich aufgeteilt werden und dort wo es unvermeidliche Härten gebe, seien geeignete technische Lösungen unumgänglich.

Nach Auffassung von Landrat Peter Dreier sollte die B 15neu im Ortsbereich Ohu mit einem Deckel versehen werden. Er könne nicht nachvollziehen, warum 80 Millionen Euro für eine Tieflage der B15 neu ausgegeben werden und die paar Millionen, die für einen Deckel notwendig wären, nicht aufgebracht werden könnten. Mit Mehrkosten von nur 10 Prozent könnte der Nutzen dieser Maßnahme vervielfacht werden. Dafür wollen Peter Dreier und Hans Rampf weiter kämpfen.

Karl Wiebel, Chef der Bayerischen Straßenbauverwaltung, hob hervor, dass mit einer vorrangigen Einstufung der Umfahrung Landshut in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen zu rechnen sei. Die Fortsetzung der B 15 neu in Richtung Rosenheim werde voraussichtlich nachrangig eingestuft.

Landschaftsarchitekt Andreas Pöllinger fasste seinerseits die Ergebnisse einer umfangreichen Umweltverträglichkeitsstudie zusammen. In dieser Studie werden alle drei Varianten nach 15 Hauptkriterien untersucht und bewertet. Dabei traten laut Pöllinger durchaus erhebliche Unterschiede bei einzelnen Kriterien zutage, beim Gesamtergebnis jedoch liegen die drei Varianten relativ nahe beieinander.

Die Bürgermeister der durch die jeweiligen Varianten betroffenen Gemeinden sprachen sich dafür aus, ihre kommunalen Interessen bei der Trassenwahl zu berücksichtigen. Besonders eine Durchschneidung von Gemeinde- und Siedlungsgebieten sei in jedem Fall zu vermeiden.

Landrat Peter Dreier betonte abschließend, dass jede der Varianten Betroffenheiten bei einzelnen Gemeinden auslöse, aber man dennoch im Interesse der gesamten Region eine tragfähige und möglichst schonende Lösung finden müsse. Dabei werde man sich zunächst dafür einsetzen, die Lärmbelastung in Ohu durch eine Einhausung so gering wie möglich zu halten. „Wir müssen nun Nägel mit Köpfen machen, damit die möglicherweise betroffenen Menschen wissen, wie sie dran sind und wieder planen können“, machte Dreier deutlich.

Die nächste Sitzung des Dialogforums findet statt, sobald das Verfahren abgeschlossen ist. Dann will man die drei Varianten noch einmal im Lichte der landesplanerischen Beurteilung der Regierung von Niederbayern sowie der eingegangenen Stellungnahmen der Fachstellen und Gemeinden betrachten und sich auf eine Variante festlegen. **DK**

Freier Wettbewerb bei Umrüstung auf LED Straßenleuchten

Die Gemeinde Warngau nutzt den freien Wettbewerb – ohne eigene Haushaltsmittel

Dass auch bei einfachen Sanierungsmaßnahmen, trotz eines bestehenden Vertrages über die Straßenbeleuchtung, eine regelmäßige Ausschreibungspflicht für Kommunen besteht, war Gegenstand eines Experten-Meetings in der oberbayerischen Gemeinde Warngau (Landkreis Miesbach). Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere die Aufforderung an die Rathäuser, zur Schaffung von mehr Wettbewerb gezielt Anbieter aus dem Mittelstand einzubinden.

Mehr als 30 Teilnehmer informierten sich anhand des Warngau-Models darüber, welche Vorteile eine „Umrüstung streng nach Vergaberecht“ bringen kann. Auf Einladung des Bundesverband Straßenbeleuchtung und Infrastruktur für den öffentlichen Sektor (BVSI) zeigten verschiedene Fachleute auf, wie Straßenleuchten im freien Markt zeitnah, umfassend und vor allem haushaltsneutral umgerüstet werden können. Denn auch ohne eigene Haushaltsmittel können die Kommunen mittels alternativer Betreibermodelle (Kommunale Nutzungsvereinbarung) dazu beitragen, die Energiewende in Bayern Wirklichkeit werden zu lassen.

Ausschreibung ist Pflicht – auch bei bestehenden Verträgen

Besonderes Interesse fand das Referat vom Experten für das Vergaberecht, Herrn Stephan Böttger (hsp Advice) zur gesetzlichen Verpflichtung der Kommunen, anfallende Sanierungen und Umrüstungen auch bei Bestehen eines Straßenbeleuchtungsvertrages ausschreiben zu müssen.

Viele Kommunen werden bei der Umrüstung ihrer Straßenbeleuchtung oft durch mangelnde technische, rechtliche, organisatorische oder wirtschaftliche Kenntnisse gebremst. Und das obwohl der Umstieg auf LED-Technik Energieverbräuche, Kosten und CO2-Emissionen meist um 60 Prozent und mehr reduziert. Während auf der kommunalen Seite personelle und zeitliche Ressourcen zur Planung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen oft eher knapp sind, kommt es bei den aktuellen Vertragspartnern, meist überregionale Energieversorger, häufig zur Blockade-Politik.

Da die Umstellung auf LED-Technik deren wirtschaftlichen Interessen entgegensteht, werden Abhängigkeiten und fehlende Vertragskenntnis ausgenutzt, besonders hinsichtlich der tatsächlichen Eigentumsverhältnisse der Straßenbeleuchtungsanlagen. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass bestehende Verträge unter Umgehung der existierenden Ausschreibungsvorschriften leichtfertig einfach erweitert werden.

Umsetzung trotz Widerstand der bisherigen Betreiber

Die Gemeinde Warngau zeigte anhand ihres eigenen Vorgehens auf, wie trotz dieser Hindernisse eine gesamtheitliche Umrüstung auf LED-Technik in einer einzigen Sanierungsmaßnahme dennoch gelingen kann. Trotz eines bestehenden und noch laufenden Straßenbeleuchtungsvertrages und gegen den intensiven, langjährigen Widerstand des aktuellen Betreibers, einem überregionalen Energiekonzern.

In Warngau wurde die nach Vergaberecht geforderte, regionale Mittelstandsförderung erfüllt. In einem freien Wettbewerb der Bieter und insbesondere ohne den Einsatz eigener Haushaltsmittel. Als Abrundung konnten sich die interessierten Gemeindevertreter bei einer anschließenden Besichtigung vom Projektentwickler Martin Reh (WiRE Umwelttechnik) über die neu installierten LED-Leuchten des deutschen Herstellers ATON und die praktische Umsetzung in Warngau aus erster Hand informieren lassen.

Die Veranstalter freuen sich nach Ablauf der Tagung über die rundum positive Resonanz und verweisen schon jetzt auf das 2. Warngauer Forum am 17. Januar 2017 am gleichen Ort. **Rüdiger Lehmann**

V. l.: Andreas Kleiner, Vorstand BVS;I Florian Dähn, VET Leasing; Volker Kretschmer, ATON Lichttechnik Martin Reh, WiRE Umwelttechnik; Frank Stiller, Hörmann KN; Klaus Thurnhuber, Bürgermeister Warngau; Stephan Boettger, hsp Advice; Manfred Wagner, Energiewende Oberland und Besucher. ❐

Revolution der Scheinwerfertechnologie:

Mercedes leuchtet in HD-Qualität

Die Zukunft des Autolichts liegt für die Mercedes Entwickler im blendfreien Fernlicht in HD-Qualität. Die revolutionäre Scheinwerfertechnologie glänzt mit höchster Performance und ermöglicht Kommunikation und wegweisende Fahrerassistenz. Im neuen Scheinwerfer in HD-Qualität arbeiten Chips mit über einer Million Mikrospiegeln, also über zwei Millionen insgesamt pro Fahrzeug. Die für die Lichtsteuerung notwendige intelligente Ansteuerungslogik wurde von Mercedes-Benz selbst entwickelt. Algorithmen erhalten über die Fahrzeugsensoren detaillierte Informationen über die Umgebung und berechnen daraus in Echtzeit den Helligkeitswert für jedes der über zwei Millionen Pixel.

Mit dieser Dynamik und Präzision schafft dieses intelligente System nahezu unbegrenzte Möglichkeiten einer idealen, hochaufgelösten Lichtverteilung, die sich optimal an die Umgebungsbedingungen anpasst. „Entscheidend ist nicht die Technologie im Scheinwerfer, sondern die digitale Intelligenz dahinter“, betont Gunter Fischer, Leiter Karosserieentwicklung Exterieur und Fahrzeugbetriebssysteme bei der Daimler AG. Die Innovation wurde von Mercedes-Benz gemeinsam mit zwei Partnerfirmen entwickelt und ist ein gutes Beispiel für die intern enge Zusammenarbeit zwischen der Daimler Forschung und der Pkw-Entwicklung auf dem Weg zur Serienreife.

Sensoren wie Kameras oder Radar erkennen andere Verkehrsteilnehmer, leistungsstarke Rechner werten die Daten sowie digitale Karten in Millisekunden aus und geben den Scheinwerfern die Kommandos zur Anpassung der Lichtverteilung in allen Situationen. Das Resultat: optimale Sicht für den Fahrer ohne Blendung anderer Verkehrsteilnehmer sowie innovative Funktionen mit einem Plus an Sicherheit.„Wir streben mit unserer Strategie „DIGITAL LIGHT“ nicht nach Weitenrekorden, sondern wollen mit digitalem Licht beste Sicht und höchste Brillanz ohne Blendwirkung erreichen. Innovative Funktionen zur Unterstützung des Fahrers und Inszenierungen zur Kommunikation mit anderen Verkehrsteilnehmern optimieren die Sicherheit bei Nachtfahrten deutlich“, betont Gunter Fischer.

Mercedes-Benz will mit „DIGITAL LIGHT“ nicht nur für jede Fahrsituation die ideale Lichtverteilung erzielen, sondern den Fahrer in kritischen Situationen wie beispielsweise einer engen Baustellendurchfahrt gezielt führen und unterstützen. Dazu wird es möglich sein, Lichtspuren auf die Straße zu projizieren, die fehlende Fahrbahnmarkierungen ersetzen. Zudem können digitale Lichtsysteme Botschaften wie Richtungspfeile oder Warnhinweise auf die Straße beamen. Via „DIGITAL LIGHT“ kommuniziert das Auto künftig auch mit anderen Verkehrsteilnehmern: So können beispielsweise Symbole oder ein Zebrastreifen für Fußgänger projiziert werden. Damit liefert „DIGITAL LIGHT“ wichtige Beiträge zur Verkehrssicherheit und Bausteine auf dem Weg zum unfallfreien und autonomen Fahren – als integraler Bestandteil der Gesamtstrategie INTELLIGENT DRIVE. Was 2015 im Forschungsfahrzeug F015 noch als Vision vorgestellt wurde, ist jetzt in Demofahrzeugen umgesetzt und in naher Zukunft auf der Straße.

Der Scheinwerfer wird zum Beamer

Im neuen Scheinwerfer in HD-Qualität arbeiten Chips mit über einer Million Mikrospiegeln. Dabei wird das Licht in winzige Pixel aufgeteilt. Je kleiner diese Lichtpixel werden, desto besser kann das System auf unterschiedliche Situationen reagieren, desto präziser können Objekte und Passanten angeleuchtet und gleichzeitig einzelne Bereiche gezielt ausgeblendet oder abgedimmt werden. Das schafft beste Sicht für den Fahrer, ohne andere Verkehrsteilnehmer zu blenden.

Seine neu entwickelte HD-Software-Lichtverteilung wird Mercedes-Benz im Rahmen von „DIGITAL LIGHT“ künftig mit zwei Hardware-Scheinwerfersystemen einsetzen:

- Für maximale Auflösung und Performance setzt Mercedes-Benz auf mehr als eine Million Lichtpunkte pro HD-Scheinwerfer mit einer neuartigen Beamertechnologie. Angeregt von Hochstrom-Leuchtdioden strahlen insgesamt über zwei Millionen Mikrospiegel auf die Fahrbahn – jeder einzelne Spiegel kann bewegt werden. Erste Prototypen sind bereits in Demonstrationsfahrzeugen verbaut und wurden im November 2016 der Öffentlichkeit im Rahmen von Nachtfahrten präsentiert.
- Der im Oktober 2016 vorgestellte neue, hocheffiziente und sehr kompakte LED-Chip aus dem Verbundforschungsprojekt µAFS wird sich in absehbarer Zukunft in Mercedes-Benz Fahrzeugen wiederfinden. Vier jeweils mit 1.024 einzeln ansteuerbaren Lichtpunkten versehene LED-Chips sind hier pro Scheinwerfer verbaut. Im Fahrzeug ergeben sich damit 8.192 einzeln ansteuerbare Lichtpixel. ❐

VBS-Jahrestagung 2016 in Bad Wörishofen:

Kreislaufwirtschaft leistet wichtigen Beitrag zum Umweltschutz

In Bad Wörishofen hielt der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) seine Jahrestagung ab. Unterstützung erfuhr der VBS durch die klaren ordnungspolitischen Aussagen von Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, der sich deutlich gegen den Trend zur kommunalen Verstaatlichung der Hausmüllabfuhr stellte. Erfreulich war die sehr hohe Beteiligung: VBS-Präsident Otto Heinz konnte 320 Gäste und Mitglieder begrüßen.

Die Festrede hielt in diesem Jahr Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf. Staatsministerin Scharf führte aus, dass Bayern mit einer Verwertungsquote von über 70 Prozent einen Spitzenplatz belege und damit auf dem Weg in eine Recyclinggesellschaft sei. Damit leiste die bayerische Abfallwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt. Lobend hob die Staatsministerin das Engagement des VBS als Partner der Bayerischen Klima-Allianz hervor.

VBS-Präsident Otto Heinz mahnte in seiner Begrüßung eine zügige Lösung bei der aktuellen Entsorgungsproblematik von HBCD-haltigem Dämmmaterial an.

Steuerzahlerbund kritisiert Verstaatlichung der Hausmüllabfuhr

Durch die deutlichen ordnungspolitischen Aussagen von Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, erfuhr der VBS prominente Unterstützung in seinem Kampf gegen den aktuellen Trend zur Verstaatlichung der Hausmüllabfuhr in den Kommunen – der sogenannten „Rekommunalisierung". So steht der Steuerzahlerbund dem Eingreifen der Kommunen in die Privatwirtschaft grundsätzlich kritisch gegenüber.

Ein Höhepunkt der diesjährigen Tagung war die öffentliche Hauptveranstaltung. Unter dem Motto „Unternehmensphilosophien in der Entsorgungswirtschaft – gestern, heute, morgen" diskutierten die BDE-Altpräsidenten Norbert Rethmann und Gustav Dieter Edelhoff mit VBS-Altpräsident Reinhard Büchl und Otto Heinz (VBS-Präsident).

Auf große Zustimmung stieß der Hinweis von Norbert Rethmann, der wenig von seitenlangen, detaillierten Compliance-Regeln zur guten Unternehmensführung hält, und stattdessen seinen Unternehmerkollegen eine Orientierung an der Bergpredigt und den 10 Geboten empfahl.

Die Mitgliederversammlung wählte erneut einstimmig Richard Meindl zum Vizepräsidenten. Gewählt wurde ferner der erweiterte Vorstand: Reiner Büchl, Michael Buchheit, Frank Gärtner, Matthias Harms und Markus Wittmann.

Die Jahrestagung war mit 320 Teilnehmern sehr gut besucht. Neben den Mitgliedern nahmen zahlreiche geladene Gäste aus Politik, Verwaltung, befreundeten Verbänden und diverser weiterer Institutionen an der Tagung teil. ❐

Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf gemeinsam mit VBS-Präsident Otto Heinz. ❐

Neue bayerische Leitlinien in Sachen Dämmstoffe:

Ein Schritt nach vorn

Aus Sicht des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) sind die vom Landesamt für Umwelt (LfU) veröffentlichten Maßnahmen geeignet, für eine kurzfristige Entspannung der kritischen Lage bei der Entsorgung von HBCD-haltigen Dämmstoffen zu sorgen. Allerdings stellt dies keine dauerhaft tragbare Lösung für die zuletzt schwierige Entsorgungssituation in Bayern dar.

VBS-Präsident Otto Heinz sagt dazu: „Wir begrüßen, dass das LfU die von uns gemeinsam mit der vbw Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und weiteren betroffenen Verbänden erarbeiteten Vorschläge in weiten Teilen aufgegriffen hat. Dies kann allerdings nur eine Behelfslösung darstellen; notwendig ist es aus unserer Sicht, dem Vorschlag des Bundesumweltministeriums zu folgen und im Bundesrat eine Entschließung zur Änderung der Abfallverzeichnisverordnung zu verabschieden. Dann würden HBCD-haltige Abfälle weiterhin als nicht gefährlich eingestuft, wie beispielsweise in unserem Nachbarland Österreich praktiziert."

Zum Hintergrund: Viele Müllverbrennungsanlagen auch in Bayern dürfen HBCD-haltiges Dämmmaterial seit dem 30. September 2016 wegen einer neuen Regelung nicht mehr annehmen, da diese Anlagen keine gefährlichen Abfälle verbrennen dürfen. Dabei ist es unter Experten unstrittig, dass die energetische Verwertung in Müllverbrennungsanlagen der geeignetste Entsorgungsweg für HBCD-haltige Dämmstoffe ist. Eine entsprechende Studie an der MVA Würzburg ergab, dass die in den Dämmmaterialien enthaltenen HBCD bei der thermischen Behandlung vollständig zerstört werden.

Aufgrund der neuen Regelung blieben Entsorger und Baubetriebe in einigen Regionen Bayerns zuletzt auf den Dämmstoffabfällen sitzen. ❐

Alternativen zum Holsystem mittels Biotonne

Um eine akzeptable Sammelmenge zu erzielen, ist die Schaffung eines ausreichenden Netzes an Annahmestellen erforderlich. Dies berücksichtigt zum einen die fehlende Lagermöglichkeit bei Küchen- und Speiseabfällen und zum anderen ist ein ausreichendes Angebot an Annahmestellen Voraussetzung zur Nutzung des Bringsystems durch die Haushalte. Die Anzahl der Annahmestellen lässt sich nicht allgemeingültig festlegen; abgesehen von dem Hinweis, dass der Sammelerfolg umso höher ist, je dichter das Angebot an Annahmesteilen ist. So verfügt der Landkreis Birkenfeld über eine Dichte von ca. 110 Einwohner je Annahmesteile und die Stadt Landshut über eine Dichte von ca. 85 Einwohner je Annahmestelle.

Die Mehrzahl der öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger mit Bringsystem verfügt über ein weniger dichtes Netz an Annahmestellen, hier werden je Stadt oder Gemeinde mindestens je eine Annahmestelle angeboten, abhängig von der Größe der Kommune. Häufig befinden sich diese Annahmestellen auf eingezäunten Wertstoffhöfen der Kommunen, was den Vorteil einer Überwachung der Leerungen hat, aber den Nachteil einer eingeschränkten Nutzung zu den Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe mit sich bringt.

Um bei diesem Konzept dennoch eine ausreichende Sammelmenge zu erreichen, kommt der regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit, auch während des Betriebs des Bringsystems, eine hohe Bedeutung zu. Der vielfach vermutete Nachteil erhöhter Fehlwürfe bei frei zugänglichen Annahmestellen hat sich in der Praxis, vor allem bei regelmäßiger Öffentlichkeitsarbeit, nicht bestätigt.

Der inhaltliche, aber auch der kostenmäßige Umfang der Öffentlichkeitsarbeit darf nicht unterschätzt werden. Die Veröffentlichung einer Pressemeldung kurz vor Start des Bringsystems ist nicht ausreichend. Stattdessen sind alle Elemente eines Kommunikationskonzeptes - Zielgruppen, Kommunikationskanäle und -maßnahmen - mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf zu planen und unter Einhaltung eines ebenfalls festzulegenden Zeitplans umzusetzen. Insbesondere die Berücksichtigung des Informationsbedarfs der unterschiedlichen Zielgruppen ist wesentliches Merkmal einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit

Frühzeitig kommunizieren

Neben den Bürgerinnen und Bürgern in einem Landkreis sind dies z. B. die politischen Gremien, Städte und Gemeinden (Leitungs- und Sachbearbeitungsebene), regionale Medien (Presse, Regionalfernsehen), die eigenen Mitarbeiter der Abfallwirtschaft (auch an den Annahmesteilen) sowie Verwaltungen von Großwohnanlagen. Ferner kann das Gewerbe einbezogen werden und eine frühzeitige Kommunikation mit regionalen Dienstleistern erhöht die Anzahl wirtschaftlicher Angebote bei Ausschreibungen der Sammlung und Verwertung der Bioabfälle. Für die Zielgruppen sind im Anschluss die geeigneten Kommunikationskanäle zu definieren; neben den bekannten Printmedien ist vor allem eine Kommunikation über die Homepage hilfreich, da mittlerweile eine hohe Anzahl an Haushalten über einen Internetzugang verfügen.

Beispiele sind Informationen an die Haushalte, Abstimmung mit den Gemeinden, Pressemitteilungen, Anzeigen in regionalen Medien, Einrichtung Hotline, Veranstaltungen in den Kommunen und ggf. in Schulen oder auch die Produktion eines Informationsvideos. Diese Beispiele zeigen, dass für die Kommunikation ausreichend Zeit einzuplanen ist. Wichtig ist, dass neben den Maßnahmen ein abgestimmter Zeitplan erstellt wird.

erschienen am: 2016-11-26 im europaticker

Präsentation von Bertelsmann Stiftung und Difu:

Monitor Nachhaltige Kommune

Berlin. Die Mehrzahl der Kommunen steht zu einer nachhaltigen Entwicklung. Allerdings war es bisher schwierig, den Erfolg des nachhaltigen Handelns zu messen. Der von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin entwickelte „Monitor Nachhaltige Kommune" liefert dazu nun die Möglichkeit: Er zielt darauf ab, den Stand der nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen transparent zu machen und die Entwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements zu unterstützen.

Im Internet-Portal www.wegweiser-kommune.de der Bertelsmann Stiftung können Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern ihre individuellen Werte und Entwicklungsverläufe abrufen und mit den Werten anderer Kommunen vergleichen. Zwei Veröffentlichungen fassen die detaillierten Ergebnisse zusammen, sie stehen als PDF kostenfrei im Netz bereit.

Obwohl Städte, Gemeinden und Kreise bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes und der Länder eine wichtige Rolle spielen, gibt es wenige gesicherte Erkenntnisse darüber, wie nachhaltig Deutschlands Kommunen tatsächlich sind und mit welchen Themen sie sich beschäftigen. Diese Lücke soll der auch von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützte neue „Monitor Nachhaltige Kommune" schließen.

Thematische Favoriten

Die im Rahmen des Monitors durchgeführte Befragung der Stadtspitzen deutscher Städte und Kreise zeigt, wie nachhaltig Deutschlands Kommunen handeln. Fast 90 Prozent der befragten Kommunen betonen, dass das Thema für sie sehr wichtig bzw. wichtig ist. Dabei stehen die Themen Haushaltsführung, Bildung, Wohnen und Wohnumfeld sowie Klima und Energie in den befragten Kommunen derzeit hoch im Kurs. Gleichzeitig wird allerdings dem Engagement für Armut, Sicherheit, Gesundheit und Pflege sowie für die „Eine Welt" eher nachrangige Bedeutung beigemessen.

Dies kann als Defizit bewertet werden: Die Vereinten Nationen betonen in ihrer Resolution zu den neuen globalen Zielen („Sustainable Development Goals"), dass die Beseitigung der Armut ein zentraler Aspekt und eine Vorbedingung für nachhaltige Entwicklung ist, und das gilt nicht nur global, sondern trifft auch auf deutsche Kommunen zu.

Indikatorenkatalog

Neben der Befragung zum Nachhaltigkeitsmanagement wurde im Monitor Nachhaltige Kommune ein umfassender Indikatorenkatalog entwickelt, der dem Monitoring und der Evaluation von nachhaltiger Entwicklung dient. Von insgesamt 125 Indikatoren aus den zentralen kommunalen Aufgabenbereichen werden insbesondere 37 sogenannte Kernindikatoren empfohlen. Zu diesen erfolgten eine flächendeckende Datenerhebung sowie statistische Analysen zu Zusammenhängen zwischen den Indikatoren. ❐

„Kein Stahl ohne Schlacke"

4. Symposium der Max Aicher Unternehmensgruppe in Meitingen

Im SGL-Forum in Meitingen fand das 4. Schlacken-Symposium unter dem Motto „Kreislaufwirtschaft stabil weiterentwickeln" statt. Nach den erfolgreichen Veranstaltungen der Jahre 2011, 2012 und 2014 wurde Meitingen auch dieses Jahr für zwei Tage wieder zum Mittelpunkt der deutschen und europäischen Stahlindustrie.

Mit einem interessanten Themenmix aus Forschung, Umwelt und rechtlichen Entwicklungen lockte das Organisationsteam um Dr. Dirk Mudersbach, Leiter Forschung und Entwicklung der Max Aicher Umwelt GmbH, ein hochkarätiges Redner- und Gästefeld mit mehr als 130 Fachleuten der deutschen und europäischen Stahlwirtschaft sowie der Recycling-Wirtschaft und Politik nach Bayern.

Die diesjährige Veranstaltung sollte vor allem einen wichtigen Beitrag zur Information und Aufklärung in Bezug auf die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten von Schlacken aus dem Stahlherstellungsprozess leisten. Immer wieder zeigt sich leider, dass entgegen der politischen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene zum bevorzugten Einsatz von Recyclingbaustoffen der Einsatz von Stahlwerksschlacken zu Unrecht und wegen Unwissenheit, Fehlinformation und falsch motiviertem politischen Druck unterbunden wird.

Die Öffentlichkeit aufklären

Thomas Reiche, Geschäftsführer des FEhS – Institut für Baustoff-Forschung e.V., führte dazu in seiner Rede und in der anschließenden Diskussionsrunde aus, dass es aus seiner Sicht eine ganz wesentliche Zukunftsaufgabe der Wirtschaft und speziell der Stahlindustrie sei, mehr an der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Einsatzmöglichkeiten von Schlacken zu arbeiten und noch stärker anhand positiver Projekte und wissenschaftlicher Arbeit zur Information beizutragen. Ein breiter Konsens innerhalb der Bevölkerung müsse das Ziel der Öffentlichkeitsarbeit sein – die Behörden allein zu überzeugen, werde nicht zum Ziel führen.

Fokus auf künftiges Regelwerk

RDir Michael Heugel, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit, thematisierte in seinem Vortrag das zukünftige Regelwerk zur Beurteilung der Einsatzfähigkeit von Eisenhüttenschlacken, die Ersatzbaustoffverordnung im Rahmen der neuen Mantelverordnung. Er verwies darauf, dass der lang erwartete Referentenentwurf noch in diesem Jahr veröffentlicht wird und die Mantelverordnung noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Dann herrscht endlich bundeseinheitlich Rechtssicherheit zur Bewertung der Eisenhüttenschlacken in Bezug auf deren Umweltverträglichkeit.

Prof. Dr. Andrea Versteyl, avr – Andrea Versteyl Rechtsanwälte Berlin, klärte über die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verwertung von Stahlwerksschlacken auf. „Der Einbau von Schlacke z.B. in Straßenbaumaßnahmen wird durch die derzeitige rechtliche Situation in Bayern praktisch verhindert, auch wenn diese Regelung gegenüber allen anderen Bundesländern und der Ersatzbaustoffverordnung abweicht. Bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung besteht allerdings keine Rechtssicherheit – leider ist der Zeitpunkt dafür noch nicht absehbar."

Nord-Süd-Gefälle

Dr. Dirk Mudersbach thematisierte in seinem Vortrag zum Spannungsfeld zwischen Anspruch und Realität im Bereich der Forschung und Entwicklung zur nachhaltigen Nutzung der Elektroofenschlacken in Deutschland und Europa das Nord-Süd-Gefälle innerhalb der Bundesrepublik. In Europa sei es selbstverständlich, dass die Elektroofenschlacken im Straßenbau, ja sogar im Hoch- und Tiefbau, im Beton eingesetzt werden. Auch hierzulande - außerhalb Bayerns - dürfe die Elektroofenschlacke in hochwertigen Anwendungen genutzt werden. „Nur in Bayern verhindert ein spezielles Regelwerk zur Verwendung der Elektroofenschlacken vergleichbare Anwendungen. Diese Diskriminierung der Schlacke aus Bayern muss vom Tisch", so Mudersbach.

Wertvoller Rohstoff

Mag. Simon Zeilberger, kaufmännischer Geschäftsführer der Lech-Stahlwerke GmbH, zeigte sich erfreut über die rege Teilnahme am diesjährigen Symposium. „Wir werden alles daran setzen den Rohstoff Schlacke ins rechte Licht zu rücken. Schlacke ist ein wertvoller Rohstoff. Und ich wünsche mir, dass vor allem die Kritiker sich auf einer sachlichen Ebene bei uns informieren, mit uns ins Gespräch treten und vielleicht dann für das nächste Symposium unserer Einladung folgen. Denn auch dieses Jahr haben die Bürgerinitiativen als größte Kritiker die Einladung zur sachlichen Diskussion ausgeschlagen. Dies ist insofern sehr bedauerlich, da die Veranstaltung neben den aktuellen Forschungsthemen auch auf die Diskussion mit der Öffentlichkeit abzielt. Wir werden auch zu den kommenden Symposien die Bürgerinitiativen einladen." ❐

DStGB-Positionspapier:

Aktionsplan Luftreinhaltung

Saubere Luft sorgt für eine hohe Lebensqualität in Städten und Gemeinden und macht sie als Standort attraktiv. Wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem Positionspapier zur Luftreinhaltung in Kommunen feststellt, „zeigt die Überschreitung der Grenzwerte in vielen Städten, dass die Verunreinigung der Luft mit Schadstoffen wie Feinstaub und Stickstoffdioxiden endlich wirksam bekämpft werden muss, bevor Gerichte Fahrverbote verhängen".

Insbesondere Europa, Bund und Länder, aber auch die Automobilindustrie, sind nach Auffassung des Kommunalverbandes dringend zum Handeln aufgefordert. Eine saubere Luft sei nur mit sauberer Mobilität zu erreichen. Städte und Gemeinden benötigten die richtigen Rahmenbedingungen, um eine Verkehrs-, Klima- und Umweltschutzpolitik betreiben zu können, die die Gesundheit der Bürger schützt und die Lebensqualität verbessert. Deshalb fordert der DStGB einen Aktionsplan Luftreinhaltung mit den Bausteinen „Schadstoffe an der Quelle bekämpfen!", „Hersteller in die Pflicht nehmen!", „Elektromobilität zielgerichtet fördern!", Radwege und ÖPNV ausbauen!", „Kompakte Stadtentwicklung fördern" und „Innovative Ansätze erproben!".

Einfache Lösungen wie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge beinhalten laut DStGB eine einseitige Belastung für Pendler, Handel und Wirtschaft. Luftverschmutzungen müssten an der Quelle bekämpft und die Verursacher angemessen in Anspruch genommen werden. Die Bundesländer seien dazu aufgerufen, ausgewogene und rechtssichere Luftreinhaltepläne aufzustellen. Zudem sollte die EU-Kommission dann, wenn die Städte und Gemeinden ihre Möglichkeiten zur Luftreinhaltung ausgeschöpft haben, eine Aussetzung bzw. Fristverlängerung für die Einhaltung der Grenzwerte bei Stickoxiden vornehmen.

Durch die jüngste Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf wurden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge als Lösung diskutiert. „Derartige Fahrverbote, insbesondere für den Lieferverkehr, hätten jedoch gravierende Auswirkungen für Pendler, Handel und Wirtschaft. Dies ist kaum vertretbar. Lebendige Kommunen sind Orte des Handels und der Begegnung. Niemand kann wollen, dass die Städte und Gemeinden praktisch lahmgelegt werden", lautet der DStGB-Standpunkt.

Die Ursachen für Luftverschmutzungen lägen nicht immer im PKW-Verkehr, sondern häufig außerhalb des Einflussbereichs von Kommunen, heißt es weiter. Die Ursachen unterschieden sich von Ort zu Ort. So erfolge in den Städten und Gemeinden an großen Flüssen oder Häfen ein großer Anteil des Schadstoffeintrages etwa über die Schifffahrt. Für andere, insbesondere kleinere Städte, die in der Nähe von Autobahnkreuzen liegen, sei der dort konzentrierte Straßenverkehr für die hohe Schadstoffbelastung verantwortlich. Auch natürliche Gegebenheiten wie Inversionswetterlagen oder Kessellagen von Städten und Gemeinden seien oft mit hohen Schadstoffbelastungen verbunden. Diese Belastungen der Luft würden auch bei einem Fahrverbot fortbestehen.

Blaue Plakette ohne Mehrwert

Kein Mehrwert für die Luftqualität könne darüber hinaus durch die Einführung einer blauen Plakette erzielt werden. Die Umweltzonen hätten bei Kommunen bereits hohe Kosten und viel bürokratischen Aufwand verursacht, jedoch keine positive Wirkung auf die Luftqualität, wie ein aktuelles Gutachten des Fraunhofer-Instituts bestätigt.

Der Straßenverkehr in Deutschland verursacht derzeit 18 Prozent der gesamten deutschen CO2-Emissionen. Um diesen Wert weiter zu senken, müssen dem DStGB zufolge emissionsreduzierende Maßnahmen gefördert und gefordert werden. Ein richtiger Schritt zur Verringerung der Feinstaub-Belastung sei beispielsweise die Förderung der Nachrüstung von Diesel-Kfz mit Partikelfiltern durch den Bund gewesen. Diese Maßnahme müsse auch über das Jahr 2016 hinaus aufrechterhalten werden.

Die Umwelt- und Klimaentlastung im Personenverkehr könne freilich letztlich nicht allein durch technische Verbesserungen erreicht werden. Die absoluten CO2-Emissionen des Straßengüterverkehrs hätten sich zwischen 1995 und 2013 trotz der Fortentwicklung der Fahrzeugtechnik um 13 Prozent erhöht. Dies ist auf eine generelle Zunahme des Fahrzeugverkehrs, insbesondere bei Diesel-Fahrzeugen, zurückzuführen. Über technische Maßnahmen hinaus müssten daher weitere und wirksamere Ansätze verfolgt werden.

Neben der Verbesserung herkömmlicher Motoren sei die Elektromobilität als Antrieb der Zukunft weiter zu unterstützen, so der Kommunalverband. „Statt der eingeführten Kaufprämie für Elektroautos wäre es zielführender, es insbesondere dem ÖPNV, dem Handwerk und den örtlichen Lieferanten zu ermöglichen, auf Elektromobilität umzusteigen und die Förderung primär auf diese Sektoren zu konzentrieren."

Gerade die Deutsche Post stelle mit den StreetScootern ein positives Beispiel im Lieferverkehr dar, dem möglichst viele Gewerbetreibende folgen sollten. Bezeichnend für das Problem sei dabei, dass die Deutsche Post ihre Elektro-Scooter selber entwickelte, da der Markt keine entsprechenden Angebote bereithielt.

Private Elektrofahrzeuge könnten zudem durch das Einräumen von Benutzervorteilen wie besonders günstig gelegenem Parkraum oder durch die Kombination von Parken und Laden für Nachfrager attraktiv gemacht werden. Dem Elektromobilitätsgesetz (EMoG) müssten insoweit weitere Fördergesetze folgen, die z. B. eine Privilegierung der Nutzung von öffentlichen Straßenflächen durch stationsbasiertes Carsharing für umweltschonende und stadtverträgliche Verkehrsnutzungen ermöglichen.

„Für Bürgerinnen und Bürgern muss es attraktiver und leichter gemacht werden, Fortbewegungsmittel zu nutzen, die ohne jegliche Emissionen auskommen. Die Umkehrung der Politik der autogerechten (Innen-)Stadt zu einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt muss endlich in breiter Form vollzogen werden", heißt es weiter. Deshalb sei insbesondere ein Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur dringend erforderlich.

Radwege müssten die wesentlichen Alltagsziele in Innenstädten ebenso wie Freizeitziele direkt mit den Wohngebieten verbinden und überörtlich vernetzt sein. Notwendig sei daher auch ein planerisches Umdenken, das sich an den Bedürfnissen der Menschen im Nahraum orientiert. Durch Abstellanlagen an den Haltestellen des ÖPNV könne sichergestellt werden, dass eine umweltfreundliche Mobilitätskette ohne Unterbrechungen ineinander greift.

Wie der DStGB weiter ausführt, komme einem gut ausgebauten, preiswerten, pünktlichen sowie in engeren Taktzeiten fahrenden öffentlichen Personennahverkehr eine Schlüsselstellung bei der umweltfreundlichen Mobilität zu. Dabei setzten Städte und Gemeinden auch zunehmend auf Elektrobusse oder böten bei der Überschreitung von Immissionsgrenzwerten vergünstigte Tickets an.

Der Um- und Ausbau von Infrastruktur sei kostspielig und der Betrieb des ÖPNV regelmäßig defizitär. „Ohne eine angemessene finanzielle Unterstützung werden viele Kommunen dies nicht bewältigen können." Bund und Länder hätten einen Kompromiss zur Neuordnung der Finanzbeziehungen gefunden, der keine gesonderte Festlegung zur Deckung der Finanzbedarfe im Verkehrsbereich enthält. „Die Länder müssen daher den Kommunen wie bisher Investitionsmittel zur Verfügung stellen und diese dynamisieren, um sie dauerhaft in die Lage zu versetzen, eine umwelt- und klimagerechte nachhaltige Verkehrspolitik umzusetzen", fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Neben der Bekämpfung von Emissionen an der Quelle sowie Verkehrsflussoptimierungen müssen nach Darstellung des Kommunalverbandes auch innovative Ansätze verstärkt gefördert, getestet und eingesetzt werden. Dazu gehörten beispielsweise neuartige Pflastersteine, die Stickoxide aus der Luft abbauen, oder das Pilotprojekt der Stadt Stuttgart, durch Moose Feinstaub aus der Luft zu filtern.

Daneben müssten sowohl öffentliche als auch private Arbeitgeber in Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen einbezogen und aktiv werden. Hierzu gehöre beispielsweise auch die weitere Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Hohe Schadstoffbelastungen in den Städten entstünden regelmäßig zur sog. Rush-Hour, wenn die Arbeitnehmer zum Betrieb bzw. nach Hause fahren. Durch eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten könnten die üblichen Staus vor und nach der Arbeit reduziert werden. **DK**

AKU-Landesversammlung in Augsburg:

Naturschutz in Bayern

Landtag und Staatsregierung haben seit der Gründung des eigenständigen Umweltministeriums im Jahr 1970 viel geleistet, um die natürlichen Lebensgrundlagen, die Vielfalt der Lebewelt und die Schönheit der Landschaft zu bewahren. Gleichzeitig wachsen aber die Ansprüche des Menschen an den nicht vermehrbaren Freiraum. In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass die Politik stets ihre Glaubwürdigkeit behält und einem nachhaltigen Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ermöglicht.

Mit den grundsätzlichen Erfordernissen des Naturschutzes in Bayern wie Landschaftspflege, Naturparke und Begrenzung des Flächenverbrauchs setzten sich die Mitglieder des Arbeitskreises für Umweltsicherung und Landesentwicklung bei ihrer Landesversammlung in Augsburg auseinander.

Nach der Einführung durch Landesvorsitzenden Josef Göppel, MdB und Impulsreferaten von Ludwig Sothmann (Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.), Dr. Christiane Margraf (Bund Naturschutz in Bayern e.V.) sowie Nicolas Liebig (Sprecher der Bayerischen Landschaftspflegeverbände) stand der von den Delegierten verabschiedete Leitantrag „Naturschutz in Bayern" im Mittelpunkt der Diskussion.

„Wo naturnahe Flächen geschmälert werden, müssen an anderer Stelle neue Rückzugsräume entstehen oder bisher intensiv genutzte Flächen in nachhaltige Nutzung gebracht werden", heißt es darin. „Der Freikauf von Eingriffen in die Natur mit Geld muss nachrangig bleiben."

Die Einbeziehung der Landwirte in den Naturschutz sei ein Markenzeichen Bayerns. Die EU-Agrarförderung müsse nun so weiter entwickelt werden, dass die Entschädigungssätze im bäuerlichen Naturschutz nicht nur Mehrkosten und entgangene Erlöse, sondern auch die Dienstleistung zum Erhalt von Gemeingütern abdecken. Bäuerlicher Naturschutz müsse eine echte Einkommenswirkung erhalten.

Bayern sei auch die Keimzelle der Landschaftspflegeverbände, die mit ihrer Drittelparität aus Kommunalpolitikern, Landwirten und Naturschützern zu einem Erfolgsmodell wurden. „Wir plädieren für eine Anhebung ihrer Projektmittel, weil sich aktuell in Südbayern neue Landschaftspflegeverbände gegründet haben", lautet eine weitere Forderung.

Die Ankündigung der Schaffung eines dritten Nationalparks in Bayern wird als „erfreuliches und mutiges Signal" gewertet. Zwar legt sich der AKU aktuell nicht auf ein Gebiet fest, betont aber, „dass die Schaffung des dritten bayerischen Nationalparks mit einem tatsächlichen Mehrwert für die Natur verbunden sein muss. Eine Umdeklaration vorhandener Schutzgebiete würde diesem Ziel nicht gerecht." Notwendig sei ergänzend ein auf die gesamte Landesfläche zielendes Programm, das Naturschutz und damit Biodiversität in Bayern langfristig sicherstellt. Als Beispiel dafür solle das Grüne Band Europa entlang der bayerischen Grenzen ausgebaut werden.

Naturparke und Biosphärenreservate umfassen laut AKU rund ein Drittel der Landesfläche Bayerns. Sie schützten von der Rhön bis in die Allgäuer Alpen einzigartige Kulturlandschaften Bayerns. Neben ihrer anerkannten Funktion für den Sanften Tourismus und ihren Potentialen für eine nachhaltige Entwicklung in benachteiligten ländlichen Regionen böten Naturparke und Biosphärenreservate derzeit noch ungenutzte Potentiale für den Schutz der Biodiversität in der Fläche und den Naturschutz, die der Freistaat Bayern gezielt aktivieren sollte.

Viele Menschen sähen zwischen „unberührter" Landschaft und Windenergie einen Konflikt. Er werde emotionaler und schärfer ausgetragen als alle Debatten um gewohnte Beeinträchtigungen wie Verkehrswege und großflächige Gewerbebauten. „Hier sehen wir die Staatsregierung gefordert, den notwendigen Beitrag der Windenergie zur Energiewende und den Schutz von Landschaft, Natur und gefährdeten Arten bestmöglich in Einklang zu bringen und auf einen gesellschaftlichen Konsens hierüber hinzuarbeiten", erklärt der AKE. Das Ziel aus dem Energiekonzept 2011 der Bayerischen Staatsregierung, bis 2021 mindestens die Hälfte des bayerischen Strombedarfs aus erneuerbaren Energieträgern auf der eigenen Fläche zu erzeugen, müsse in das aktuelle Energieprogramm aufgenommen werden. Dabei sollte immer der tatsächliche Elektroenergiebedarf mit berücksichtigt werden, um die Eingriffe in die Natur so klein wie möglich zu halten.

Klar abgegrenzte Ortsränder mit freier Feldflur zur nächsten Siedlung hin sind nach Auffassung des Arbeitskreises das wichtigste Wahrnehmungsmerkmal für diese positive Bewertung. Jahrzehntelang sei dies auch ein Grundprinzip der bayerischen Landesplanung gewesen. Mit der Öffnung aller Anschlussstellen von Autobahnen und Bundesstraßen für Gewerbebauten werde es an vielen Stellen zum bandartigen Zusammenwachsen und Verlust der Freiräume kommen. Dies schade dem Bild Bayerns und seiner Standortqualität.

„Die Steigerung des Flächenverbrauches von 10,8 ha/Tag im Jahr 2014 auf 13,1 ha 2015 zeigt, dass in der Landes- und Kommunalpolitik keine Trendwende in Sicht ist", heißt es in dem Leitantrag. „Wir fordern als Sofortmaßnahmen verbindliche Flächenkataster vor der Ausweisung neuer Gewerbegebiete und den Übergang von ebenerdiger Nutzung zum flächensparenden Geschossbau im Gewerbesektor, insbesondere Handelsgeschäfte."

Bayern müsse mit all seinen Potentialen und Möglichkeiten den Klimavertrag von Paris zielerfüllend umsetzen. Ein bis 2050 in allen Sektoren weitgehender emissionsfreier Freistaat sei entscheidend für Lebensqualität, Gesundheit, eine intakte Natur sowie den Erhalt der Heimat. **DK**

Bayerische Wassertage in Augsburg:

Etablierter Treffpunkt

Update zu wasserrechtlichen und -technischen Fragen

Als Treffpunkt für Betreiber genehmigungspflichtiger Anlagen, Behörden, Planungs- und Gutachterbüros etabliert haben sich die Bayerischen Wassertage in Augsburg, veranstaltet vom Förderverein KUMAS e. V. in Zusammenarbeit mit den Partnern Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG, MVV Enamic IGS Gersthofen GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt. Neben dem Update zu wasserrechtlichen und -technischen Fragestellungen diente der von einer Fachausstellung begleitete Fachkongress erneut dem Austausch zwischen Anlagenbetreibern und den zuständigen Behörden.

Die zweitägige Veranstaltung gab einen Überblick über aktuelle Gesetzgebungsverfahren. Ergänzender Erkenntnisgewinn ergab sich aus der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu wasserrechtsrelevanten Vorgängen seit dem Jahr 2010. Wie Hauke Dierks vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Berlin, betonte, führten politisch getriebene Themen wie Fracking, Hochwasser, Starkregen oder Mikroschadstoffe zu Gesetzesänderungen und die Rechtsprechung sorge für Anpassungen insbesondere in Planungs- und Erlaubnisvorhaben. Die Europäische Integration sowie die Föderalismusreform sorgten dagegen besonders im anlagenbezogenen Gewässerschutz für eine ständige Weiterentwicklung des Wasserrechts.

Präzisierungen im Wasserrecht

Dierks zufolge wird das Jahr 2016 nicht als das Jahr mit großen wasserrechtlichen Neuerungen in Erinnerung bleiben. Dennoch bleibe das Wasserrecht spannend. „Europa und Bund werden weiterhin insbesondere anlagen- und stoffbezogene Regelungen weiterentwickeln. In Politik und Gesellschaft diskutierte Themen werden gerade bei den Themen Hochwasser, Starkregen, Mikroschadstoffe und Wasserverbrauch aufgegriffen werden. Zuletzt wird die Rechtsprechung aufgrund der vielen auslegungsbedürftigen Rechtsnormen im Wasserrecht Präzisierungen vornehmen."

Neue OGewV 2016

Das Bundeskabinett hat der neuen Oberflächengewässerverordnung 2016 zugestimmt. Laut Dr. Michael Altmayer, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, setzt die Neufassung EU-Recht in deutsches Recht um. Wichtige Vorgaben, um den Zustand der Gewässer zu bewerten und zu überwachen, werden aktualisiert und vereinheitlicht. Die Anforderungen an den guten Gewässerzustand – das Kernstück des Gewässerschutzes – werden damit europaweit angeglichen. Für die Behörden vor Ort entsteht so mehr Entscheidungssicherheit.

Neu seien europaweit standardisierte Messkampagnen: für neue Stoffe, die in den Gewässern erst seit kurzer Zeit gefunden werden. Außerdem werde die Datenauswertung zur Gewässerbelastung verbessert. Die Relevanz chemischer Risiken für die Gewässer lasse sich somit effizienter und schneller bewerten.

Reduzierung der Stoffliste

Die Liste der Stoffe, die in Gewässern gemessen werden müssen, wurde gestrafft. 100 spezifische Stoffe sind nicht mehr relevant und wurden gestrichen. Demgegenüber wurden Umweltqualitätsnormen für zwölf neue europaweit prioritäre Stoffe und neun neue spezifische Stoffe festgelegt. Dabei handelt es sich vor allem um Pflanzenschutzmittel, aber auch Biozide und Industriechemikalien. Die so genannten Orientierungswerte für die Chlorid- und damit Salzkonzentration, die als tolerierbar gilt, sind nun bundesweit einheitlich.

Hochwasserschäden reduzieren

Um der Nährstoffüberlastung der Übergangs- und Küstengewässer entgegenzuwirken, macht die Verordnung Altmayer zufolge neue Vorgaben für Stickstoffverbindungen in Gewässer, die z. B. durch Düngung aus der Landwirtschaft stammen können. Nur wenn diese eingehalten werden, lässt sich der gute Zustand der Gewässer erreichen oder erhalten. Die neuen Werte erfordern bei der Bewirtschaftung der Flussgebiete eine Reduzierung der Stickstofffrachten von bis zu 60 Prozent der aktuellen Werte.

Durch angepasste Nutzung und Verhalten können Hochwasserschäden deutlich reduziert werden. Nach den Worten von Dr. Dieter Rieger, Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg, dürfe freilich nicht vergessen werden, dass Hochwasser ein Naturereignis ist, das sich nicht vermeiden lässt. So hätten insbesondere die jüngsten Ereignisse im Mai und Juni 2016 gezeigt, dass auch Starkregenereignisse jenseits des 100-jährigen Hochwassers Realität sind und überall auftreten können. Zudem könnten Schutzsysteme lediglich einen bestimmten Schutzgrad bzw. eine gewisse (begrenzte) Sicherheit, beispielsweise bis zu einem Bemessungshochwasser HQ100, bieten.

Restrisiko

Bei allen Schutzstrategien verbleibe ein Restrisiko, das nicht unterschätzt werden darf. Zwar sei das Risiko absolut betrachtet klein, da die Eintrittswahrscheinlichkeit sehr gering ist, die potentiellen Schäden könnten jedoch katastrophale Ausmaße erreichen.

Nach Riegers Darstellung gelingt eine wirksame Risikoreduktion nur, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten. Risikomanagement sei eine Gemeinschaftsaufgabe und könne nicht nur von einem Beteiligten bewältigt werden. Daher gelte es, im Rahmen eines integralen, gemeinschaftlichen Hochwasserrisikomanagements das Risikobewusstsein zu schärfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Erweitertes Aktionsprogramm 2020plus

Um den Erfordernissen der jüngsten Sturzflutereignisse in Bayern gerecht zu werden, habe die Staatsregierung im Juli beschlossen, das Aktionsprogramm 2020plus um eine Komponente „Sturzfluten" zu erweitern. Diese sieht unter anderem vor, die Beratung der Gemeinden zu verstärken, Frühwarnsysteme zu verbessern und die Förderung von kommunalen Hochwasserschutzprojekten weiter auszubauen.

Extreme Ereignisse sind aus Sicht von Paul Geisenhofer (Wasserwirtschaftsamt Rosenheim) durch technische Maßnahmen nicht beherrschbar. Daher müsse der Handlungsschwerpunkt bei Maßnahmen zur Reduzierung der Schäden an den gefährdeten Objekten liegen. Für diese Art der Vorsorge gebe es zahlreiche Handlungsfelder. Damit habe sich der klassische, bauliche Hochwasserschutz zum Risikomanagement weiterentwickelt. Sowohl die Bauleitplanung als auch die Planung einzelner Objekte könnten wesentlich zur Reduzierung von Wasserrisiken beitragen.

Robin Nolasco vom Stadtplanungsamt Rosenheim zeigte am Beispiel der Konversionsflächenentwicklung „Bahnareal Nord" das Zusammenspiel zwischen wasserwirtschaftlichen und städtebaulichen Interessen auf und benannte die planungsrechtlichen Instrumente, mit denen diese bisher wirksam umgesetzt werden konnten.

Nolasco zufolge macht es Sinn, den zeitlichen Vorlauf sowie den Mehraufwand in den kommunalen Verfahren und Planungsprozessen für die Bewältigung von komplexen, stadträumlichen Situationen wie jene auf dem Bahnareal Nord einzukalkulieren. Denn durch effiziente Gebäude- und Freianlagenplanungen könne dieser Mehraufwand teilweise kompensiert werden und führe zu deutlich besseren Ergebnissen.

Die frühen Kenntnisse zum hochwasserspezifischen Bauen sorgten im Geltungsbereich des Bebauungsplans für Klarheit, Planungs- und Kostensicherheit nicht nur bei den Vorhabenträgern, sondern auch bei den Verantwortlichen für die technische Infrastruktur. Intelligente Planungskonzepte für den öffentlichen Raum sparten nach bisheriger Erkenntnis Kosten bei der Errichtung bzw. dem Unterhalt von baulichen Anlagen und minimierten das Schadensrisiko für urbane Strukturen. **DK**

Bibermanagement:

Diskussion auf Augenhöhe

Zu einem Informationsaustausch in Sachen Bibermanagement trafen sich die Spitzen des Bund Naturschutzes Bayern, der Teichgenossenschaft Oberfranken und des Bezirks Oberfranken mit der Fachberatung für Fischerei in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Bayreuth. Nach einem ausführlichen Rundgang durch die Einrichtung des Bezirks wurde in einem sehr konstruktiven Rahmen mögliche Problemlösungen rund um den Biber erörtert.

Sachlich und konstruktiv ging es zu beim Informationsaustausch rund um das Bibermanagement in Oberfranken. Darüber waren sich am Ende alle Beteiligten einig. „Man hat gesehen, dass alle Seiten an einer tragfähigen Lösung interessiert sind. Es ist immer besser, wenn man miteinander spricht – nicht übereinander", fasste Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler die Gesprächsrunde der Spitzenvertreter des Bund Naturschutzes in Bayern, der Teichgenossenschaft Oberfranken sowie der Fachberatung für Fischerei des Bezirks Oberfranken zusammen.

Rund zwei Stunden tauschten die Vertreter gegenseitig Argumente aus. Gemeinsame Positionen wie die Forderung nach einer Aufstockung des Biber-Ausgleichsfonds oder der Ruf nach einer Aufnahme von Maßnahmen zur Prävention von Biberschäden in die Teichbaurichtlinien der Europäischen Union wurden ebenso herausgearbeitet wie strittige Punkte angesprochen, etwa im Bereich der Entnahmen. Die Teichgenossenschaft sprach sich dafür aus, dass bei teichwirtschaftlichen Problemen schneller auf eine zufriedenstellende Lösung hingearbeitet wird. Insgesamt diente das Gespräch dazu, auf beiden Seiten mehr Verständnis für einen praxisnahen Umgang mit dem Biber zu erreichen.

Verbesserter Austausch

„Der Austausch hat uns vorangebracht", bilanzierte auch der Landesvorsitzende des Bund Naturschutzes, Prof. Hubert Weiger. Er schlug am Ende des Treffens vor, die Belange der Teichwirtschaft stärker in der Ausbildung der regionalen Biberberater mit einzubeziehen. Dr. Thomas Speierl, Leiter der Fachberatung für Fischerei regte an, zusammen mit dem regionalen Bibermanagement für Nordbayern und der Teichgenossenschaft Oberfranken ein Treffen für die oberfränkischen Biberberater und Teichwirte in der Lehranstalt für Fischerei in Aufseß zu veranstalten, um den fachlichen Austausch zu verbessern und gemeinsam Problemlösungen zu finden. Alle Beteiligten vereinbarten, den Vorschlag im kommenden Jahr umzusetzen.

Angetan zeigte sich Prof. Hubert Weiger auch von der vorbildlichen Nutzung Erneuerbarer Energien in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken. Neben dem Abwärmekonzept des Hackschnitzelheizwerkes und der Biogasanlage sowie der zu Schulungszwecken installierten PV-Anlage beeindruckte den Bund Naturschutz-Vorsitzenden vor allem das Informations- und Demonstrationszentrum Energiepflanzenanbau. Die sogenannte Becherpflanze könnte durch ihre gute Bodenbedeckung dazu beitragen, den Sedimenteintrag in die bayerischen Flüsse zu reduzieren, wenn Sie vermehrt entlang der Bäche gepflanzt werden würde.

Am Ende des insgesamt rund vierstündigen Besuchs in den Landwirtschaften Lehranstalten vereinbarten der Bund Naturschutz-Vorsitzende Prof. Hubert Weiger sowie Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler auch bei anderen aktuellen landwirtschaftlichen und fischereilichen Themen im Gespräch zu bleiben. ❐

Von links: Kai Frobel, Artenschutzreferent beim Bund Naturschutz; Reinhard Birkner, Vorsitzender Bund Naturschutz Kreisgruppe Bayreuth; Manfred Popp, stellvertretender Vorsitzender TEGOF; Edwin Hartmann, Vorstandsmitglied der TEGOF für den Landkreis Kulmbach; Horst Schwemmer, Bibermanager für Nordbayern beim Bund Naturschutz; Dr. Volker Höltkemeyer, Leiter der Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken; Richard Mergner, Landesbeauftragter Bund Naturschutz; Dr. Thomas Speierl, Fischereirat und Leiter der Fachberatung für Fischerei beim Bezirk Oberfranken; Prof. Hubert Weiger, Landesvorsitzender des Bund Naturschutzes; Dr. Günther Denzler, Bezirkstagspräsident von Oberfranken. ❐

Buchempfehlung:

Das neue Wasserrecht

Ein Lehrbuch für Ausbildung und Praxis in Bayern

Autor: Ulrich Drost, Ministerialrat a.D., ehemals Referatsleiter Wasserrecht im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und Marcus Ell LL.M. (Lüneburg), Ministerialrat, Referatsleiter Umwelt und Verbraucherschutz in der Bayerischen Staatskanzlei, nebenamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter für die Rechtsreferendarausbildung.
Erschienen im Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG; bestellung@boorberg.de; www.boorberg.de
2016, 2., vollständig überarbeitete Auflage, 323 Seiten, DIN A4, € 36,– ISBN 978-3-415-05788-3.

Der individuelle Zugriff auf das Allgemeingut Wasser steht im Spannungsverhältnis zu den Bedürfnissen der Allgemeinheit. So sind die wasserrechtlichen Regelungen der Verteilung, Zuordnung, Benutzung und Verwendung sehr komplex und eng mit anderen rechtlichen Bestimmungen verbunden – sowohl im Privatrecht wie auch im öffentlichen Recht.

Das Lehrbuch gibt einen umfassenden Überblick über das Wasserrecht und die angrenzenden Rechtsgebiete, einschließlich des Bau- und Immissionsschutzrechts. Im übersichtlichen DIN-A4-Format deckt es den gesamten Prüfungsstoff für Referendare und für verwaltungsinterne Aus- und Fortzubildende ab. Insgesamt 38 Schaubilder, Tabellen sowie die Prüfungsschemata machen das Werk zu einem unverzichtbaren und kompetenten Begleiter für die Prüfungszeit.

Die Autoren beantworten gängige Fragen aus der Rechtspraxis. Das Werk ermöglicht so auch den Fach- und Verwaltungsbehörden, die mit dem Vollzug des Wasserrechts betraut sind, die schnelle und sichere Rechtsanwendung.

Die zweite Auflage berücksichtigt die bis zum 1. April 2016 ergangene Rechtsprechung und den neuen Rechtsstand, insbesondere die geänderten verfahrensrechtlichen Vorgaben. ❐

Aquapura Systems® ist Ihr Partner für gutes Wasser.

aquapura systems

A green technology for a blue planet.

Telefon +49 (0)7032-921 354-0 / www.aquapura-systems.de

31. Oldenburger Rohrleitungsforum:

Alles digital, oder was?

Das (Geschäfts-)Jahr 2016 neigt sich dem Ende zu. Während in den meisten Unternehmen die Arbeit in den nächsten Wochen langsam, aber sicher in etwas ruhigeren Bahnen verläuft, schalten die Macher des Oldenburger Rohrleitungsforums einen Gang hoch. Gilt es doch, die 31. Auflage der norddeutschen Kultveranstaltung am 9. und 10. Februar 2017 vorzubereiten, die am Vorabend im Sitzungssaal des ehemaligen Landtags feierlich eröffnet wird.

30 Themenblöcke umfasst das Tagungsprogramm, bei dem sich nicht alles, aber vieles um das Tagungsmotto „Rohrleitungen in digitalen Arbeitswelten" drehen wird.

Digitalisierung als Zukunftsstrategie

Unterteilt in fünf thematische Handlungsstränge, bietet das Forum eine inhaltliche Vielfalt, mit der sich die Gäste aus dem Wasser- und Abwasserbereich ebenso identifizieren können wie die aus dem Gas- und Ölsegment. Wie gewohnt gibt es Neuigkeiten von den Herstellern der unterschiedlichsten Rohrleitungsmaterialien, aus dem Bereich der grabenlosen Verlegetechniken, der Schweißtechnik, der Fernwärme oder von den Verbänden.

Daneben stehen die Vortragsblöcke, die das Motto der Veranstaltung bedienen – hier dreht sich (fast) alles um die Digitalisierung unserer Gesellschaft. „Dieses Thema wurde von der Bundesregierung zum wichtigen Baustein der Zukunftsstrategien zur Sicherung des Wohlstandes gemacht", erklärt Thomas Wegener in einer Ankündigung zur Veranstaltung.

Rohrleitungen gehen online

In Bezug auf den Bau und Betrieb von Rohrleitungen und Anlagen ist schon heute die umfassende Zustandsbewertung von Anlagen, Leitungen und Vermögenswerten auf der Basis belastbarer Daten Grundlage für die Entwicklung von Sanierungsstrategien und effektiven Investitionsmanagementsystemen. Dass jetzt entsprechende Daten von der Planung über den Bau einer Anlage, einer Leitung, weiter zum Betrieb, zum Umbau bis zum Abriss verfügbar und somit nutzbar werden, mögen die neuen Ansätze des Building Information Modelings (BIM) ermöglichen. BIM beschreibt eine Methode der optimierten Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Gebäuden mithilfe von Software, bei der alle relevanten Gebäudedaten schon in der Planung digital erfasst, kombiniert und vernetzt werden und zählt zu den aktuellen Trendthemen in der Bauwirtschaft.

Gleiches gilt für den Begriff Industrie 4.0, eine Bezeichnung für ein Projekt in der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Auch hier geht es um die Verzahnung der industriellen Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik.

Alles wird vernetzt

Technische Grundlage hierfür sind intelligente, digital vernetzte Systeme, mit deren Hilfe eine weitestgehend selbstorganisierte Produktion möglich wird: Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte kommunizieren und kooperieren in der Industrie 4.0 direkt miteinander. Durch die Vernetzung soll es möglich werden, nicht mehr nur einen Produktionsschritt, sondern eine ganze Wertschöpfungskette zu optimieren. Die Kette kann zudem alle Phasen des Lebenszyklus des Produktes einschließen – von der Idee eines Produkts über die Entwicklung, Fertigung, Nutzung und Wartung bis hin zum Recycling.

Die Ziele sind beim Hersteller eine Steigerung der Effizienz und Erhöhung der Flexibilität, beim Kunden eine Verbesserung des Nutzens sowie volkswirtschaftlich eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland (Quelle: Plattform Industrie 4.0, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).

Rohrleitungen 4.0

„Wir reden seit einigen Jahren über Industrie 4.0 und BIM, folgerichtig wollten wir in der Tiefbaubranche das Thema Rohrleitungen 4.0 weiter vorantreiben", erinnert sich Wegener an die Diskussionen und Überlegungen bei der Findung des Mottos der kommenden Veranstaltung. Die Leitungsnetze stehen und werden betrieben. Um diese Prozesse zu optimieren und für die Zukunft fit zu machen, bedarf es der Sammlung von enormen Datenmengen. Wie das gehen kann, wie man sie einsetzen kann, aber auch welche Gefahren mit dem Umgang auf uns zukommen könnten – für diese Diskussionen möchte das Oldenburger Rohrleitungsforum den fachlichen Rahmen bieten.

Digitalisierung als roter Faden

Eine digitale Einstimmung gibt es bereits am Eröffnungsabend im Sitzungssaal des ehemaligen Landtags: „Wie Digitalisierung die Welt verändert – Erfahrungen, Perspektiven, Grenzen" lautet der Titel einer der Festreden. Der digitale Faden wird auf der Veranstaltung in Vortragsreihe I thematisch aufgegriffen. Wie beeinflusst die digitale Entwicklung unsere tägliche Arbeit, etwa beim Asset-Management in der Wasser- und Abwasserwirtschaft, bei der kommunalen Überflutungsvorsorge, bei der Vernetzung von Entscheidern und Systemen in der Wasserwirtschaft oder bei der Digitalisierung der Instandhaltung und Betriebsführung?

Die zweite Vortragsreihe widmet sich wie gewohnt den klassischen Rohrwerkstoffen. Moderne Lösungen aus Beton, Stahl, Guss, Steinzeug oder Kunststoff zählen hier zu den bewährten Bausteinen.

Ergänzend wurde ein Vortragsblock zum Thema „Erdverlegte Stromleitungen im Höchstspannungsbereich" aufgenommen. Die Referate haben mit dem Rohr an sich keine Berührungspunkte, stehen aber als Beispiele für aktuelle Entwicklungen im Markt und dürften die bauausführende Klientel des Forums, die Bauwirtschaft, interessieren.

Mehrwert möglich

Ob sich aus der Digitalisierung der Arbeitswelt ein Mehrwert ergibt, dieser Frage geht die dritte Vortragsreihe nach. Die Beiträge beschäftigen sich mit digitalen Rohrleitungsdokumentationen, dem Datenmanagement bei Planung und Betrieb von Hochdruckleitungen oder der Optimierung von Gasverteilnetzen. Hinzu kommen allgemeine Praxisbeispiele aus den Bereichen Leckagen und US-Molchungen sowie der Kanalsanierung. Spezialisten dürften sich im Vortragsblock „Korrosionsschutz im Zusammenhang mit IT-Systemen" gut aufgehoben fühlen.

Aktuelle Entwicklungen, spektakuläre Projekte

Vortragsreihe vier widmet sich traditionell den grabenlosen Verlegetechniken – auch hier steht der Bezug zur Praxis im Vordergrund. Aktuelle Entwicklungen werden ebenso vorgestellt wie spektakuläre Projekte. Die Referenten loten die Grenzen der Technik aus. Darüber hinaus kommen die Verbände zu Wort: In den Vorträgen der German Society for Trenchless Technology e. V. (GSTT) stehen aktuelle Informationen pro NO DIG im Fokus, während der Rohrleitungsbauverband e.V. (rbv) den Themenbereich „Erdverlegte Kabeltrassen" aufgreift.

Referenzprojekte

Dass moderner Rohrvortrieb auch besonderen Anforderungen genügt, zeigen die Referate über Referenzprojekte in Kopenhagen, Frankfurt und an der Emscher, mit denen die Vortragsreihe 5 beginnt. Es folgen Ausführungen über „Rechtsfragen aus dem Bereich der unterirdischen Infrastruktur" und ein Vortragsblock zum Thema „Building Information Modeling (BIM) oder die Zukunft des Planens, Bauens, Betreibens". Referate aus den Bereichen Fernwärme und Schweißtechnik runden den Vortragsblock ab.

Fachausstellung gespickt mit Innovationen

Das Tagungsprogramm macht deutlich, welche thematische und inhaltliche Dichte das Vortragsangebot des kommenden Forums haben wird. Aussteller und Besucher erwartet ein 31. Oldenburger Rohrleitungsforum, dessen begleitende Fachausstellung gespickt sein wird mit Innovationen aus der Branche, und dessen Vorträge in den verschiedenen Themenblöcken den Grundstein für eine interessante und ausführliche fachliche Diskussion aller Beteiligten schaffen werden.

„Wir wollen dazu beitragen, Visionen zu schaffen", erklärt Wegener. „Das ist schon immer ein wichtiger Ansatz der Veranstaltung gewesen. Allerdings wollen wir auch dazu beitragen, dass Ideen zu Konzepten führen und diese auch zu Ende gedacht werden, um letztendlich in der Praxis anzukommen." ❐

Kläranlage Straubing:

Startschuss für innovative Erweiterung

Gutes Trinkwasser und saubere Bäche, Flüsse und Seen sind wesentliche Elemente der Daseinsvorsorge. Um die Abwasserbeseitigung und damit auch die Gewässerqualität weiter zu verbessern, setzt der Freistaat auf neue Techniken. Die Kläranlage in Straubing wurde dafür mit einer innovativen Vorbehandlungsanlage für Industrieabwässer ausgestattet.

Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf nahm die Anlage vor kurzem gemeinsam mit Oberbürgermeister Markus Pannermayr sowie Mitarbeitern der Straubinger Stadtentwässerung und Straßenreinigung (SER), einem Eigenbetrieb der Stadt, offiziell in Betrieb.

Für rund eine Million Euro wurde in den vergangenen Monaten der ehemalige Voreindicker der Kläranlage zu einem hochmodernen Hydrolyse-Reaktor umgebaut. Mit der neuen Behandlungsanlage kann die Kläranlage Straubing zukünftig Industrieabwässer besonders effektiv reinigen – und das ohne kostenintensiven Ausbau der Gesamtanlage.

Die Anlage behandelt organisch belastete Abwässer aus dem Industriegebiet Straubing. Diese werden gespeichert und in einem umgebauten Becken unter Gewinnung von methanhaltigem Gas vorbehandelt. Das entstehende Gas wird anschließend klimafreundlich in Strom umgewandelt. Mit dem daraus gewonnenen Strom können 214 Haushalte mit Energie versorgt werden. Mit der getrennten Behandlung der Abwässer wird eine kostspielige Kapazitätserweiterung der Kläranlage vermieden und gleichzeitig eine klimaschonende Verfahrenstechnik eingesetzt.

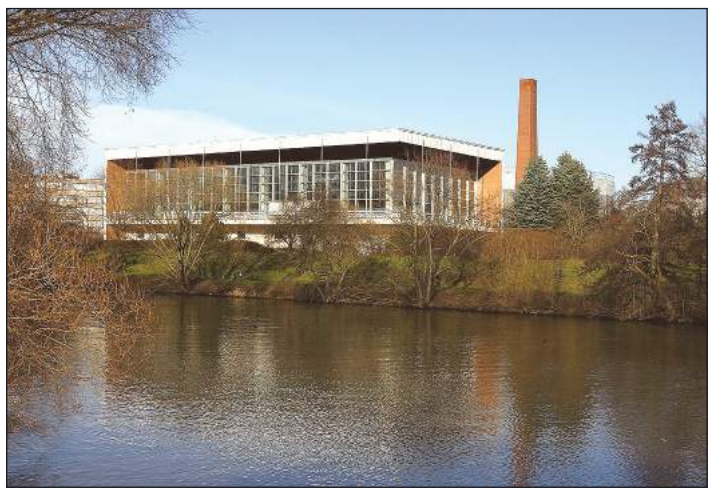
OB Pannermayr lobte das Projekt als ökologisch, ökonomisch und nachhaltig: „Das passt wunderbar zu unserer Philosophie der Region der nachwachsenden Rohstoffe!" Ministerin Scharf bezeichnete die erweiterte Kläranlage in Straubing ihrerseits als Teil der bayerischen Erfolgsgeschichte. Mit der neuen Vorbehandlungsanlage beginne ein neues Zeitalter bei der Abwasserreinigung.

„Die klimaschonende Verfahrenstechnik hat Modellcharakter auch für andere Kommunen", stellte die Ministerin fest. Das Umweltministerium hat den Bau der zusätzlichen Anlage im Rahmen des Abwasser-Innovationspreises mit 350.000 Euro gefördert.

Scharf zufolge steht Bayern für eine erfolgreiche Abwasserentsorgung. Um in Zukunft Abwässer noch effektiver zu behandeln, kämen innovative Reinigungsverfahren zum Einsatz. Bei der öffentlichen Abwasserentsorgung erreiche der Freistaat hohe Standards für eine herausragende Gewässerqualität.

Ulrike Scharf. ❐

Rund 97 % der Bevölkerung in Bayern sind heute an kommunale Abwasseranlagen angeschlossen. Mit rund 8,8 Mrd. Euro hat der Freistaat die Kommunen bei der Errichtung von Abwasseranlagen in den vergangenen Jahrzehnten finanziell unterstützt. Drei Viertel der bayerischen Bäche und Flüsse sind in Bezug auf ihre organische Belastung in einem guten oder sehr guten Zustand. Alle bayerischen Seen haben Badegewässerqualität. **DK**



Das denkmalgeschützte Gebäude soll saniert und zukünftig als Sportzentrum der Otto-Friedrich-Universität Bamberg genutzt werden. ❐

Altes Hallenbad in Bamberg:

Verkaufsverhandlungen sind erfolgreich abgeschlossen

Die Verhandlungen mit der „Immobilien Freistaat Bayern" (ImBy) über den Verkauf des alten Hallenbads von den Stadtwerken Bamberg an den Freistaat Bayern sind erfolgreich abgeschlossen. Zwischen den Vertragsparteien ImBy und Stadtwerke Bamberg wurden die Eckpunkte des Kaufvertrages final ausgehandelt. „Wenn alle Gremien zustimmen, werden wir noch in diesem Jahr den Kaufvertrag unterschreiben und notariell beurkunden", so Oberbürgermeister Andreas Starke, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Bamberg. Das denkmalgeschützte Gebäude soll saniert und zukünftig als Sportzentrum der Otto-Friedrich-Universität Bamberg genutzt werden.

Bereits im Jahr 2012 hatten die Universität, die Stadt und die Stadtwerke eine Absichtserklärung unterzeichnet, die die Sanierung des alten Hallenbads zum Hochschulsportzentrum vorsieht. Schon damals war klar, dass vor einer endgültigen Entscheidung für das Projekt noch intensive Abstimmungen mit der bayerischen Staatsregierung erfolgen mussten: „Die Universität war und ist unser Wunschpartner für die weitere Nutzung des attraktiven Standorts am Margaretendamm", so Starke. „Durch den bedarfsgerechten Ausbau der universitären Einrichtungen wird Bamberg mit seinem vielfältigen sportlichen, kulturellen und sozialen Angebot weiter gestärkt."

Gute Nachbarschaft

In den Plänen der Universität und dem guten Verhältnis zwischen den Partnern sieht Starke auch Chancen, die Zusammenarbeit im innerstädtischen Schul- und Vereinsports zu intensivieren.

Dr. Michael Fiedeldey, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg: „Das neue Nutzungskonzept der Universität sichert den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes und die Umsetzung wirtschaftlicher und ökologischer Ziele wie die Vermeidung von Verkehrsbelastungen. Wir freuen uns auf eine gute Nachbarschaft mit der Universität."

Neues Nutzungskonzept

Die Otto-Friedrich-Universität möchte das alte Hallenbad zu einer wettkampftauglichen Zweifachhalle mit einem Gymnastikraum umbauen: „Damit werden wir bei unseren anhaltend hohen Studierendenzahlen den Anforderungen an wettkampfgerechte Sportstätten in der Ausbildung gerecht", so Dr. Dagmar Steuer-Flieser, die Kanzlerin der Universität Bamberg. Die zentrale Lage am Margaretendamm biete eine optimale Anbindung zu den universitären Einrichtungen auf dem Erba-Gelände, in der Innenstadt und an der Feldkirchenstraße.

„Mit den kürzeren Wegen zwischen den universitären Einrichtungen lassen sich Zeit- und Belegungsplanungen für Studierende und Lehrkräfte optimieren." Verkehrsbelastungen werden vermieden, die Universität rückt insgesamt näher in die Innenstadt und die Sportstätten sind nicht mehr auf zwei Standorte verteilt. „Dies alles stellt einen immensen Mehrwert dar, so Steuer-Flieser. ❐

Nitrat-Klage der EU-Kommission gegen Deutschland

Zur Berichterstattung zur Nitrat-Klage der EU-Kommission gegen Deutschland erklärt Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser: „Die Nitratbelastung der Gewässer und Böden in Deutschland ist seit Jahren eines der größten Probleme der Wasserwirtschaft. Wir brauchen jetzt endlich konsequente Entscheidungen zur wirksamen Nitratreduzierung und ein Düngerecht, dass vor Ort eine Reduzierung der Nitratbelastung sicherstellt."

So wichtig eine konsequente und den EU-Vorgaben entsprechende Dünge-Verordnung auch sei: „Sie wird das grundsätzliche Problem, das sich aus der Intensiv-Landwirtschaft und der Massentierhaltung auch für die Gewässer ergibt, nicht lösen. Der massive Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wird jedenfalls nicht zu einer nachhaltigeren Nutzung der Böden führen. Was wir deshalb eigentlich brauchen, ist analog zur Energiewende eine konsequente Agrarwende. Der ökologische Landbau muss forciert werden. Er macht heute nur etwa 8 Prozent aus. Subventionen, die die Landwirtschaft erhält, sollten in weit stärkerem Maße als heute in den ökologischen Landbau umgeleitet werden." ❐

Bayerischer Landschaftspflegetag in Ebersberg:

Natura 2000 - Fit für die Zukunft?

Die landwirtschaftliche Nutzung ist in vielen Gebieten unersetzlich für den Erhalt der Lebensräume. Die Landwirte erbringen diese Leistungen freiwillig für den Naturschutz. Auf dem Bayerischen Landschaftspflegetag in Ebersberg, einer gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL) und der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL), kamen daher sowohl das bayerische Umweltministerium als auch die Landschaftspflegeverbände mit Landwirten aus der Region zu Wort. Unter dem Motto „Natura 2000 - Fit für die Zukunft?"„ stellten sie ihre Leistungen und Vorschläge für eine erfolgreiche Entwicklung der Natura 2000 Schutzgüter vor.

1.327 Gemeinden, 59 Landkreise und 15 kreisfreie Städte sind in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden aktiv. Über 3.500 Landwirte und 200 Hüteschäfer arbeiten dabei Hand in Hand zusammen. Seit 1985 begleiten und beraten die Landschaftspflegeverbände Kommunen, Behörden, Eigentümer und Naturschutzverbände in Bayern bei der Pflege und Entwicklung ihrer Flächen. Dabei orientieren sie sich an den lokalen und natürlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen. Dank ihrer Ortskenntnisse sind sie wichtige Impuls- und Ideengeber bei der Erfüllung von Naturschutzaufgaben.

Existenzielle Bedeutung

Nach den Worten von Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf „haben starke, lebendige Regionen und die Pflege unserer wertvollen Kulturlandschaften für Bayern existenzielle Bedeutung. Sie sind unverzichtbar für den Erhalt unserer Lebensqualität und für die Bewahrung unseres ökologischen und ökonomischen Wohlstands."

Landschaftspflegeverbände seien wichtige Multiplikatoren für Bayerns Umwelt- und Naturschutzziele und ein starker Motor, der Naturschutz und regionale Entwicklung vorantreibt. Die aktuell 59 bayerischen Landschaftspflegeverbände setzten auf regionaler Ebene als Akteure vor Ort zusammen mit Landwirten, Kommunalpolitikern und Naturschützern rund zwei Drittel aller geförderten Landschaftspflegemaßnahmen um, wie beispielsweise Entbuschungsmaßnahmen oder spezielle Artenschutzmaßnahmen.

Erfolgsgeschichte

„Wir wollen diese Erfolgsgeschichte in ganz Bayern ausbauen. Landschaftspflegeverbände sollen deshalb in allen Landkreisen Bayerns eingerichtet werden", betonte die Ministerin. Um den weiteren Austausch der Landschaftspflegeverbände voranzubringen, unterstütze der Freistaat Gründungsinitiativen ebenso wie die tägliche Arbeit der Verbände.

Laut Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbands für Landschaftspflege, sind Landschaftspflegeverbände „das optimale Instrument, um Natura 2000 fit für die Zukunft zu machen". Dafür benötigten sie aber eine ausreichende Mittelausstattung im Landschaftspflegeprogramm: „In Anbetracht von vier neu gegründeten Verbänden stehen mit den aktuellen Vorschlägen des Doppelhaushalts zu wenig Mittel zur Verfügung, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen", monierte Göppel. Der Bäuerliche Naturschutz müsse verlässlich finanziert werden, wolle man die Ziele der Bayerischen Biodiversitätsstrategie erreichen.

Traditionelle Streuwiesen

Über die Wirkungsweise des bäuerlichen Naturschutzes vor Ort informierte schließlich Josef Rüegg, Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbands Ebersberg und stellvertretender Landessprecher der bayerischen Landschaftspflegeverbände. Er wies darauf hin, dass „Lungenenzian, Sumpfgladiole oder der stark gefährdete Goldene Scheckenfalter nicht mehr auf den Gutterstädter Streuwiesen vorkämen, würden die Landwirte diese Wiesen nicht regelmäßig mähen. Unter Rüeggs fachlicher Anleitung werden die nährstoffarmen, artenreichen Wiesen wie bereits vor 150 Jahren traditionell als Streuwiesen genutzt. **DK**

40 Jahre Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege

Seit 40 Jahren ist die Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) ein zentraler Eckpfeiler der bayerischen Umweltbildung. Als erste Naturschutzakademie Deutschlands in Laufen gegründet, hat die Bildungs- und Forschungseinrichtung des Bayerischen Umweltministeriums seit 1976 mehr als 4.000 Veranstaltungen mit über 125.000 Teilnehmern durchgeführt.

Heute hat die ANL drei Standorte in und um Laufen: Die Ökostation Straß, das Verwaltungs- und Schulungsgebäude in der Seethalerstraße und das Bildungszentrum mit dem Gästehaus „Kapuzinerhof" im ehemaligen Kapuzinerkloster. Wegen ihres internationalen Engagements erhielt die ANL 2010 die Mitgliedschaft in der „International Union for Conservation of Nature (IUCN)". In Zukunft wird sich die ANL noch stärker auf die Entwicklung von Instrumenten für Naturschutz und Landschaftspflege konzentrieren.

Bei einem Staatsempfang in München bezeichnete Umweltministerin Ulrike Scharf die Akademie als „ein Flagschiff der Umweltbildung". Neben der Forschung auf dem eigenen Versuchs- und Forschungsgelände und der Vielzahl der Veranstaltungen zu aktuellen Themen finde an der ANL z. B. die landesweite Ausbildung des bayerischen Naturschutznachwuchses, der bayerischen Naturschutzwächter, der Natur- und Landschaftsführer und auch der Biber-, Muschel-, Hornissen- und Wespenberater statt. Darüber hinaus sei die ANL international vernetzt und arbeite mit mehr als 100 Kooperationspartnern zusammen. **DK**

Winterdienst:

Start in die Saison

Bayerns Verkehrsminister Joachim Herrmann stellt die Frauen und Männer in Orange vor

Mit gut 600 Winterdienstfahrzeugen und weiteren 700 LKWs von privaten Unternehmen sind sie rund um die Uhr unterwegs: Bayerns Frauen und Männer im Winterdienst. „Knapp 3.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben wir an 29 Autobahnmeistereien und 64 staatlichen Straßenmeistereien in Bayern. Sie betreuen das immense Netz von 23.000 Kilometern an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen. Im Schnitt verteilen sie im Winter rund 400.000 Tonnen Salz und 90 Millionen Liter Salzsole auf den Straßen, damit wir mit dem Auto sicher an unseren Zielen ankommen." Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann stellte jüngst in der Autobahnmeisterei Nürnberg-Fischbach fünf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor und dankte ihnen stellvertretend für alle Kollegen für ihren Einsatz Tag und Nacht.

„Der Arbeitsplatz ‚Straße' ist kein gewöhnlicher", findet Herrmann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenmeistereien müssen die spezifischen Gefahren und Risiken kennen und richtig damit umgehen. Sie tragen Gehörschutz und orangene und reflektierende Warnkleidung. „Fahren Sie rücksichtsvoll und vorsichtig. Auch Sie tragen Verantwortung", appellierte Herrmann an die Autofahrer.

Verantwortliche Tätigkeit

Der Winterdiensteinsatzleiter Uwe Berger weiß, wovon Herrmann spricht. Er plant in der Autobahnmeisterei Nürnberg-Fischbach die Einsätze der Straßenwärterinnen und Straßenwärter und trifft die Entscheidung, ob und wann ein Einsatz nötig ist. Er kümmert sich um die Routen für die Räum- und Streuschleifen, beobachtet die Wetterlage und verfolgt die Wetterprognosen durch das Winterdienstmanagementsystem. Auf den Kameras der Straßenwetterstationen kann er beobachten, ob der Streueinsatz erfolgreich war. Kritische Streckenabschnitte, auf denen häufig mit überfrierender Nässe oder Schneeverwehungen zu rechnen ist, behält er im Blick.

Sandra Luthard und Markus Wolfrum sind beide Straßenwärter und auf der Straße, noch bevor der Pendler morgens in sein Auto steigt. Täglich sind sie für die Autobahnmeisterei Nürnberg-Fischbach auf einer Schleife von rund 70 Kilometern unterwegs. Sie mischen die Sole, streuen Salz und Splitt oder räumen mit dem 7,5 Meter breiten Schneepflug die Straße. Vor Wintereinbruch rüsten sie die Strecke mit Schneefangzäunen gegen Verwehungen oder bauen zusätzliche Leitstäbe auf.

Der Werkstattleiter Harald Kolb hält die Flotte der Winterdienstfahrzeuge von Nürnberg-Fischbach in Schuss. Er montiert an die LKW's Front- und Seitenpflug für den Räumeinsatz oder den Streuer, wenn die Sole auf den Straßen verteilt werden muss. Bei Bedarf repariert und montiert ein Werkstattleiter rund um die Uhr die Fahrzeuge. Nur Schrauben allein reicht nicht aus. Die moderne Winterdiensttechnik muss auch konfiguriert werden.

Annalena Ohr ist Auszubildende der Autobahnmeisterei Herrieden und eine von derzeit 140 Auszubildenden für den Straßenwärterdienst beim Freistaat Bayern. Herrmann: „ Wir bilden laufend junge Menschen aus, um Nachwuchskräfte für die verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeit als Straßenwärter zu gewinnen. Auch bieten wir eine Beamtenlaufbahn für staatlich geprüfte Techniker als Straßenmeister und Straßenmeisterin an. Jeder, der sich für die Allgemeinheit einsetzen möchte und einen spannenden Job sucht, ist bei uns willkommen."

Mehr Informationen unter: http://bit.ly/2g3etqS ❐

Ein Highlight für das chauffierte Brautpaar auf der Hochzeitsfahrt im festlich dekorierten Tesla-Taxi: Die beiden fühlten sich wie im siebten Himmel. ❐

Fünfmal um die Erde

Deutschlands erstes Tesla Taxi bewährt sich im Einsatz

Vom Nordpol zum Südpol und zurück oder einmal rund um den Äquator: Die Strecke um die Erde beträgt rund 40.000 km. Schon fünf Mal hat der Tesla Modell S diese Entfernung zurückgelegt, seit die batteriebetriebene Luxuslimousine im Februar 2014 als deutschlandweit erste im Taxidienst bei Umwelttaxi München an den Start ging.

Werbegag, Liebhaberprojekt oder Spinnerei lauteten die Kommentare, die sich Taxiunternehmer Peter Köhl damals anhören musste. Doch allen Skeptikern zum Trotz bewährt sich die batteriegetriebene Ausnahme-Limousine im Alltagseinsatz.

Beliebt bei nachhaltigen Unternehmen

Leistungsstark, lautlos und elegant begeistert das Luxusgefährt Umweltbewusste ebenso wie Technikfans und Designfans; nachhaltigkeitsorientierte Unternehmen lassen damit Kunden und Geschäftspartner abholen. Nina Ruge und Hannes Jaenicke als Laudatoren des Bayerischen Staatspreises für Elektromobilität schätzten die Qualitäten des besonderen Taxis ebenfalls, als sie im Tesla zur Preisverleihung chauffiert wurden.

Auch wirtschaftlich stimmt die Rechnung: Nie steht der Tesla lange am Taxistand. Ein Stammkunde lässt sich zweimal pro Woche zum Bodensee fahren; die kurze Ladezeit am SuperCharger vor der Rückfahrt nutzt der Fahrer zur Kaffeepause. Das größte Abenteuer auf den bisher fünf Erdumrundungen erlebte ein Brautpaar auf der Hochzeitsfahrt im festlich dekorierten Tesla-Taxi: Die beiden fühlten sich wie im siebten Himmel. Das Tesla-Taxi kann unter www.umwelt-taxi-muenchen.de vorbestellt werden. ❐

Jubiläum in Europas modernster Omnibuslackierung

Lackierung des 75.000sten Fahrzeuges im EvoBus Werk Neu-Ulm

Stuttgart/Neu-Ulm – Mit einem Setra S 519 HD der Comfort Class für das spanische Bus-Unternehmen ALSA wurde am Montag am EvoBus Standort Neu-Ulm in der modernsten europäischen Lackieranlage für Omnibusse die 75.000ste Rohkarosse seit 1998 lackiert.

Rund 450 qualifizierte Facharbeiter sorgen in der 25.000 Quadratmeter großen Lackieranlage dafür, dass täglich bis zu 41 Einheiten effizient und umweltgerecht lackiert werden können. Die Fahrzeuge werden bei einem hohen Automatisierungsgrad individuell nach Kundenwunsch lackiert. Um ein gleichbleibend hohes Qualitätsniveau sicherzustellen, bildet das Unternehmen selbst Fahrzeuglackierer aus.

Einziger Hersteller mit Fertigung in Deutschland

Dr. Marcus Nicolai, Leiter Produktion Daimler Buses: „Wir sind der einzige Bus-Hersteller, der noch in Deutschland fertigt und das in herausragender Qualität. Darauf sind wir stolz. Das Jubiläum in der Lackierung ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, was unsere Mannschaft hier Tag für Tag leistet. In unserem modernen Lackiercenter veredeln wir Omnibusse auf höchstem Niveau und mit größtmöglicher Flexibilität."

Standort Neu-Ulm

In Neu-Ulm erfolgt nach der Grundierung der Karossen der Lackauftrag mittels einer verbrauchsoptimierten Verfahrenstechnik, die zudem Zeit spart. Insgesamt acht Roboter garantieren eine gleichmäßige Beschichtung bei vergleichsweise geringem Materialverbrauch von ca. 13 Kilogramm Lack pro Komplettlackierung. Weitere Prozessschritte sind die Dekorbeschichtung im Innenraum, die Hohlraumkonservierung sowie der Fahrwerkschutz, bevor die Spezialisten des Bereichs Colorfinish die Karosserien mit viel Fingerspitzengefühl je nach Kundenwunsch mit den individuell gestalteten Motivfolien bekleben. Neben der ausschließlichen Verwendung von lösemittelarmen Lacken trägt auch ein regeneratives Abluftsystem in der Lackieranlage zum Umweltschutz bei. Die strengen gesetzlichen Emissionswerte werden in Neu-Ulm dadurch deutlich unterschritten.

Der Standort Neu-Ulm mit seinen rund 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine tragende Säule für EvoBus und Daimler Buses. In Neu-Ulm befindet sich das Kompetenzcenter Lackierung für EvoBus, das Entwicklungszentrum für Hochbodenfahrzeuge, das Designcenter für alle Baureihen sowie das Setra Kundencenter. Die aus Neu-Ulm stammenden Stadt-, Reise- und Überlandbusse der Marken Mercedes-Benz und Setra genügen nur den höchsten Ansprüchen und bestechen durch Produktqualität und zukunftssichere Technologien. ❐

In der modernsten Omnibuslackierung Europas im EvoBus Werk Neu-Ulm können täglich bis zu 41 Einheiten effizient und umweltgerecht lackiert werden. ❐

Bäume schwitzen für eine kühle Stadt

Winterlinden (Tilia cordata) transpirieren nicht in jeder Umgebung gleich stark, wie Studien von Mohammad Rahman von der Technischen Universität München zeigen.

In erhitzten Städten im Sommer kühlt ihre Transpiration offen angelegte Plätze mit Grünstreifen effektiver als gepflasterte, enge Plätze. Dafür verantwortlich sind lokale Unterschiede in Meteorologie und Boden. Aktuelle Ergebnisse präsentierte Rahman auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie in Marburg.

Häuserschluchten, Straßen und Plätze heizen sich im Sommer besonders stark auf. Bäume kühlen den Asphalt unter ihren Kronen um bis zu 20 °C und die Luft um bis zu 2 °C ab, wie Studien von Mohammad Rahman von der Technischen Universität München gezeigt haben. Neueste Ergebnisse des Pflanzenökologen belegen, dass die besonders häufig in Städten gepflanzten Winterlinden (Tilia cordata) je nach Bedingungen am Wuchsort ihre Umgebung unterschiedlich stark abkühlen können.

Die genaue Funktionsweise der „grünen Klimaanlage" erklärte Rahman auf der Jahrestagung. Die optimale Kühlwirkung an Sommertagen liefern diejenigen Stadtbäume, die auf offen angelegten Plätzen in Grünstreifen wachsen. Auf gepflasterten, engen Plätzen mit kleinen Aussparungen für die Bäume ist die Kühlleistung der „grünen Klimaanlage" um 20 Prozent geringer. ❐

Mercedes-BenzUnimog:

Winter-Sparwochen 2016

Bis zu 32 Prozent Preisvorteil für Bremsteile und Wartungspaket

Die Tage werden kürzer, die Temperaturen sinken, und die Straßenverhältnisse werden schwieriger. Für die Betreiber des Mercedes-Benz Unimog steht jetzt ein perfekter, reibungsloser Start in die kalte Jahreszeit bevor: Bei den Unimog Winter-Sparwochen bis 31.12.2016 können sie ihr Fahrzeug zu besonders günstigen Konditionen winterfest machen und profitieren von attraktiven Sonderkonditionen. Der Preisvorteil beträgt bis zu 32 Prozent. Die Aktionsrabatte gelten für viele winterspezifische Ersatzteile- und Serviceangebote wie beispielsweise Bremsen für Unimog und MBtrac, das Unimog Wartungspaket BlueTec 6 oder warme Winterjacken aus der Unimog Collection. Die Aktionsrabatte im Rahmen dieser Sonderaktion stehen bei den teilnehmenden Unimog Servicepartnern in ganz Deutschland zur Verfügung.

Ob Unimog-Geräteträger oder hochgeländegängiger Unimog: Wie bei jedem Fahrzeug zählen auch beim Unimog die Bremsen zu den wichtigsten Bauteilen. Im täglichen Einsatz sind sie im Winter besonders widrigen Einflüssen ausgesetzt. Schmutz, Sand, Granulat, Splitt, Steine und Wasser verursachen Abnutzungserscheinungen, die durch chemische Substanzen und Taumittel wie Streu- oder Feuchtsalz noch verstärkt werden.

Deshalb stehen Bremsbeläge, Bremsscheiben und Bremsbacken im Mittelpunkt der Unimog Winter-Sparwochen 2016. Die Angebote gelten für alle aktuellen und auch viele frühere Baureihen des Unimog sowie des MBtrac von Mercedes-Benz. Die rechtzeitige Erneuerung dieser wichtigen Teile stellt die Einsatzsicherheit der Fahrzeuge sicher und macht sie fit für die harten Wintermonate mit Eis, Schnee und Salz.

Filterwechsel

Das Wartungspaket für den Unimog BlueTec 6 beinhaltet den Tausch aller Filter, die bei den aktuellen Unimog Baumustern U 216, U 218, U 318, U 423, U 427, U 430, U 527 und U 530 in der Serienausstattung verbaut sind und im Rahmen des Wartungsdiensts getauscht werden müssen. Erneuert werden die Ölfilter, die Kraftstoff- und Kraftstoffvorfilter, die Arbeitshydraulikfilter inklusive Dichtung, die AdBlue-Filter sowie die Trocknerpatrone für die Klimaanlage zu einem Preis, der während der Winter-Sparwochen 2016 um 20 Prozent reduziert ist.

Nicht nur der Unimog, sondern auch der Unimog-Fahrer sollte fit und warm eingepackt in den Wintereinsatz starten. Die Winterjacke mit vielen praktischen Details und die leichte Winter-Softshell-Jacke aus der Unimog Collection stehen bei den Unimog Winter-Sparwochen 2016 zu besonders günstigen Preisen im Angebot. Die Jacken von Größe S bis XXXL schützen perfekt gegen Kälte, eisigen Wind, Regen und Schnee.

Neben den speziellen Sonderangeboten der Unimog Winter-Sparwochen bieten die Unimog Servicepartner ein umfassendes Sortiment an Original-Teilen und Original-Tauschteilen, die die Fitness der Unimog und MBtrac Fahrzeuge im Winter erhöhen.

Mercedes-Benz Original-Teile sind exklusiv von Mercedes-Benz entwickelt, fabrikneu und erfüllen höchste Qualitätsanforderungen. Das garantiert hohe Langlebigkeit und sorgt für kurze Stand- bzw. Ausfallzeiten.

Daneben gibt es die preiswerteren Mercedes-Benz Original-Tauschteile wie beispielsweise Tauschmotoren- und -getriebe, und auch hier können Unimog- und MBtrac-Kunden auf Spitzenqualität vertrauen. Die Original-Tauschteile werden durch eine umfassende Wiederaufbereitung in ihren Originalzustand versetzt und auf den neuesten technischen Stand gebracht. Dabei nimmt der Unimog Servicepartner das defekte Altteil in Zahlung und der Kunde erhält ein Original-Tauschteil mit derselben weltweiten Garantie und Gewährleistung, wie sie auch für neue Mercedes-Benz Serienteile gilt. Das rechnet sich spürbar, vor allem für die Besitzer von Fahrzeugen älterer Baureihen. ❐

Der Unimog Geräteträger U 423 mit Euro-VI-Motor OM 934, 170 kW (231 PS) Leistung und 5,1 Litern Hubraum. ❐

Unser Bild zeigt von links Bernhard Deutinger, Norbert Peter (beide Stadt München) und Werner Ottl (Henne Nutzfahrzeuge) sowie die Mitarbeiter der Stadt München, die die Unimogs in Zukunft fahren dürfen. Bild: RED

München vertraut dem Unimog

Rechtzeitig vor dem Start in die Winterdienstsaison übernahmen Fuhrparkmanager Bernhard Deutinger und Norbert Peter, Leiter der Vergabestelle, vier neue Unimog U423 für die Landeshauptstadt München aus der Hand von Werner Ottl, verantwortlicher Verkäufer bei Henne Nutzfahrzeuge.

Die mit einem Euro VI Motor (223 PS) und einem stufenlosen hydrostatischen Fahrantrieb ausgestatteten Universal-Geräteträger sind jeweils mit einem Gmeiner Feuchtsalzstreuer 2,5 cbm und einem Schmidt Seitenschneepflug CP3 bestückt und sorgen im Winter für freie Straßen. Im Sommer werden sie hauptsächlich zum Randstreifen mähen und Leitpfosten waschen eingesetzt.

Kompakter Radstand

Durch den kompakten Radstand von nur drei Metern ist der U423 äußerst wendig und kann mittels der Leistungshydraulik VarioPower per Multifunktions-Joystick bedient werden. Das Freisichtfahrerhaus gewährt eine sehr gute Sicht auf die Frontanbaugeräte sowie den Straßenverkehr und erfüllt zusätzlich höchste Sicherheitsstandards wie z.B. die ECE-R29/02, einen international anerkannten Festigkeitsnachweis für den Überlebensraum aller Insassen in Nutzfahrzeugen und die Schwer-Entflamm-/Brennbarkeitsprüfung nach der Gefahrenschutzverordnung FMVSS 571.302. Mit langen Wartungsintervallen von 1.400 Betriebsstunden bzw. zwei Jahren sind die Fahrzeuge besonders wirtschaftlich. ❐

Mercedes-Benz startet privates Carsharing in München

Stuttgart/München. Unkompliziert, sicher und verlässlich – die neue Carsharing-Plattform von Mercedes-Benz geht online. Croove heißt der neue, App-basierte Service, der private Fahrzeuganbieter und -mieter zusammenbringt. Croove startet zunächst in München und ist offen für Fahrzeuge aller Marken. Zugleich ist die Peer-to-Peer Carsharing-Plattform ein weiteres Projekt der CASE-Strategie, das den Sprung von der Idee in die Umsetzung macht. Unter dem Begriff CASE wird die strategische Ausrichtung bei MercedesBenz Cars zusammengefasst, die die Zukunftsthemen „Vernetzung“, „autonomes Fahren“, „Sharing“ und „elektrische Antriebe“ zu einer Einheit bündelt.

Innovative und flexible Mobilitätsdienstleistungen gehören schon seit langem zum Geschäftsmodell/Angebot der Daimler AG. Auf dem Weg vom Premiumfahrzeughersteller zum Mobilitätsanbieter baut das Unternehmen sein Serviceangebot immer weiter aus. Der Mensch und seine Bedürfnisse rücken dabei noch stärker in den Mittelpunkt. Mit der Gründung der neuen Carsharing-Plattform Croove (www.letscroove.com) gibt Mercedes-Benz dem Megatrend der Sharing Economy einen weiteren Impuls: Teilen statt Besitzen. Der entscheidende Unterschied zu Carsharing-Modellen wie car2go: Mit Croove können nun auch private Fahrzeugbesitzer ihr Auto teilen.

Croove bietet dabei beiden Parteien Vorteile. So finden Mieter schnell und unkompliziert ein gepflegtes und sicheres Fahrzeug passend zu ihrem Mobilitätsbedürfnis und sind unabhängig von einer festen Verleihstation. Sie können gegenüber klassischen Autovermietungen Geld sparen und sicher sein, wirklich das gewünschte Modell und nicht nur irgendein Fahrzeug einer bestimmten Kategorie zu erhalten. Vermieter hingegen können die Auslastung ihres Autos optimieren und zugleich Geld mit dem eigenen Pkw verdienen. „Ein Auto steht im Durchschnitt 23 Stunden am Tag. Warum sollte es sich in dieser Zeit nicht etwas dazuverdienen? Carsharing ist ein wichtiger Baustein für den Großstadtverkehr von morgen“, so Dr. Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG und Leiter Mercedes-Benz Cars.

Smartphone nötig

Croove ist Smartphone-basiert. Die entsprechende App kann ab Dezember zunächst bei Apple iTunes heruntergeladen werden, aber schon bald nach dem Start wird es auch eine Android-App im Google Play Store sowie eine Desktop-Website für die Buchung eines Fahrzeugs geben. Der unkomplizierte Zugang und eine hohe Bedienungsfreundlichkeit stehen klar im Fokus. Vermieter legen online ein Profil mit den Daten ihres Fahrzeugs inklusive Sonderausstattung an und geben ihre Preisvorstellung ein – auch dabei hilft die App. Croove ist markenunabhängig, die Fahrzeuge müssen in einem guten Zustand sein und dürfen nicht älter als 15 Jahre sein.

Mindestalter 21

Mieter (Mindestalter: 21 Jahre, im Besitz eines gültigen Führerscheins) registrieren sich – und schon können sie per App potenzielle Vermieter kontaktieren und Termine vereinbaren. Die Fahrzeugübergabe findet beim Start von Croove zunächst entweder persönlich oder mit Hilfe eines (kostenpflichtigen) Hol- und Bring-Dienstes statt. Auch die Einführung einer keyless-basierten Lösung, die dem Mieter ermöglichen soll, das Fahrzeug mit Hilfe eines PINs zu übernehmen, ist perspektivisch angedacht. Den Zustand des Fahrzeugs überprüfen und dokumentieren Vermieter und Mieter bei einem gemeinsamen Kontroll-Rundgang bei Abholung und Übergabe. Dazu gibt es eine Checkliste im digitalen Mietvertrag, den Croove stellt. Auch die bargeldlose Zahlung erfolgt über die App. Und natürlich ist nach dem Mietvorgang eine In-App-Bewertung beider Parteien möglich, was zusätzlich Transparenz und Sicherheit schafft. ❐

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beutlhauser.de, Internet: www.beutlhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Lokschuppen Rosenheim:

207.581 Besucher in der Ausstellung „WIKINGER!“

Eines der erfolgreichsten Projekte in der Geschichte des Ausstellungszentrums

Die Erlebnisausstellung „WIKINGER!“ im Lokschuppen Rosenheim ist kürzlich mit 207.581 Besuchern zu Ende gegangen. Damit zählt die faszinierende Schau um das legendäre Volk aus dem hohen Norden zu den erfolgreichsten Ausstellungen Deutschlands. In der internen Rangfolge des Lokschuppens liegen die Wikinger an vierter Stelle aller bisherigen 42 Ausstellungen.

„WIKINGER!“ war eine Ausstellung der Veranstaltungs + Kongress GmbH Rosenheim (VKR). „Wir freuen uns sehr über dieses Ergebnis“, erklärte Geschäftsführer Peter Lutz. „Unser Konzept einer wissenschaftlich fundierten Erlebnisausstellung, die auch Familien anspricht, ist voll aufgegangen.“

Die VKR hatte rund 2,5 Millionen Euro in die Ausstellung investiert. Die Inszenierung von mehr als 500 ausgestellten Originalen aus der Wikingerzeit bot an 40 interaktiven Medienstationen Geschichte zum Anfassen und erzählte von Beutezügen, vergrabenen Schätzen, Strategie, Gefahr und Kampf, von starken Wikingerinnen und Geheimnissen der erfolgreichen Seefahrer. Mit über 200.000 Besuchern konnte der Lokschuppen seine Position unter den Besten der deutschen Ausstellungshäuser halten.

Erfolgreiche Museumspädagogik

Das museumspädagogische Programm des Lokschuppens ist an den bayerischen Schulen eine feste Größe. „Wir haben uns auch als schönstes Klassenzimmer Bayerns etabliert“, so der Leiter des Ausstellungszentrums Lokschuppen Dr. Peter Miesbeck. „Denn die Teilnehmerzahlen an den Workshops für Schulklassen sind bereits im sechsten Jahr in Folge angestiegen.“

Über 17.000 Schülerinnen und Schüler – fast 2.000 mehr als beim „Regenwald“ im vergangenen Jahr – nahmen an rund 800 Workshops teil. Alleine zu den Schulaktionswochen kamen mehr als 7.000 Schüler. Das Ausstellungszentrum wurde zur kleinsten Schiffswerft Deutschlands. In 555 Workshops bastelten die Schulkinder über 12.000 Wikinger-Schiffe, die sie mit nach Hause nehmen durften. Die Bilanz beweist auch, dass die Lokschuppen-Besucher die Ausstellungen gerne intensiv erleben. Fast 60.000 Menschen nahmen an mehr als 3.000 Führungen teil, über 20.000 besuchten Workshops.

Immer beliebter werden die Taschenlampenführungen. 33mal erkundeten insgesamt 500 Erwachsene und Kinder die Welt der Wikinger außerhalb der regulären Öffnungszeiten im Schein der Taschenlampe. Optisches Highlight zur Ausstellung war das Wikinger-Schiff auf dem Lokschuppen-Vorplatz. Der Lokschuppen hatte das Originalschiff aus dem Film „Wickie auf großer Fahrt“ gekauft, es wurde zum beliebten Fotoobjekt der Besucher.

In einem Namenswettbewerb mit der Heimatzeitung OVB wurde der neue Name „Wikerl“ gefunden. Insgesamt kamen über 800 Namensvorschläge. „Wikerl“ wird nach Ende der Ausstellung an die Chiemsee-Erlebnis GmbH verkauft, die es dann ab dem Frühjahr 2017 auf dem Chiemsee betreiben wird.

„PHARAO“ zeigt 2017 das Leben im alten Ägypten

Nach der Ausstellung ist vor der Ausstellung: Bereits begonnen haben der Abbau und der Rücktransport der Exponate. Denn vom 24. März bis zum 17. Dezember entführt „Pharao – Leben im alten Ägypten“ die Besucher an die Ufer des Nils und nimmt sie mit in die Sozialgeschichte einer der ältesten Hochkulturen der Welt.

400 Exponate von internationalen Leihgebern, 15 Modelle und zahlreiche Medienstationen veranschaulichen die Geschichte Altägyptens. Ein Leben zwischen Menschen und Göttern, zwischen Himmel und Erde – ein Leben von Menschen die an Kulten und Kriegen teilnahmen und den Pharao verehrten. Karten gibt es bereits jetzt im Vorverkauf. ❐

„Wikerl“ verlässt mit Hilfe des Lokschuppen-Teams den Vorplatz. Am Seil ziehen von links: VKR-Geschäftsführer Peter Lutz, der Leiter des Ausstellungszentrums Lokschuppen Dr. Peter Miesbeck, Teresa Frank, Maximilian Wulf, Elena Sangl, Laura Thiemann, Daniel Walcher, Stefanie Kießling und Barbara Huber. ❐

Europaregion Donau-Moldau:

Geplante Aktionen

Die Zusammenarbeit in der Europaregion Donau-Moldau soll künftig intensiviert werden – dies ist eines der Ergebnisse der Mitgliederversammlung des Trägervereins Europaregion Donau-Moldau e.V. Kürzlich kamen die Vertreter des Europaregion Donau-Moldau e.V. (EDM) zu ihrer fünften ordentlichen Mitgliederversammlung in den Räumen des Zweckverbandes der Abfallwirtschaft in Straubing zusammen.

Gastgeber Landrat Josef Laumer begrüßte die Gäste mit einem „heute trennen wir aber nicht, sondern wir verbinden“ und traf damit das Thema des Tages auf den Punkt.

Netzwerkarbeit wird ausgebaut

Der Vorsitzende des Vereins, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, betonte: „Durch die großzügige Förderung des Staatsministeriums der Finanzen sowie des Bezirks Niederbayerns sind wir in der glücklichen Lage, die bereits hervorragend laufende Netzwerkarbeit in Richtung Tschechien und Österreich als Akteur in der Europaregion weiter auszubauen. In Niederbayern haben wir vor allem bei den Schwerpunkten Hochschulkooperationen sowie bei der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft belegbare Erfolge erzielt.“

Im kommenden Jahr wird Niederbayern den Vorsitz in der EDM innehaben. „Es soll, so meine Zielsetzung, ein entscheidendes Jahr für die strukturelle Weiterentwicklung der Zusammenarbeit werden“, so Heinrich.

Niederbayern hat 2017 den Vorsitz

Die EDM ist im Jahr 2012 gegründet worden. „Wir stehen in der Europaregion an einer Weggabelung. Hinter uns liegen einige Erfolge. Nun stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit der Zusammenarbeit der einzelnen Teilregionen. Die politische Priorität der EDM muss diskutiert werden, denn der nächste Schritt müssen verbindliche Strukturen, Finanzen und eine gemeinsame Rechtsform sein“, so Dr. Heinrich weiter.

Rechtliche Verankerung

Um die Zusammenarbeit mit den tschechischen und österreichischen Nachbarn noch weiter intensivieren zu können, beauftragte die Mitgliederversammlung den Vorstand einstimmig, während der Zeit des niederbayerischen Vorsitzes 2017 die Möglichkeiten einer rechtlichen Verankerung der Europaregion Donau-Moldau abzustimmen und diese in die Wege zu leiten.

Der Sprecher der niederbayerischen Landräte, Landrat Franz Meyer, bekräftigte die Zielsetzung des Vorsitzenden und merkte an, dass die EDM in Brüssel auf Augenhöhe mit den Metropolregionen München und Nürnberg etabliert werden soll. Um diesem Ziel noch näher zu kommen, brauche es aber gleiches Engagement und eine verbindliche Zustimmung in allen Regionen.

„Das wird ein weiter Weg, aber wir müssen ihn angehen“, betonte Meyer. Regierungspräsident Heinz Grunwald, der als eine seiner letzten Amtshandlungen bei der Sitzung dabei war, bestätigte die positive Bewegung im Projekt der Europaregion Donau-Moldau.

Geplante Aktivitäten

Über geplante Aktionen der Europaregion Donau-Moldau in Niederbayern informierten die Projektmanagerinnen. Sprachkompetenz für Tschechisch in Ostbayern wird dabei ein wichtiger Schwerpunkt werden. So soll die frühkindliche Erziehung in Kindergärten in tschechischer Sprache angeboten werden sowie entsprechender Unterricht an weiterführenden Schulen der Grenzregion. Veranstaltungen wie ein Sprachgipfel oder eine Hochschulrektorenkonferenz runden das Angebot auf akademischer Basis ab.

Ebenso stehen Projekte wie Imagefilme über die Region und ein Willkommens-Check für niederbayerische Kommunen beim Thema Willkommenskultur auf dem Programm. Außerdem soll ein Einkaufsführer für den ostbayerischen Raum – ergänzt durch touristische Wander- und Radwegekarten – Besucher aus Tschechien und Österreich anlocken.

Personell gut aufgestellt

Personelle Veränderungen gab es im Frühjahr 2016 in der Geschäftsstelle in Freyung. So ermöglichte das Bayerische Finanzministerium mit dem Entwicklungsgutachten zum Ausbau der grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Bayern und der Tschechischen Republik zusätzlich zu den zwei bestehenden Projektmanagerinnen die Förderung von zwei weiteren Personalstellen. Dabei handelt es sich um ein Netzwerkmanagement Bayern-Böhmen sowie ein Beratungsbüro für die EU-Förderprogramme Interreg B und Interreg Europe. Alle niederbayerischen Landkreise können das Förderangebot in Anspruch nehmen. ❐

Von links: Carmen Glaser, LAG-Managerin und LAG-Geschäftsführerin, Irmgard Neu-Schmid, LEADER-Koordinatorin, Museumsleiter Dr. Wolfgang David, Bürgermeister Herbert Nerb und Landrat sowie 1. LAG-Vorsitzender Martin Wolf. ❐

Archäologischer Lehrpfad in Manching ist eröffnet

Erstes LEADER-Projekt im Landkreis Pfaffenhofen umgesetzt

Vor kurzem wurde mit dem archäologischen Lehrpfad in Manching das erste umgesetzte LEADER-Projekt im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm eröffnet. Von der Projektidee bis zur Umsetzung ist dank LEADER nur ein Jahr vergangen.

Grußworte sprachen Landrat Martin Wolf, Manchings Bürgermeister Herbert Nerb, LEADER-Koordinatorin Irmgard Neu-Schmid vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) sowie Museumsleiter Dr. Wolfgang David.

20 Tafeln an elf Stationen

Eine Delegation aus Projektbeteiligten, dem Keltisch-Römischen Freundeskreis e.V., der Lokalen Aktionsgruppe Landkreis Pfaffenhofen e.V. hatte die Möglichkeit, den Lehrpfad in Augenschein zu nehmen. Dieser umfasst insgesamt 20 Tafeln an elf Stationen. Diese beschreiben wichtige archäologische Fundstellen. Dazu zählen auch außergewöhnliche Einzelfunde von europäischer Bedeutung wie der Goldschatz, das goldene Kultbäumchen oder die einzigartigen Achsnägeln. ❐

Städtebauförderung:

Rund 8,5 Mio. Euro für neue Kulturwerkstatt in Nürnberg

Mit Hilfe von Städtebaufördermitteln unterstützen der Freistaat Bayern, der Bund und die EU unterschiedliche Maßnahmen zur Aufwertung von Ortskernen und Städten. Seit 1971 hat der Freistaat mehr als vier Milliarden Euro bayernweit in Maßnahmen der Städtebauförderung investiert. Davon sind ca. 114 Millionen Euro in die mittelfränkische Metropole Nürnberg geflossen.

Zuletzt wurde die Industriehalle auf dem ehemaligen AEG-Südgelände mit Hilfe staatlicher Fördermittel von 8,5 Millionen Euro zur „Kulturwerkstatt Auf AEG“ umgebaut. Damit werde das Viertel für die Bürgerinnen und Bürger massiv aufgewertet, erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der feierlichen Bauübergabe Ende November in Nürnberg.

Tatkräftige Unterstützung durch den Freistaat

Schon seit Jahren begleite der Freistaat die mittelfränkische Metropole beim Wandel vom Industriestandort hin zu einem lebenswerten Wohn- und Dienstleistungsquartier und unterstütze sie tatkräftig mit Fördermitteln. Gerade die Weststadt sei von massivem Strukturwandel geprägt, erläuterte Herrmann. Darüber hinaus habe der Freistaat nach der Betriebseinstellung bei den Firmen Triumph-Adler, AEG und Quelle mit einem Sofortprogramm für Nürnberg und Fürth reagiert.

Erhöhter Fördersatz

Mit einem 105 Millionen starken Strukturprogramm habe man beiden Städten von 2010 bis 2014 beim Umbau ihrer gewerblichen Brachflächen geholfen. Aus diesem Programm habe Nürnberg einen erhöhten Fördersatz von 80 Prozent für die rund 17,3 Millionen Euro teure „Kulturwerkstatt Auf AEG“ erhalten. Die neue Kulturwerkstatt sei auch ein wichtiger Beitrag für das kulturelle Leben ergänzte Herrmann.

Mit Hilfe der ca.114 Millionen Euro Fördermittel für Nürnberg konnten bisher u.a. der öffentliche Raum in der Innenstadt aufgewertet und einige Stadtteile im Süden entwickelt werden. Durch die Ansiedlung von Bildungseinrichtungen, Forschungsinstituten sowie innovativen Unternehmen sei mit Hilfe der Städtebauförderung die sogenannte „Wissenschaftsmeile“ zwischen Nürnberg und Fürth entstanden, stellte der bayerische Innenminister abschließend fest. **rm**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 01.01.2016
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtsparkasse Dillingen
IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66
BIC BYLADEM1DLG
VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20
BIC: GENODEF1KFB
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Integrationspreise Mittelfranken und Oberpfalz:

Auszeichnung innovativer Konzepte

„Integration kann nur vor Ort gelingen. Dort werden Werte und Traditionen gelebt, dort wird unsere Sprache gesprochen. Die heute prämierten Projekte sind schöne Beispiele für das vielfältige Engagement zur Integration in unserem Land. Integration braucht aber auch die Bereitschaft und eigene Anstrengungen der Zuwanderer. Diese fordern wir ein. Ebenso wie die Anerkennung unserer Werteordnung und Leitkultur“, erklärte Sozialministerin Emilia Müller bei der Verleihung des Integrationspreises Mittelfranken in Nürnberg und des Integrationspreises Oberpfalz in Regensburg.

Der erste Preis des Integrationspreises Mittelfranken, dotiert mit insgesamt 2.800 Euro, ging zu gleichen Teilen an die Städtische Wirtschaftsschule im Röthelheimpark Erlangen für das Projekt „Emily und Rashid“- ein Theaterprojekt von Schülern der Wirtschaftsschule und gleichaltrigen Flüchtlingen aus der Staatlichen Berufsschule Erlangen und an das „Interkulturelle Konzertprojekt“ der Staatlichen Berufsschule Neustadt an der Aisch–Bad Windsheim für die Gestaltung eines interkulturellen Konzertabends gemeinsam mit Schülern des Friedrich-Alexander-Gymnasiums Neustadt an der Aisch.

Der zweite Preis mit einem Preisgeld von 1.200 Euro wurde an das Familienzentrum MatZe in Schwabach für das „Integrationspatenprojekt“ überreicht. Dem Familienzentrum MatZe ist es in Kooperation mit der Stadt Schwabach, der Christian-Maar Grundschule, sowie dem Sonderpädagogischen Förderzentrum Schwabach gelungen, ein breit angelegtes Unterstützersystem für Kinder aus sozial schwachen Familien sowie Kindern mit Migrationshintergrund zu etablieren, bei dem auch die Eltern einbezogen und gestärkt werden und gemeinsam mit den Lehrern die Entwicklung ihres Kindes begleiten können.

Das Freiwilligenzentrum des Caritasverbandes Scheinfeld und Landkreis Neustadt an der Aisch - Bad Windsheim e. V. erhielt den dritten Preis mit einem Preisgeld von 1.000 Euro mit dem Projekt „über Zaun und Grenze“. Das Projekt stellt ein Netzwerk für Flüchtlings- und Nachbarschaftshilfen zur Verfügung mit dem Ziel einen Beitrag zur Etablierung eines starken ehrenamtlichen Helfernetzes im Landkreis zu leisten.

Kooperationsprojekt

Der mit 2.500 Euro dotierte 1. Preis des Integrationspreises der Regierung der Oberpfalz ging an das „Kooperationsprojekt Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund“, bestehend aus der Grundschule Hohes Kreuz, dem Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer e.V., dem Berufsschulzentrum Regensburger Land, der Stadt Regensburg und der Evangelischen Jugendsozialarbeit Regensburg.

Bereits seit 2012 widmet sich das Kooperationsprojekt der Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund und schließt die zeitliche Lücke von Unterrichtsende bis Betreuungsbeginn. Die Kinder können im Berufsschulzentrum zu Mittag essen und nachmittags schulisch unterstützt werden. Auch wird ein buntes Programm für die Freizeitgestaltung angeboten. Zudem kann durch die enge Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch früh und gezielt auf Förderbedarf eingegangen werden.

Den mit 1.500 Euro dotierten 2. Preis erhielten die „Ballettfreunde Regensburg e.V.“ für das Tanzprojekt „Lysa“, das sich auf künstlerischer Ebene mit den Themen Flucht und Integration auseinandersetzt.

Integration findet auch auf einer emotionalen und nonverbalen Ebene statt, der sich der Ballettfreunde Regensburg e.V. annimmt. Die Bemühungen um eine gelungene Integration bindet auch die einheimische Bevölkerung mit ein, wodurch es zu einem erhöhten Verständnis kommt für die Sorgen, Ängste und Probleme von Menschen, die Gefährdungen für Leib und Leben entkommen sind und sich nach einer gefährlichen Irrfahrt in einem fremden Land mit unbekannten Regeln und Verhaltensweisen neu zurechtfinden müssen.

Tanzprojekt

Das Tanzprojekt „Lysa“ verarbeitet auf künstlerischer Ebene diese Themen und versucht die emotionalen Verwerfungen einer Flucht für Zuschauer erfahrbar zu machen. Mit der Einbettung in den Unterricht und entsprechender Vor- und Nachbereitung soll es zu einer weiteren Beschäftigung der Schüler mit dem Thema Flucht und Integration im Rahmen eines Wettbewerbs an Schulen kommen. Zusammen mit der Ballett-Tanz-Akademie Bonivento-Dazz wurde „Lysa“ umgesetzt und von erfahrenen Künstlern choreografiert. Fünf junge Tänzerinnen studierten das Tanzprojekt ein und führten es bereits an verschiedenen Schulen auf.

Kontakt mit Bevölkerung

Der dritte Preis, dotiert mit 1.000 Euro Preisgeld, wurde an den Arbeitskreis für Flüchtlingshilfe Kümmersbruck-Theuern-Ebermannsdorf verliehen, der im Vilstal seit Herbst 2015 Migranten auf unterschiedlichste Art unterstützt. Mit der Zahl der ehrenamtlichen Helfer wuchsen auch das Hilfsangebot und der Umfang der Hilfen zur Integration der Flüchtlinge. So wurde zunächst mit Deutschkursen, Hilfen bei Behördengängen und der Förderung der Mobilität, zum Beispiel durch die Organisation von Fahrradspenden, gestartet.

Besonders wichtig sind der Kontakt mit der Bevölkerung und die schnelle Integration der Flüchtlinge durch die Einbeziehung örtlicher Verbände und Vereine. Deshalb spielt der Sport eine wichtige Rolle. So konnte mit dem TSV Theuern ein gemeinsames Fußballtraining ins Leben gerufen werden.

Da die Zahl der ehrenamtlichen Helfer stetig wächst, ist auch der Umfang der Hilfsangebote zur Integration der Flüchtlinge vor Ort gewachsen. Dazu zählen Familienpatenschaften, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Hilfen bei der Suche nach Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsstellen oder Unterstützung bei der Wohnungssuche. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

Schöne neue Cyberwelt?

„Also das mit dem Cyberangriff auf die Telekom ist ja wohl der Hammer. Berichte über die Bedrohungen durch Kriminalität im Internet, durch Manipulationen der Meinungsbildung mittels Trollen und Attacken von Cyber-Terroristen sind ja derzeit an der Tagesordnung, aber persönlich so nah habe ich die Gefahr noch nie gespürt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gehörte zwar auch privat nicht zu den rund 900.000 Betroffenen, deren Router manipuliert werden sollten, aber nicht zuletzt durch die auch im Rathaus immer wieder auszuführenden Sicherheitschecks ist er doch aufs Höchste sensibilisiert.

Ehrlich gesagt, ich kann ihn verstehen. Es ist schon etwas anderes, ob man im Büro, noch dazu in einer Behörde wie der Kommunalverwaltung, nolens volens damit rechnen muss, dass irgendwelche Nerds versuchen, Schabernack mit dem Netzwerk zu treiben oder vielleicht auch Leute mit weit finstereren Absichten nach Schwachstellen im Sicherheitssystem suchen, oder ob man buchstäblich in den eigenen vier Wänden vor Cyberangriffen nicht mehr sicher ist.

Man sagt ja, dass Wohnungseinbrüche vor allem deshalb so übel sind, weil die Täter in den innersten Schutzraum der Menschen eindringen, in ihre persönlichste Umgebung, in der man sich geborgen und sicher fühlen will. Diese Sicherheit und dieses Geborgensein zerstören die Täter, wenn sie sich gewalttätig Zutritt verschaffen und mit ihren gierigen Händen klarmachen: Wir haben die Kontrolle über Dein Heim übernommen.

Aber ist es nicht eigentlich dieselbe Botschaft, die man bekommt, wenn irgendwelche Subjekte in den Router daheim eindringen oder, wie in anderen Zusammenhängen zu lesen war, den Kühlschrank, den Fernseher, die Stereoanlage oder die Türkamera übernehmen und zu Teilen gigantischer, aufeinander abgestimmter virtueller Bot-Legionen machen? Wir dringen in Dein innerstes Sanktuarium vor und machen in Deinem Haus, was wir wollen.

Experten sagen uns, dass die Attacke auf die Router schlampig ausgeführt wurde und die Täter Fehler gemacht hätten. Im schlimmsten Falle hätten sie eine Bot-Armee gebildet, die eine Vielzahl von Websites hätte lahmlegen können. Vorbilder gibt es wohl schon, etwa einen Angriff auf eine von zahlreichen Online-Händlern genutzte Schnittstelle oder den wohl temporär erfolgreichen Versuch, ein größeres afrikanisches Land datentechnisch vollständig von der Außenwelt zu isolieren. Schöne neue Welt.

Was mich dabei so fertig macht: Ich verstehe die Mechanismen dahinter eigentlich nicht. Einbruch ist klar: Scheibe einschlagen oder Tür aufhebeln, rein und alles mitgehen lassen. Aber tausende von Geräten, die zu welchem harmlosen Zweck auch immer dienen, so digital zu versklaven, dass sie auf Befehl von außen zum Beispiel Spam-Mails verschicken: Das ist mir zu hoch. Lächerlich einfach, sagen mir IT-Freaks, entsprechende Software ist frei im Internet verfügbar. Und genau an dem Punkt friert es mich. Sind wir denn schutzlos?

So großartig der Erfolg der Polizei im Falle des weltweiten Avalanche-Netzwerks war und so toll offenbar die Zusammenarbeit der verschiedenen Polizeibehörden geklappt hat, sind die Zahlen schon beeindruckend: Mehrere hundert Millionen Dollar Schaden, Tätigkeit in 180 Ländern. Ein paar Fakten zum Nachdenken für diejenigen in Europa und darüber hinaus, die meinen, alle Probleme wären gelöst, wenn wir wieder Menschen mit Dienstmützen an die Grenzen schicken und Zollschranken aufbauen. Die Brüder und Schwestern, die uns hier tatsächlich bedrohen, arbeiten in einem virtuellen Raum, der nicht mal den Begriff Grenze kennt. Deshalb werden wohl die Guten aller Länder sich vereinigen müssen, um den Bösen das Handwerk zu legen.

Mein Chef, der Bürgermeister, kann auch nur gestehen, dass er sich erst Zeit nehmen muss, die Gefahren unserer Zeit zu durchdenken. Am Anfang mag die Erkenntnis von Umberto Eco stehen: „Der Computer ist keine intelligente Maschine, die dummen Menschen hilft, sondern eine dumme Maschine, die nur funktioniert, wenn sie von intelligenten Menschen bedient wird.“

Ihre Sabrina

VG Odelzhausen aufgelöst

Die Verwaltungsgemeinschaft (VG) Odelzhausen im oberbayerischen Landkreis Dachau wird zum Ende des Jahres aufgelöst. Dies hat der Landtag im Wege einer Änderung des Bayerischen Kommunalgliederungsgesetzes (KommStaGebG) in einer Plenarsitzung einstimmig beschlossen. Somit werden die Gemeinden Sulzemoos und Pfaffenhofen a.d. Glonn als Antragsteller sowie Odelzhausen ab Januar 2017 eigenständige Gemeinden.

Im Vorfeld war der federführende Kommunalausschuss nach eingehender Überprüfung der Sachlage und unter Zugrundelegung der Kriterien der Gemeindegebietsreform einstimmig zu dem Entschluss gekommen, dem Neugliederungswunsch der betroffenen Kommunen zu entsprechen. Folglich wurde der entsprechende Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Kommunalgliederungsgesetzes ohne weitere Aussprache im Landtagsplenum verabschiedet. Damit verändert sich die Zahl der Verwaltungsgemeinschaften von 312 auf 311 und die der Mitgliedsgemeinden von 985 auf 982. Hingegen steigt die Zahl der kreisangehörigen Einheitsgemeinden von 1.046 auf 1.049.

Durch die Neugliederung kann sich der Verwaltungsaufwand der betroffenen Gemeinden Sulzemoos und Pfaffenhofen a.d. Glonn in gewissem Umfang erhöhen. Denn als selbständige Gemeinden müssen sie eine eigene Verwaltung aufbauen und unterhalten. Im Gegenzug entfällt die bisherige Umlage an die Verwaltungsgemeinschaft.

Einem weiteren Antrag der Gemeinde Wolfertschwenden im schwäbischen Landkreis Unterallgäu auf Entlassung aus der Verwaltungsgemeinschaft Bad Grönenbach wurde nicht entsprochen. Diese würde weder zu einer größeren Wirtschaftlichkeit noch zu einer Verbesserung der Verwaltungstätigkeit führen. Außerdem besteht — anders als in der VG Odelzhausen kein Einvernehmen mit Bad Grönenbach. **rm**

Dialog zum dritten Nationalpark

Erste Gespräche mit Vertretern aus dem Spessart

Auf Einladung der Bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf kamen vor kurzem die Landräte Dr. Ulrich Reuter (Landkreis Aschaffenburg), Jens-Marco Scherf (Landkreis Miltenberg) und Thomas Schiebel (Landkreis Main-Spessart) zu einem ersten Informationsgespräch zum Thema dritter Nationalpark in Bayern in den Bayerischen Landtag nach München.

Umweltministerin Scharf stellte dabei die gewählte Vorgehensweise zum fachlichen Auswahlverfahren für einen Nationalpark vor. Die Landräte und die Staatsregierung einigten sich darauf, dass das Umweltministerium die in Frage kommenden Gebiete aus dem 42.000 Hektar umfassenden Staatswald des Spessarts näher definieren wird.

Chancen und Risiken

Anschließend sollte mit den beteiligten Kommunalpolitikern sowie den Verbänden Anfang des kommenden Jahres über das „Für und Wider“ in den Dialog getreten werden, damit die Chancen und Risiken sorgfältig abgewogen werden können. Scharf: „Ein Nationalpark ist ein Angebot an die Regionen. Wir setzen bei den weiteren Schritten voll auf Dialog. Ich freue mich auf weitere Gespräche mit den Vertretern aus dem Spessart.“

„Ein sehr konstruktives Gespräch in offener Atmosphäre hat auch bereits Ende Oktober mit politischen Vertretern der Rhön stattgefunden“, ließ das Umweltministerium verlauten. Gespräche mit weiteren Regionen sollen folgen. **rm**

Vernetzt für die heimische Wirtschaft

Erstes Treffen von „Blaues-Land-Netzwerk – Wirtschaft in Murnau und Umgebung“

Die heimische Wirtschaft stärken, und das gemeinsam. Das haben sich der Verein zur Wirtschaftsförderung in Murnau und Umgebung e.V. und die Wirtschaftsförderung des Marktes Murnau a. Staffelsee auf die Fahnen geschrieben. Deshalb können sich Gewerbetreibende und freie Berufe ab sofort im Rahmen regelmäßiger Veranstaltungen und Treffen stärker miteinander vernetzen und damit ihr Potenzial und das der Region sichtbar machen.

„Wir bringen die Leute zusammen. Das ist einer der wichtigsten Schritte. Denn nur so weiß man, welche Unternehmungen und welche Talente in unserer Region zu Hause sind“, sagte Herbert Bogner, Vorsitzender des Vereins zur Wirtschaftsförderung in Murnau und Umgebung e.V.

Murnaus Wirtschaftsförderer Jan-Ulrich Bittlinger betonte: „Wir möchten, dass wir uns in der Region Blaues Land als Wirtschaftskraft verstehen, organisieren und gemeinsam weiterentwickeln.“ Den Auftakt bildete ein erstes offenes Netzwerktreffen in lockerer Atmosphäre im Intermezzo Weihnachtsgarten im Linuspark. Bei Glühwein und Platzerl war Zeit zum Kennenlernen und Austauschen. Regelmäßig im Quartal sollen ab 2017 weitere Veranstaltungen und Treffen folgen. ❐

Trauer um Nürnbergs Altoberbürgermeister

Nürnbergs Altoberbürgermeister Dr. Peter Schönlein ist tot. Das frühere Stadtoberhaupt verstarb am 30. November 2016 nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren.

Der Verstorbene stand von 1987 bis 1996 an der Spitze der Stadt. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly zeigte sich tief berührt: „Peter Schönlein hat über ein Vierteljahrhundert die Stadt geprägt. In seiner Amtszeit hat er wegweisende Entwicklungen in seiner Heimatstadt angestoßen und bestimmt. Dazu gehören U-Bahn-Ausbau, S-Bahnbau, Ausbau von Messe und Kindertagesstätten genauso wie der damalige Ausbau des städtischen Stadions zum Franken-Stadion. Auch die Neuordnung der städtischen Museen ist seiner Initiative zuzuschreiben. Seine Vision einer Kulturmeile, zu Beginn von einigen belächelt, setzte er mit großer Beharrlichkeit um.“

Auch die Völkerverständigung und die Aussöhnung zwischen Ost und West waren ihm ein großes Anliegen: „Bei den Städtepartnerschaften mit Krakau und Prag setzte er besondere Akzente. Er legte den Grundstein für die Menschenrechtsarbeit und hat den 1995 erstmals verliehenen Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis ins Leben gerufen“.

Wie Maly weiter ausführte, arbeitete der Alt-OB daran, „dass von unserer Stadt klare Zeichen des Friedens und der Völkerverständigung ausgehen. Elementare Werte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit waren Richtschnur für sein Handeln. Peter Schönlein hat mit Leidenschaft und mit Akribie bleibende Spuren hinterlassen ... Mit großem Pflichtbewusstsein und Redlichkeit suchte er stets der Stadt Bestes. Er hat sich um unsere Stadt große Verdienste erworben und ein gutes Stück Stadtgeschichte geschrieben. Das werden wir nie vergessen.“ ❐

Drei Kulturmedaillen für Kulturvermittler

Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt (links) ehrte zusammen mit Kulturreferent Muchtar Al Ghusain sowie Bürgermeisterin und Laudatorin Marion Schäfer-Blake die Träger der Kulturmedaille 2016: Ella Bulatova (3.v.r.), Elisabeth Stein-Salomon (5.v.r.) und Wolfgang Salomon (4.v.r.) sowie die Mitglieder der Initiative „Willkommen mit Musik“. Mit dabei die Laudatoren Regina Krämer (rechts) und Johannes Engels (3.v.l.). Bild: Christian Weiß

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 22. Dezember 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunalfinanzen**
- **Kommunale Baupolitik**
- **EDV · IT · Organisation**
- **Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk**
- **Kommunale Repräsentation**
- **Sonderveröffentlichung 4. Bayerisches Breitbandforum**

Landrat Stefan Rößle lud Leserbriefschreiber ein

Der Neubau des Schulzentrums in Rain hatte in den vergangenen Wochen große Emotionen bei den Bürgerinnen und Bürgern im Lechgebiet ausgelöst. Der Elternbeirat der Realschule Rain, Eltern von betroffenen Schülern und ein ehemaliger Lehrer hatten sich in Leserbriefen und Pressemitteilungen an die Donauwörther Zeitung gewandt und dabei auch Landrat Stefan Rößle kritisiert. Da viele angesprochene Punkte auf offensichtlichen Missverständnissen und Mutmaßungen beruhten, lud Landrat Rößle die Schreiber der Leserbriefe zusammen mit der Donauwörther Zeitung zu einem persönlichen Gespräch zu sich in sein Büro ein.

Rößle erläuterte eingangs die Maßnahmen, die in den letzten Jahren in Rain und im Lechgebiet von Landkreisseite umgesetzt wurden und stellte direkt an die am Tisch sitzenden Personen die Frage, was denn der Landkreis in der Region nicht getan hat. Er betonte, dass es ihm vollkommen fern liegt, eine Region im Landkreis zu bevorzugen oder zu benachteiligen und belegte dies durch einen kurzen Überblick auf die in den zurückliegenden Jahren auf das gesamte Donau-Ries verteilten Maßnahmen und Investitionen des Landkreises.

Zum geplanten Neubau der Realschule bzw. des Schulzentrums Rain erläuterte der Landkreischef zunächst die Rolle des von ihm eingerichteten Strategiekreises. Dieser ist kein Beschlussgremium und wurde auch nicht speziell für die geplante Schulbaumaßnahme in Rain eingerichtet. Vielmehr wurden hier bis heute bereits Vorschläge erarbeitet, wie künftig Baumaßnahmen möglichst im Kostenrahmen abgewickelt werden können oder dass eigenes Personal externer Projektsteuerung vorgezogen werden sollte.

Unnötige Ausgaben vermeiden

Selbstverständlich befasste sich der Strategiekreis auch mit der Realschule Rain und stellte entsprechende Überlegungen an, wie sich dort die Schülerzahlen entwickeln könnten. Landrat Rößle betonte, dass es seine Pflicht ist, mit Steuergeldern verantwortlich umzugehen und unnötige Ausgaben des Landkreises zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine Reduzierung der Klassenzimmer thematisiert, wodurch diese emotionalen Reaktionen ausgelöst wurden. Rößle konnte die Gesprächsteilnehmer jedoch beruhigen, dass hinsichtlich der Realschule Rain nichts Negatives oder Nachteiliges passiert ist. Die von ihm für Ende dieses Jahres zugesagte Grundsatzentscheidung im Kreistag wird getroffen werden. Es kommt also zu keinen Verzögerungen.

33 statt 35 Klassenzimmer

Zudem werden die 33 Klassenzimmer, die von der Regierung von Schwaben nach aktuellen Schülerzahlen / -prognosen gefördert werden können, auch gebaut. Laut Rößle ist man vor einigen Jahren noch von 35 Klassenzimmern ausgegangen. Die Regierung von Schwaben muss bei der Prüfung der Förderfähigkeit aber immer die aktuellen Schülerzahlen berücksichtigen. Aufgrund dieser aktuellen belastbaren Erhebungen errechnet sich nun ein Bedarf von noch 33 Klassenzimmern. Darüber hinaus wird keine Förderung gewährt. Daneben verständigte man sich in Absprache mit der Schulleitung, dass auf zwei naturwissenschaftliche Räume und einer Fläche von 150 m² aus dem Bereich der Lernlandschaften (es verbleiben immer noch rund 300 m²) verzichtet werden kann.

Landrat Rößle betonte hierzu nochmals, dass diese Einsparung mit ausdrücklicher Zustimmung der Schulleitung erfolgt. Insgesamt konnten also rund 500 m² an Fläche eingespart werden. Dies sind, wie der Landrat anschaulich mit einem Bild erklärte, die Fläche von vier Einfamilienhäusern und in Zahlen ausgedrückt annähernd zwei Millionen Euro, die der Landkreis einsparen kann ohne dass der Schule daraus ein Mangel entsteht.

Am Ende des Gesprächs stand in jedem Fall das Fazit: „Es hat sich gelohnt.“ ❐

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Beilage der Firma Wire sowie als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH der Jahreswandkalender der Bayerischen GemeindeZeitung bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch **Münzen**, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0
- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

Fahnenmaste + Fahnen

P. HENKEL **HELA-MAST** GmbH
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM® KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME
LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beutlhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Hohe Energie- und Kosteneinsparung für Ihre Lüftungsanlagen

Mit Einsatz der **multifunktionalen Wärme- und Kälterückgewinnungstechnik** von SEW® ergeben sich erhebliche Vorteile:
- Reduzierung der Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Heiz- und Kälteregister entfallen, Wegfall von Rückkühlwerken → **Gewinn an Nutzfläche**
- Reduzierung des Stromverbrauchs auf Jahrzehnte
- Hohe Energie- und Betriebskosteneinsparungen
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → **optimale Raumluftqualität**

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.a.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152/91560
SEW®
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Walter Krenzer GmbH & Co KG • Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71/32 08-0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de • www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

Weihnachtsbeleuchtung

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:
Ihr ABO der BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de

Licht auch ohne Netzanschluss

Sicherheit in allen Lagen

Welche dieser Situationen haben noch keine mulmigen Gefühle in uns erzeugt, wenn...

- unsere Kinder in einsam gelegenen Bushäuschen im Dunkeln auf ihren Schulbus warten
- sie aufgrund der Dunkelheit unbeleuchtete Unterführungen durchqueren
- Brücken ohne Beleuchtung zu überqueren sind
- Radwege oft kilometerweit ohne Beleuchtung sind
- man auf weitflächigen dunklen Parkplätzen nachts einsam sein Auto sucht

Der Hauptgrund, dass überall dort keine Beleuchtung installiert wurde liegt darin, dass kein Anschluss an die Stromversorgung vorhanden ist. Zum Beispiel weil der Anschluss zu aufwendig oder zu teuer ist.

Beleuchtung eines Brücken-Gehweges mit Solar-LED-Leuchten

In diesem Beispiel wurde nachträglich eine Solar-LED Leuchte installiert

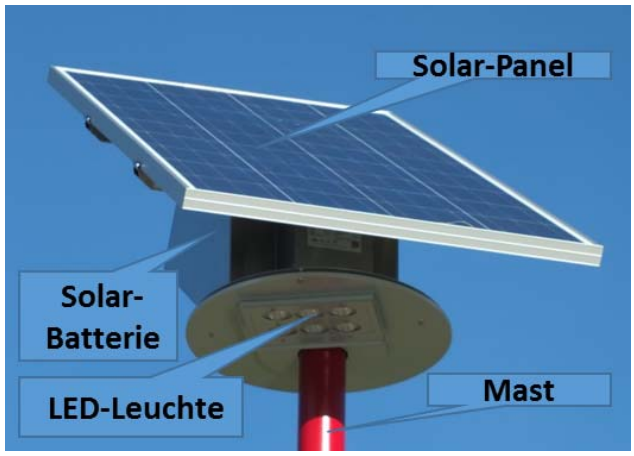
Beleuchtung einer Fußgängerunterführung

Solar Mast mit seitlicher Flanschplatte zur Befestigung an der Brückenkonstruktion
Am Unterführungsausgang befindet sich jeweils ein LED Strahler mit Wegeoptik

Häufig gehen wir davon aus, dass solargestützte Straßenbeleuchtung nur etwas für südliche Länder ist. In Zusammenarbeit mit Partnerfirmen aus Österreich haben wir wirkungsvolle solare LED Beleuchtungssysteme entwickelt, die schon seit Jahren erfolgreich auch unter den klimatisch eher ungünstigen Bedingungen in Mitteleuropa eingesetzt werden können. Mit wirkungsvollen Leistungen bis zu 100 Stunden ohne Aufladung. Aufgrund der damit erzielten positiven Erfahrungen haben wir mobil einsetzbare Produkte als wirtschaftliche Alternativen zur netzgestützten Beleuchtung entwickelt.

Die Basis dafür bilden die **heLEDios Solarleuchten GAIA**:

- **Vollwertig und unabhängig** als leistungsstarke Straßenbeleuchtung sind sie absolut energieautark – kein Anschluss an das öffentliche Energienetz sind sie auch als Einzelbeleuchtung einsetzbar
- **Einfach und günstig** ohne Erdarbeiten, Strom- oder sonstigen Betriebskosten mit minimalem Wartungsaufwand
- **Umweltfreundlich und unerschöpflich** mit positiver CO2-Bilanz und der Sonne als kostenlose Energiequelle



WiRE Umwelttechnik GmbH
Service Center l Kolpingring 18 l D 82041 Oberhaching
Fon +49(0)89 61 30 42 98 l Fax +49(0)89 61 30 43 53

kontakt@wire-umwelttechnik.de
www.wire-umwelttechnik.de
www.solare-infrastruktur.de

Solare Infrastruktur

WiRE UMWELTTECHNIK

Warte-Station

In der Buswarte-Station finden Fahrgäste und Bürger nützliche Infos wie **Fahrplan, Neuigkeiten** aus der Gemeinde oder **Werbeplakate**. Gut beleuchtet, witterungsbeständig verkleidet und individuell gestaltet. Auch als Umrüstung vorhandener Warte-Stationen ist man hier immer und überall vernetzt. Mobile Geräte können aufgeladen werden, während **WLAN** Smartphones, Tablets oder andere Geräte mit der Welt verbindet. Und da immer mehr **E-Bikes** unterwegs sind, schaffen Ladestationen auch dafür einen attraktiven Treffpunkt. Dabei eignet sich die Station auch innerhalb von Ortschaften, da sie ohne Rücksicht auf Anschlüsse umgesetzt werden kann.

Meeting-Point

Umweltfreundlicher Rastplatz für Bikes und Gäste:

- Vollwertig, unabhängig überall sofort einsatzbereit
- Leistungsstarke Beleuchtung in der Nacht
- USB Anschlüsse für Handy und Tablet
- WLAN Hotspot
- E-Bike Ladestation
- Notfall Treffpunkt

Sprechen Sie uns an...

… gerne beraten wir Sie umfassend zum Thema. Nehmen Sie einfach unter einem der **untenstehenden Anschlüsse** Kontakt auf.

Wir melden uns umgehend und vollkommen unverbindlich bei Ihnen. Vielen Dank!

Unser Lösungen sind einfach und günstig:

- keine Erdarbeiten, keine Strom- oder sonstigen Betriebskosten, minimaler Wartungsaufwand
- Umweltfreundlich und unerschöpflich: positive CO2-Bilanz, Sonne als kostenlose Energiequelle
- Modulares System angepasst an die konkreten Anforderungen Ihres Standorts.

heLEDios Solar GAIA 80 und **GAIA 150** – mehr Leistung für weniger Geld:

- Schnelle Montage durch Fertigfundament
- Leistungsstarke Solarmodule speichern Energie – mehrere Wochen Licht auch während nebliger oder sonnenloser Perioden
- EN-13201-konforme LED-Technik mit hoher Gleichmäßigkeit
- Langlebige, wartungsfreie Solarbatterie
- Sehr gute Lichtverteilung ermöglicht breite Mastabstände – optimales Preis-Leistungs-Verhältnis, geringe Kosten pro Kilometer
- Wartung durch den eigenen Bauhof möglich

WiRE Umwelttechnik GmbH
Service Center l Kolpingring 18 l D 82041 Oberhaching
Fon +49(0)89 61 30 42 98 l Fax +49(0)89 61 30 43 53

kontakt@wire-umwelttechnik.de
www.wire-umwelttechnik.de
www.solare-infrastruktur.de

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2017

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
So 1 Neujahr	Mi 1	Mi 1	Sa 1	Mo 1 Tag der Arbeit	Do 1 Landkreisversammlung, Bay. Landkreistag, Neunburg vorm Wald	Sa 1	Di 1	Fr 1	So 1	Mi 1 Allerheiligen	Fr 1
Mo 2	Do 2	Do 2	So 2	Di 2	Fr 2	So 2	Mi 2	Sa 2	Mo 2	Do 2	Sa 2
Di 3	Fr 3	Fr 3	Mo 3	Mi 3	Sa 3	Mo 3	Do 3	So 3	Di 3 Tag der Deutschen Einheit	Fr 3	So 3
Mi 4	Sa 4	Sa 4	Di 4	Do 4	So 4 Pfingstsonntag	Di 4	Fr 4	Mo 4	Mi 4	Sa 4	Mo 4
Do 5	So 5	So 5	Mi 5	Fr 5	Mo 5 Pfingstmontag	Mi 5	Sa 5	Di 5	Do 5	So 5	Di 5
Fr 6 Heilige Drei Könige	Mo 6	Mo 6	Do 6	Sa 6	Di 6	Do 6 Bayerischer Bezirketag	So 6	Mi 6	Fr 6	Mo 6	Mi 6
Sa 7	Di 7	Di 7	Fr 7	So 7	Mi 7	Fr 7 Vollversammlung Bayerischer Bezirketag	Mo 7	Do 7	Sa 7	Di 7	Do 7
So 8	Mi 8	Mi 8	Sa 8	Mo 8	Do 8	Sa 8	Di 8	Fr 8	So 8	Mi 8	Fr 8
Mo 9	Do 9	Do 9 2. Bayerisches InfrastrukturForum	So 9	Di 9	Fr 9	So 9	Mi 9	Sa 9	Mo 9	Do 9 5. Bayerisches BreitbandForum	Sa 9
Di 10	Fr 10	Fr 10	Mo 10	Mi 10	Sa 10	Mo 10	Do 10	So 10	Di 10	Fr 10	So 10
Mi 11	Sa 11	Sa 11	Di 11	Do 11	So 11	Di 11	Fr 11	Mo 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11
Do 12	So 12	So 12	Mi 12	Fr 12	Mo 12	Mi 12	Sa 12	Di 12	Do 12	So 12	Di 12
Fr 13	Mo 13	Mo 13	Do 13	Sa 13	Di 13	Do 13	So 13	Mi 13	Fr 13	Mo 13	Mi 13
Sa 14	Di 14	Di 14	Fr 14 Karfreitag	So 14	Mi 14	Fr 14	Mo 14	Do 14	Sa 14	Di 14	Do 14
So 15	Mi 15	Mi 15	Sa 15	Mo 15	Do 15 Fronleichnam	Sa 15	Di 15 Mariä Himmelfahrt	Fr 15	So 15	Mi 15	Fr 15
Mo 16	Do 16	Do 16 Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT	So 16 Ostersonntag	Di 16	Fr 16	So 16	Mi 16	Sa 16	Mo 16	Do 16	Sa 16
Di 17	Fr 17	Fr 17	Mo 17 Ostermontag	Mi 17	Sa 17	Mo 17	Do 17	So 17	Di 17	Fr 17	So 17
Mi 18	Sa 18	Sa 18	Di 18	Do 18	So 18	Di 18	Fr 18	Mo 18	Mi 18 KOMMUNALE	Sa 18	Mo 18
Do 19	So 19	So 19	Mi 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19	Sa 19	Di 19	Do 19 KOMMUNALE 2017, Nürnberg Kommunaler Bedarf auf den Punkt gebracht.	So 19	Di 19
Fr 20	Mo 20	Mo 20	Do 20	Sa 20	Do 22 10. Bayerisches EnergieForum	Do 20	So 20	Mi 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20
Sa 21	Di 21	Di 21	Fr 21	So 21	Fr 23	Fr 21	Mo 21	Do 21	Sa 21	Di 21	Do 21
So 22	Mi 22	Mi 22	Sa 22	Mo 22	Sa 24	Sa 22	Di 22	Fr 22	So 22	Mi 22	Fr 22
Mo 23	Do 23	Do 23	So 23	Di 23	So 25	So 23	Mi 23	Sa 23	Mo 23	Do 23	Sa 23
Di 24	Fr 24	Fr 24	Mo 24	Mi 24	Mo 26	Mo 24	Do 24	So 24	Di 24	Fr 24	So 24 Heilig Abend
Mi 25	Sa 25	Sa 25	Di 25	Do 25 Christi Himmelfahrt	Di 27	Di 25	Fr 25	Mo 25	Mi 25 BAYERISCHER LANDKREISTAG	Sa 25	Mo 25 1. Weihnachtsfeiertag
Do 26	So 26	So 26	Mi 26	Fr 26	Mi 28 91. Verbands-versammlung des SVB, Erlangen	Mi 26	Sa 26	So 26	Do 26 Landräteseminar, Bayerischer Landkreistag, Kulmbach	So 26	Di 26 2. Weihnachtsfeiertag
Fr 27	Mo 27	Mo 27	Do 27 Tag der Elektromobilität, Teisnach	Sa 27	Do 29 Bayerischer Sparkassentag 2017, Erlangen	Do 27	So 27	Mo 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27
Sa 28	Di 28	Di 28	Do 27 5. Bayerisches WasserkraftForum	So 28	Fr 30	Fr 28	Mo 28	Di 28	Sa 28	Di 28	Do 28
So 29		Mi 29	Fr 28	Mo 29		Sa 29	Di 29	Mi 29	So 29	Mi 29	Fr 29
Mo 30		Do 30	Sa 29 Tag der Erneuerbaren Energien	Di 30		So 30	Mi 30	Do 30	Mo 30	Do 30	Sa 30
Di 31		Fr	So 30	Mi 31 Landkreisversammlung, Bay. Landkreistag, Neunburg vorm Wald		Mo 31	Do 31	Fr	Di 31 Reformationstag		So 31 Silvester

Konzept & Design: Michael Seidl.com